



## Einbildung oder Wirklichkeit?

Von

Jean Jaurès.

(Paris.)

Der Zufall liess mich vor einiger Zeit an den Thoren der Mühle von Longchamp dem glücklichen Versuche des Herrn Santos Dumont beiwohnen. Es bedeutet für den Menschen eine hohe, freudige Erregung, Zeuge eines neuen Sieges des Menschen über die Dinge zu sein. Ich vermag die praktische Bedeutung dieser Versuche nicht abzuschätzen; ich weiss nicht, welche positiven Resultate sie zeitigen werden. Es ist ohne Zweifel zunächst nur der schwache Keim einer noch ungewissen Erfindung; denn es scheint nicht, dass der Luftschiffer sein Fahrzeug gegenüber einem starken Winde zu halten vermag, und ganz unzweifelhaft ist es, dass seine motorischen Apparate nicht den Strapazen einer einigermaßen langen Reise Widerstand leisten dürften.

Aber das eine ist erreicht: der Luftschiffer lenkt sein Fahrzeug; er giebt ihm die Bewegung nach seinem Willen, er lässt es wie einen Pfeil nach dem Ziele schiessen, das er ihm gesetzt hat. Jetzt zum ersten Male zieht der menschliche Gedanke, der menschliche Wille seine Linien in den Luftraum. Bis jetzt konnten die Luftballons allein in verticaler Richtung — und auch dies nur schlecht genug — dirigiert werden. Sie senkten sich, indem sie einen Teil ihres Gasvorrates fahren liessen, sie erhoben sich, indem sie Ballast über Bord warfen; im übrigen waren sie die Beute der Naturkräfte, das Spielzeug der Winde und der heftigen oder tückischen Luftströmungen.

Sogleich ward bis jetzt der Luftschiffer, betäubt und unfähig jeder Action, gleichsam verschlungen von dem Luftraum. Er war nur noch ein willenloser Gegenstand, preisgegeben den blinden Gesetzen der Elemente; sein Denken blieb machtlos gegenüber dem Kampf der Elemente, unfähig, in denselben einzugreifen, unfähig, ihn zu regeln. Der Mensch ist nur dort wirklich Mensch, wo sein Denken thätig und sein Wille mindestens teilweise wirksam ist. Somit war es mehr der Schatten des Menschen, als der Mensch selbst, der bis in den Luftraum sich gewagt hatte. Jetzt aber ist es

der Mensch mit seinem herrischen Selbstbewusstsein, seinem klaren und gebieterischen Denken, der sich in den Höhen des Luftraums behauptet.

Solcher Art war meine überwältigende Empfindung, als ich plötzlich den Luftballon, nachdem er, um seine Drehkraft zu erproben, sich mehrere Male um sich selbst gedreht hatte, mit schnellem Entschluss, in einer gerade Linie schnurstracks auf das Ziel losschiessen sah, auf das ihn mittels des Steuerruders der menschliche Gedanke lenkte. Das war nicht mehr die wankelmütige Laune der Naturkräfte, das war nicht mehr die furchtbare Incohärenz des Luftraums, der dem chaotischen Einfluss seiner Strömungen und Winde preisgegeben ist: das war die geradlinige Richtung des menschlichen Gedankens, die systematische Unbeugsamkeit des menschlichen Willens, der sich endlich auch das unterwirft, was bisher für uns die Region des Unförmlichen, des Unbestimmten und Zufälligen gewesen war. Ein gewaltiges Schauspiel, das den ganzen Stolz des Denkens wachrief!

Ich dachte bei diesem schnellen und geregelten Flug an die wunderbare Intuition des grossen Homer, an jenes geniale Bild voll Zukunftsahnungen, das die dereinstige Harmonie der unterworfenen Natur und des souveränen Denkens in sich schliesst: „Das Schiff flog in die Weite, schnell und gerade wie der Gedanke“. Jetzt war es das Luftschiff, welches flog, noch nicht in die Weite, aber schnell und gerade wie der Gedanke. Welch wunderbare Intuition des grossen griechischen Dichters, der den Rhythmus des Gedankens zum idealen Masse aller Bewegungen macht!

Das ist das Ziel des Menschen, das ist das Ziel des unendlichen Lebens der Gattung: die ganze Natur dem Gesetz und dem Rhythmus des Denkens zu unterwerfen. Und wie die Natur, so auch die menschliche Gesellschaft, die heute nur ein Teil der Natur ist, blind und ohne Bewusstsein, wie diese, und preisgegeben den brutalen und dunklen auf einander drängenden Gewalten, die niemand zu meistern vermag.

Was sind denn die Krisen anders, als die Manifestation der unzusammenhängenden, widerspenstigen und rebellischen Tiefen der Natur, die zur Zeit auch die menschliche Gesellschaft ausmacht? Und es wird in Wahrheit keine menschliche Gesellschaft, es wird in Wahrheit keine Menschheit geben, solange nicht die Menschen die socialen Phänomene regieren werden, wie sie die Phänomene der Natur zu regieren lernen. Das ist es, was mir jener zerbrechliche Luftballon dort oben sagt, der doch so kühn auf sein Ziel lossteuert und der auch ein Teil des ungeheuren Menschlichkeitsproblems ist. Man kann dies Problem auch dahin formulieren: das ganze Leben, das sociale wie das der Natur, lenkbar zu machen und der Leitung der Menschheit selbst, der ihrer völlig sich bewusst gewordenen freien und einigen Menschheit, anzuvertrauen. So erwachten in mir die grossen Grundgedanken des Socialismus zu schwärmerischer Begeisterung.

Rasch sich abspielende, erschütternde und heftige Schauspiele rufen in uns für einen Augenblick die Ideen wach, die auf dem Boden der Seele schlummern.

Aber bald rief mich die ironische Wirklichkeit, die sich manchmal dort in Vergleichen gefällt, wo sie die Einbildung walten sieht, in die Welt des eiteln Gezänks, der bitteren Wortgefechte, der Missverständnisse zurück. Während ich mich in der ersten Erregung über diesen Sieg des Menschen über sich und die Natur dem unpersönlichen Hochgefühl des Menschentums und des Socialismus hingab, hatte sich eine Gruppe von neugierigen Beobachtern gebildet, die, durchweg enthusiastisch, mit ihren sympathisierenden Blicken den kühnen Versuch verfolgten. Allein am äussersten Rande der Gruppe erkannte ich einen meiner Freunde, dessen Deductionen mich oft beunruhigen. Es ist ein etwas excentrischer, aber gutgläubiger Idealist, der, wenn er Geschichten erzählt, nach dem Zeugnis seines Chefs sich nur in Zahlen und Daten täuscht.

Dieser Mann also blieb misstrauisch und finster und lachte vor sich hin, als ob er ein bitteres Geheimnis in der Brust trüge. „Es ist befremdend“ murmelte er, zunächst mit halblauter Stimme, „und bestärkt alle meine Verdachtsgründe. Er konnte sich von rechts nach links wenden, statt dessen wendet er sich von links nach rechts; das ist die Richtung, die alle Verrätereien nehmen.“ In der Umgebung des Redners geriet man in Erstaunen. „Seid Ihr denn ganz unfähig, zu sehen und zu begreifen?“ versetzte er mit lauterer Stimme. „Ist es nötig, dass ich Euch, nachdem ich Euch alle Ideen gegeben habe, von denen Ihr zehrt, auch noch diesen Zusammenhang enthülle? Seht Ihr denn nicht, dass dieser Mann Geld empfangen hat, um rings um die Axe des Eiffelturmes zu fliegen, der von dem Geld aus der Panamarente errichtet wurde? Seht Ihr denn nicht, dass man, indem man den Eiffelturm mit einem Experiment in Verbindung bringt, das zwar überdies illusorisch ist, aber alle Wissenschafts- und Fortschrittslaffen in Erregung versetzt, Panama und Eiffel und seinen Verteidiger Waldeck-Rousseau rehabilitieren will? Ich sage es Euch, ich, der ich weder im Dienst der Schurken noch in dem der Dummköpfe stehe: das, was Ihr da oben seht, ist ein Manöver der Panamisten und des Ministeriums. Der Mensch da hat von allen Tellern genascht und weiss Bescheid mit den Geheimfonds. Aber ich, ich allein, ich werde ihn entlarven.“ Und wie nun der Ballon entschwand, versteckt durch die gelblich schimmernden Wipfel der schon im Herbstschmuck prangenden Bäume, rief er ihm mit einer etwas grellen und etwas falschen Stimme nach: „Panamist! Panamist!“

Ich übersann schweigend diese wunderbare Ideenfolge und wartete etwas verwirrt auf das Wiedererscheinen des armen, so geschmähnten Luftballons, als mich ein „Revolutionär“ erkannte — ein authentischer, unversöhnlicher, unbefleckter Revolutionär, einer von denen, bei denen man sicher ist, dass sie der Revolution gut dienen, da sie ja mit der grössten Gewissenhaftigkeit ihr ganzes Leben darauf

verwenden, die anderen anzuklagen, dass sie ihr nicht dienen. In demselben Augenblicke erschien der Luftballon wieder. Er kämpfte diesmal gegen den Wind an, wurde von unsichtbaren Wellen hin- und hergeschleudert, richtete seine Spitze bald auf, bald nieder, bewahrte aber dabei trotz des Sturmes immer seinen Willen und seine Route. Mit stolzer spöttischer Miene zeigte mir der Revolutionär den armen, kleinen Luftballon, der mit heroischem zwar, aber doch schwachem Willen auf sein Ziel hielt. „Sie sehen,“ sagte er barsch zu mir, „wohin alle die Compromisseleien des Reformismus und des Empirismus führen! Ist es das da, was die Wissenschaft verkündete, was wir in ihrem Namen der Menschheit und dem Volke versprochen haben? Man hat den Menschen die volle Besitzergreifung des Luft- raumes versprochen, man hat ihnen gesagt, dass sie ohne An- strengung zu gleicher Höhe mit den höchsten Berggipfeln schweben und die unbegrenzte Weite des Horizonts beherrschen würden. Und was bietet man ihnen jetzt? Einen kleinen Spaziergang von wenigen Meilen, in der Höhe von 200 Metern, bei gelindem, aschgrauem, kleinbürgerlichem Wetter. Das ist eine Schmach, das ist Betrug!“

Man erwartete einen Leviathan der Luft, der auf seinem ungeheuren Rücken das ganze, vom Gesetz der Schwere befreite Menschengeschlecht tragen würde. Statt dessen bietet man uns diesen kleinen fliegenden Fisch, diesen Gründling, der aus dem Seinewasser gesprungen ist. Mystification! Abzug! Mit diesen grotesken Parodien, mit diesen den Scheinreformen vergleichbaren Scheinentdeckungen entnervt man, entmutigt man uns. Wir werden uns nicht zu diesen täuschenden Versuchen hergeben, wir wollen nichts wissen von dieser gefälschten Ausgabe des grossen wissen- schaftlichen Programms.

Ueberhaupt, wozu in der heutigen Gesellschaft Luftballons er- finden? Wir wissen doch, dass sie nur den Privilegierten dienen werden: es werden Classenluftballons sein. Im Hôtel des Sociétés savantes hat Genosse Lafargue sehr richtig gesagt, dass die Ge-lehrten, die Volta, die Galvani, die Ampère, die Oerstedt und wie sie sonst heissen mögen, nur darum die Elektrizität erfunden haben, damit die Capitalisten die Frauen bei Nacht arbeiten lassen können. Das ist einmal eine geniale Anwendung des ökonomischen Materia- lismus und eine nützliche Belehrung! Wer weiss, welche Complotte der internationale Capitalismus in nächtlichen Höhen schmieden wird, wenn sich dort erst eine Flottille lenkbarer Luftschiffe ein Rendez-vous wird geben können?

„Nein und abermals nein! Wir werden uns nicht dүpiieren, uns nicht compromittieren lassen! Sucht man die Spaltung, so mag man sie haben. Wir werden die Gruppe der revolutionären Luftschiffer gründen, will sagen, der Luftschiffer, die mit der Erfindung der Luft- schiffe bis nach Vollendung der Revolution warten. Die Wissen- schaft würde sich prostituieren, wollte sie einen Ruhmeskranz um die letzten Tage der bürgerlichen Gesellschaft flechten. Wir werden anderen die Schande dieser Prostitution überlassen.“

Inzwischen hatte der arme geschmähte und excommunicierte Luftballon, bevor er zum Ziele gelangte, das des Menschen bescheidener und doch stolzer Wille ihm gesteckt hatte, den letzten Angriff seitens einer Windwelle zu bestehen, die stärker war, als die vorigen. Mit einer letzten Anstrengung überwand er sie; wie er nun mit einer festen, abgemessenen und langsamen Bewegung niederzusteigen begann, da erhob der Revolutionär wider ihn die Stimme und schleuderte ihm sein Anathema zu: „Herunter zur Erde! Du schändest unser Ideal!“

## Neutralität der Genossenschaften.

Von

Adolph von Elm.

(Hamburg.)

Ein neuer Streit über die „destructiven Tendenzen der Socialdemokratie“ wird jetzt mit grosser Heftigkeit geführt. Herr Dr. Crüger, Anwalt der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, hat der „modernen Richtung“ innerhalb der Genossenschaftsbewegung den Krieg erklärt. Er klagt sie an, verbandsfeindlich zu sein, behauptet, sie wolle den Allgemeinen Genossenschaftsverband lediglich zu „socialistischen“ Zwecken ausbeuten.

Die neueste Attacke des Herrn Dr. Crüger, die derselbe in einem neun Seiten langen Artikel in Nr. 1 der Blätter für Genossenschaftswesen beginnt, ist nur eine Fortsetzung seiner bisherigen Taktik, Personen, die es wagen, seine Massnahmen im Verband zu kritisieren, als Socialdemokraten zu „verdächtigen“, ihnen die böse Absicht zu unterstellen, den Verband socialdemokratischen Zwecken dienstbar machen zu wollen.

Bereits nach dem Genossenschaftstag in Hannover im Jahre 1900 hatte Dr. Crüger in einem Artikel in der Nation erklärt, der Kampf der Socialdemokratie um die Herrschaft im Verband habe in Hannover begonnen.

Was war dort geschehen?

Der Gesamtausschuss des Verbandes hatte folgende Resolution zur Annahme empfohlen:

„In Erwägung, dass der Stand der Kleinhändler aus sich selbst heraus Mittel und Wege finden muss, seine wirtschaftliche Stellung gegenüber der Concurrenz des grosscapitalistischen Betriebes und der verschiedenen distributiven Genossenschaftsarten zu festigen, erklärt der Allgemeine Genossenschaftstag:

Für den Stand der Kleinkaufleute empfiehlt sich neben der erforderlichen kaufmännischen Vorbildung der Anschluss an Creditgenossenschaften und die Bildung von Einkaufsgenossenschaften, um die Vorteile zu verwerten, welche die genossenschaftliche Organisation insbesondere für die Beschaffung des Betriebscapitals und den gemeinschaftlichen Wareneinkauf bietet.“

Zu den distributiven Genossenschaftsarten rechnete Herr Dr. Crüger, wie er in Hannover ausführte, die Rohstoff- und landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie auch die Consumvereine, und er war naiv genug zu glauben, dass die letzteren seinem Plane, Krämergenossenschaften zu bilden und die selben dann dem Allgemeinen Verband anzugliedern, ohne weiteres zustimmen würden. Thatsächlich war in Hannover aber nicht ein einziger Vertreter eines Consumvereins zugegen, der der angeführten Resolution irgendwelche Sympathie entgegenbrachte. Schreiber dieses, sowie Herbert-Stettin gaben der allgemeinen Stimmung Ausdruck, indem sie erklärten:

Erstens wollen die Kleinhändler unsere Hilfe gar nicht, sie sind die geschworenen Feinde der Consumvereine, agitieren für Umsatzsteuern und möchten am liebsten, dass die Consumvereine überhaupt verboten werden. Sie werden deshalb für unsern „guten Rat“, für unser Liebeswerben nur Hohn und Spott haben.

Zweitens kann die genossenschaftliche Organisation den Kleinhändlern, sofern dieselbe überhaupt möglich und durchführbar ist, gar keinen wirksamen Schutz gegen die Concurrenz der Consumvereine bieten. Der Kleinhandel bedeutet Zersplitterung, Anarchie auf dem Gebiete der Warenverteilung. Der Consumverein stellt demgegenüber die entwickeltere Betriebsform dar, er bedeutet die Regelung der Warenverteilung, die Zusammenfassung der Kräfte. Die Consumentenorganisationen werden infolge ihrer geringeren Spesen und der Rückvergütung des erzielten Geschäftsgewinnes, infolge ihrer besseren Organisation dem Kleinhandel in Zukunft eine immer fühlbarere Concurrenz machen. Mit der genossenschaftlichen Organisation der Kleinhändler wird die Ursache ihrer geringen Concurrenzfähigkeit — die Zersplitterung in unendlich viele Kleinbetriebe — nicht beseitigt.

Drittens haben wir gar kein Interesse daran, Leute, die uns auf Tod und Leben bekämpfen, zu organisieren. Ein Zusammenarbeiten mit ihnen in einem Verband ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit.

Herr Dr. Crüger war über die ihm gemachte Opposition empört und erklärte am Schlusse seiner Ausführungen:

„Wer Mitglied unseres Allgemeinen Verbandes sein will, muss auf dem Standpunct stehen, dass er die genossenschaftliche Organisation überall empfiehlt, wo mit Hilfe derselben wirtschaftlich geholfen werden kann; wer der wirtschaftspolitischen Ueberzeugung ist, dass die wirtschaftliche Kraft und Leistungsfähigkeit des Kleinhandelstandes, des Handwerkerstandes durch die genossenschaftlichen Organisationen nicht gehoben werden kann, stellt sich ausserhalb der Bestrebungen unserer Organisation.“

Deshalb scheue ich keinen Augenblick zu erklären, dass meiner Ansicht nach mit den Herren, die auf einem derartigen wirtschaftlichen Boden stehen, ein gemeinsames Arbeiten in unserm Allgemeinen Verband nicht möglich ist, — und ich hoffe, dass die betreffenden Herren die Consequenzen daraus ziehen werden.“

In diesen Ausführungen liegt der eigentliche springende Punct der sich immer schroffer gestaltenden Differenzen im Allgemeinen Verband. Herr Dr. Crüger will, seinen wirtschaftspolitischen Anschauungen entsprechend, durch den Genossenschaftsverband Mittelstandsretterei treiben, und wer diese nicht mitmachen will, soll als Feind des Verbandes gelten. Herr Dr. Crüger treibt eine Vogelstrausspolitik, er ist blind gegenüber der Entwicklung der Dinge, — er will nicht sehen. Für ihn ist die genossenschaftliche Organisation ein Allheilmittel, mit dem er allen Ständen helfen will.

Nach dem auf dem letzten Genossenschaftstag in Baden-Baden erstatteten Bericht gehörten im Jahre 1901 dem Allgemeinen Verband 18 Rohstoff-, 7 Magazin- und 6 Werkgenossenschaften an. Das ist die Frucht der Arbeit eines halben Jahrhunderts, um den Handwerkerstand genossenschaftlich zu organisieren. Die Rettung des Handwerks durch die genossenschaftliche Organisation hat sich als eine Utopie erwiesen. Herr Dr. Crüger giebt sich als grosser Optimist; er sieht nicht die Grundursache des Fiascos der Handwerker-genossenschaften; beharrlich verwechselt er da Ursache und Wirkung. In Baden-Baden sagte er:

„Es ist, als wenn es im Handwerkerstande liege, dass, wenn sich Angehörige desselben zu einer Genossenschaft vereinigen, Zank und Streit da hineingetragen werden muss. Ich habe es in einer Tischrede jüngst ausgesprochen, wie den Handwerker-genossenschaften nichts nötiger thut, als Einigkeit; ist diese vorhanden, dann ergiebt sich alles andere von selbst.“ (!)

Dass die Uneinigkeit lediglich eine Folge der divergierenden Interessen der einzelnen Handwerker ist, das erkennt Herr Dr. Crüger nicht. Wehe, wenn jemand es wagte, eine solche in den tatsächlichen Verhältnissen begründete Ansicht auszusprechen, — er müsste heraus aus dem Verband.

Mit den Krämergenossenschaften ist es nun so gekommen, wie wir vorausgesagt hatten; wohl bestehen einige Einkaufsgesellschaften von Krämern, doch ist es diesen bisher noch nicht eingefallen, sich dem Verband anzuschliessen. Die Vertretung der organisierten Kleinkaufleute hat sich aber über den Beschluss des Genossenschaftstages in Hannover nur lustig gemacht.

In Baden-Baden hatte Herr Dr. Crüger es gar nicht abgewartet, dass ihm irgendwelche Opposition gemacht wurde. Er ging bei seiner Berichterstattung sofort zum Angriff über und tadelte in scharfen Worten, dass ihm im Wochenbericht der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine der Vorwurf gemacht sei, er hätte einen Kleinkrämerstandpunkt eingenommen. Zu stürmischen Auseinandersetzungen kam es dann bei der Sonderberatung der Consumvereine. Ebenso wie Herr Dr. Max Hirsch seine Gewerkvereine durch einen Revers von Socialdemokraten „rein zu halten“ sucht, glaubt auch Herr Dr. Crüger, durch einen Revers die „Modernen“ vom Allgemeinen Verband fern halten zu können. Nur weniger consequent verfuhr Herr Dr. Crüger. Er verlangte in seinem Revers nicht, dass Socialdemokraten nicht Mitglieder von Consumvereinen sein dürften (er weiss auch wohl, warum), ja sogar nicht einmal, dass Socialdemokraten nicht in die Verwaltung eines Consumvereins gewählt werden dürften. Nur der beitreteende Consumverein als solcher sollte erklären, dass er keine politischen Zwecke verfolge.

Der Revers richtete sich namentlich gegen die dem sächsischen Consumvereinsverband Vorwärts angehörenden Consumvereine, welche sich 1894 von dem Allgemeinen Genossenschaftsverband losgesagt hatten, im Jahre 1900 jedoch beschlossen, des notwendigen Zusammenschlusses aller Consumvereine wegen sich demselben wieder anzuschliessen. Sie waren natürlich über den ihnen abverlangten Revers sehr erstaunt. Da sie aber im gelobten Lande Sachsen, was das Politiktreiben anlangt, ganz unschuldig waren — gilt es in Sachsen doch schon als eine Verletzung des Genossenschaftsgesetzes, wenn irgendwo ein Verbandstag der Consumvereine abgehalten wird und dort der Ortsconsumverein zu Ehren der auswärtigen Delegierten einen Commers arrangiert und die Kosten für denselben aus seiner Casse bezahlt —, so unterschrieb die Mehrheit ohne Scrupel den verlangten Revers. Damit war die Hoffnung des Herrn Dr. Crüger, die Vorwärts-Vereine fern zu halten, zu Schanden geworden, und so erklärte sich denn sein Zorn in Baden-Baden.

Dem Gesamtverbande gehörten am 15. October 1901 1765 Genossenschaften an; unter diesen waren 955 Creditgenossenschaften und 661 Consumvereine. Die Kosten der Delegation zu einem solchen Genossenschaftstag sind nicht gering, namentlich, wenn derselbe in einem so teuren Badeort wie Baden-Baden oder, wie in diesem Jahr, in Kreuznach abgehalten wird. Kleinere Consumvereine können es sich deshalb kaum gestatten, einen Delegierten zu entsenden; die Creditvereine verfügen über mehr Mittel und sind deshalb immer weit zahlreicher vertreten, als die Consumvereine. Die Abstimmungen auf dem Genossenschaftstag geben daher von den Anschauungen der Consumvereine kein richtiges Bild.

Die allgemeine Debatte über den Bericht des Herrn Anwalts auf dem Genossenschaftstage endete denn auch mit der Annahme folgender Resolution:

„Der Allgemeine Genossenschaftstag spricht seine volle Zustimmung aus zu den wirtschaftlichen Grundsätzen, die der Anwalt auf dem Gebiete des deutschen Genossenschaftswesens bisher vertrat und in seinem Bericht zum Ausdruck brachte.“

Bei der Sonderberatung der Consumvereine handelte es sich um eine Beschlussfassung über eine Reihe von Herrn Dr. Crüger verfasster Leitsätze. In diese hatte er auch seinen Revers hineingearbeitet. „Die Verfolgung politischer Zwecke — unmittelbar oder mittelbar — und die Unterstützung von Classen- und Standesorganisationen steht im Widerspruch mit den Aufgaben des Consumvereins“, hiess es in § 1 der Leitsätze. Der fast allseitige Widerspruch gegen diese Fassung hatte schliesslich den Erfolg, dass Herr Dr. Crüger das Wort politischer in parteipolitischer umänderte; hierauf wurde der Passus gegen wenige Stimmen angenommen. Der in dieser Weise herbeigeführte Friede war jedoch nicht von langer Dauer; Herr Dr. Crüger ist eine Kampfnatur, er scheint trotz seiner gegenteiligen Versicherungen ein wenig Sturm auf den Genossenschaftstagen sehr gern zu sehen. In dem Zeitraum von einem Genossenschaftstag bis zu dem nächsten ist er, soweit die Aufnahme neuer Vereine in Frage kommt, ununbeschränkter Herr und Gebieter. Der Consumverein in Elsterberg, einer der dem Vorwärts-Verband angeschlossenen Vereine, hatte bis Baden-Baden seinen Beitritt noch nicht erklärt. Als derselbe sich nun nachträglich zur Aufnahme meldete, wies Dr. Crüger ihn zurück. Auch der Mannheimer Consumverein wurde nicht aufgenommen. In Consumvereinskreisen wurden diese Zurückweisungen scharf kritisiert, und so entschloss sich denn endlich Herr Dr. Crüger, die Gründe für die Nichtaufnahme bekannt zu geben.

Bezüglich Elsterberg scheint der Herr Anwalt auf dem Standpunct jenes Staatsanwalts zu stehen, der einen Socialdemokraten jeder Schandthat, auch des Meineides, für fähig hält. Die Elsterberger wollten selbstredend den Revers unterschreiben — aber Herr Dr. Crüger traut ihnen nicht.

Die Mannheimer sind nun gar schlimme Gesellen. In seinem letzten Neujahrsartikel begründet Herr Dr. Crüger deren Nichtaufnahme wie folgt:

„In den Socialistischen Monatsheften wird für die Ablehnung der Grund richtig angeführt: er liegt in jenem Passus des Statuts, wonach der Verein diejenigen Lieferanten in erster Linie berücksichtigen will, die das Coalitionsrecht und die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen anerkennen... Das Statut des Mannheimer Consumvereins liess deutlich erkennen, dass diese Genossenschaft zu jener Gruppe gehört, die in der Consumvereinsbewegung eine Ergänzung der Gewerkschaftsbewegung erblickt.“ (!)

Die bisherige Darstellung der Entwicklung der Dinge erschien notwendig, um die Leser dieser Zeitschrift über die Ursachen des Streites in Kürze zu informieren. Wenden wir uns nun zu den principiellen Argumentationen des Herrn Dr. Crüger gegen die „moderne“ Richtung in der Consumvereinsbewegung. Herr Dr. Crüger nennt dieselbe eine „socialistische“ und bezeichnet den Verfasser dieses Artikels irrtümlich als denjenigen, der „die Leitung dieser modernen Genossenschaftsbewegung mehr oder weniger in Händen hat“.

Worin sieht Herr Dr. Crüger die Merkmale einer „socialistischen“ Consumvereinsbewegung? Offen gestanden, es ist mir dies bis heute immer noch nicht ganz klar geworden.

Auf seine Angriffe gegen meine Person in Nr. 1 der Blätter für Genossenschaftswesen hatte ich Herrn Dr. Crüger eine Entgegnung eingesandt; es freut mich, constatieren zu können, dass er dieselbe vollinhaltlich in Nr. 5 seines Blattes zum Abdruck gebracht hat. Er macht zu meinen Ausführungen 33 Anmerkungen; ich kann nicht sagen, dass durch dieselben seine Anschauungen klar zum Ausdruck gelangen.

Ich hatte Beweise dafür verlangt, „dass auch nur ein einziger Consumverein jemals eine Handlung begangen habe, welche als eine materielle Unterstützung der socialdemokratischen Partei bezeichnet werden könnte“.



Was antwortet darauf Herr Dr. Crüger?

Er habe die Frage lediglich unter allgemeinen Gesichtspuncten behandelt und würde es allerdings nicht für zweckmässig erachten, einzelne Consumvereine vor der Oeffentlichkeit daraufhin zu untersuchen, ob sie entgegen dem Genossenschaftsgesetz politische Zwecke verfolgen.

„Wie klug, wie gut!“ Herr Dr. Crüger wirft einer grossen Zahl von Consumvereinen, die nicht nur den in der Genossenschaftsbewegung orientirten Personen, sondern auch den Behörden bekannt sind, das Prädicat socialistisch an den Kopf, um es dann gnädigst abzulehnen, durch Anführung von Thatsachen den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen; er besitzt dann noch die Unbefangtheit, den Vorwurf entschieden zurückzuweisen, dass er „denunciert“ habe.

„Die Parteipolitik hat übrigens an und für sich mit der socialistischen Consumvereinsbewegung nichts zu thun“, sagt Herr Dr. Crüger. So — so — „der Dichter steht auf einer höh'ren Warte, als auf der Zinne der Partei!“ Aber, Herr Dr. Crüger, wo bleibt da die Logik? Angenommen, Sie hätten Recht, meine Freunde und ich erblickten in der Consumvereinsbewegung eine Förderung socialistischer Tendenzen — was hat das mit den Vereinen zu thun, in welchen wir thätig sind? Wenn Sie von einer socialistischen Consumvereinsbewegung reden, dann müssen wir schon verlangen, dass Sie durch Anführung von Handlungen — zum mindesten doch von Beschlüssen — den Beweis erbringen, dass die Vereine socialistisch sind.

Herr Crüger zieht mich der Inconsequenz. Er sagt mit Bezug auf mich:

„Er tritt für die Neutralität der Genossenschaftsbewegung ein, was ihn aber nicht hindert, in seiner Schrift: Die Genossenschaftsbewegung zu fordern, dass die genossenschaftliche sowohl als auch die gewerkschaftliche Bewegung als eine Ergänzung der politischen Bewegung zu betrachten ist.“

Herr Dr. Crüger hätte recht, dies würde ein Widerspruch sein, wenn ich es unterlassen hätte, die von mir betonte Ergänzung näher zu präcisieren. Ich habe jedoch, sowohl in meiner Schrift, als auch in allen meinen Vorträgen stets betont, dass ich die Genossenschaftsbewegung nur insoweit für eine Ergänzung der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung der Arbeiter betrachte, als es sich bei allen dreien gemeinsam um eine Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter handelt.

Wollte Herr Dr. Crüger behaupten, die Thätigkeit der socialdemokratischen Partei für die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter sei das eigentliche Merkmal ihrer socialistischen Tendenz, so würde er damit ein Verdammungsurteil über seine eigene Partei, die Freisinnige Volkspartei, ja über alle anderen nichtsocialistischen Parteien fällen, wie es schärfer nicht gedacht werden kann. Er würde damit erklären: es giebt in Deutschland nur eine einzige Partei, die ernstlich für die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter wirkt — das ist die socialdemokratische —, alle anderen Parteien sind Gegner der Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage. Ich glaube kaum, dass sich Herr Dr. Crüger in diesem Punct der Tragweite seiner Argumentation gegen mich schon völlig bewusst geworden ist, sonst würde er wohl etwas vorsichtiger gewesen sein.

Was der Anwalt Dr. Crüger nicht weiss oder nicht wissen will — der Politiker Dr. Crüger weiss es wohl sehr genau, nämlich: dass durch alle Forderungen, welche die socialistische Partei innerhalb der heutigen Gesellschaft und an dieselbe zwecks Verbesserung der Lage der Arbeiter stellt — als da u. a. sind: Sicherung des Coalitionsrechts, Verkürzung der Arbeitszeit, sowie sonstige gesetzliche Massnahmen zum Schutze der Arbeiter — ihr socialistischer Charakter noch nicht documentiert wird; zur socialistischen Partei wird dieselbe erst

durch die programmatische Forderung der Verwandlung des capitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und der Umwandlung der heutigen Warenproduction in eine socialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Production.

Für die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter tritt schon heute innerhalb der capitalistischen Gesellschaft eine grosse Zahl von Nichtsocialisten ein, vorurteilsfreie Männer, die deren Notwendigkeit zur Erhaltung der heutigen Gesellschaftsordnung und zum Wohle aller Staatsangehörigen betonen. Herr Dr. Crüger hat deshalb auch unrecht, wenn er schreibt: „Wenn Herr von Elm in den Consumvereinen eine Ergänzung der Gewerkschaften und der socialdemokratischen Partei sieht — und das thut er —, so kann er nicht bestreiten, dass er die Consumvereine zu Arbeitergenossenschaften stempeln will.“ Nein, Herr Dr. Crüger, es sind nicht nur die Arbeiter, welche für eine Verbesserung der Lage derselben eintreten, mit der Thätigkeit der socialistischen Partei und der Gewerkschaften nach dieser Richtung — und einzig und allein in diesem Sinne habe ich von einer Ergänzung gesprochen — sind Hunderttausende ausserhalb der Reihen der Socialdemokratie auch einverstanden, die Zahl derselben mehrt sich ständig mit dem wachsenden Verständnis der Notwendigkeit solcher Massnahmen im Interesse der Allgemeinheit, nicht nur der Arbeiter.

Deshalb kann man sehr wohl, ohne sich irgend einer Inconsequenz schuldig zu machen, für völlige Neutralität der Genossenschaften gegenüber allen religiösen und parteipolitischen Richtungen eintreten und in denselben doch eine Ergänzung der Bestrebungen der Arbeiter auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet zur Verbesserung ihrer Lage erblicken.

Auch an der weiteren Ausgestaltung des Genossenschaftswesens haben nicht nur die Arbeiter ein Interesse. Billige und vor allen Dingen gute unverfälschte Lebensmittel wünscht nicht nur der Proletarier, sondern auch der Begüterte. Die Consumvereine sind bestrebt, Ehrlichkeit, Reellität in Handel und Wandel wieder zur Geltung zu bringen. Dieses Streben wird nicht nur die Anerkennung der Arbeiter finden, sondern auch in bürgerlichen Kreisen gewürdigt werden. Ringe, Cartelle, Syndikate haben bisher nur die Tendenz gehabt, die Lebensmittel und die Gebrauchsgegenstände dem Publikum zu verteuern. Haben nur die Arbeiter ein Interesse daran, dieser Tendenz entgegen zu wirken? Nein! Es ist denn auch eine unbestreitbare Thatsache, dass weit über die Kreise der Arbeiter hinaus eine gewaltige Missstimmung in unserem Volke gegen derartige Ringbildungen herrscht. Wenn es nun den Consumvereinen gelingt, durch ihren Zusammenschluss auf Grundlage des organisierten Consums grosse leistungsfähige Fabriken zu errichten und dadurch dem einen oder dem andern Capitalistenring entgegen zu wirken, so werden daran nicht nur die Arbeiter, sondern weite Kreise unseres Volkes ehrlich interessiert sein.

Der Grad des Interesses an der Verwirklichung der weiteren Ziele des Genossenschaftswesens ist allerdings bei den verschiedenen Kreisen des Volkes nicht für alle ein gleich hoher. An dem Einkauf billiger und guter Lebensmittel haben selbstverständlich in erster Linie die Arbeiter ein Interesse, weil sie den weitaus grössten Teil ihres Einkommens zur Bestreitung der Kosten ihrer Lebenshaltung verwenden müssen; an der Eigenproduction der Consumvereine sind die Arbeiter nicht allein als Consumenten, sondern auch als Producenten interessiert. Die auf demokratischer Basis organisierten Consumvereine können in ihren Fabriken nicht die Praktiken der Capitalisten ausüben — dafür werden schon in Bethätigung ihrer Mitgliedsrechte die organisierten Arbeiter in den Consumvereinen sorgen. Die Genosschafts-

fabriken werden, wenn auch gelegentlich einmal Differenzen mit den Arbeitern vorkommen, sich mit der Zeit zu Musterbetrieben in Bezug auf sanitäre Einrichtungen, Lohnsätze und Arbeitszeit entwickeln. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben also ein grosses Interesse daran, die Eigenproduction der Consumvereine zu fördern, — in derselben werden sie naturgemäss eine gewaltige Rückenstärkung für ihre gewerkschaftlichen Bestrebungen finden. Für sie ist es deshalb auch von Wichtigkeit, zu verhindern, dass die Consumvereinsbewegung sich in religiöse und parteipolitische Secten zersplittert — je grösser die Massen der organisierten Consumenten, desto schneller lassen sich die weiteren Ziele der Bewegung verwirklichen.

Vom Standpunkt der Förderung der Arbeiterinteressen muss deshalb jeder Genossenschaftler aus ehrlicher Ueberzeugung für stricte Neutralität in der Genossenschaftsbewegung eintreten.

Wer — wie Herr Dr. Crüger — in den Genossenschaften ein Allheilmittel für alle gesellschaftlichen Schäden erblicken will; wer sich, wie er, auf die Mittelstandsretterei durch die Genossenschaften verrannt hat, wird immer ein hemmendes Element in der Vorwärtsbewegung der Consumvereine bleiben. Krämerinteressen und Consumenteninteressen lassen sich nicht gleichzeitig und mit demselben ehrlichen Glauben an Erfolg verfechten; seinem rückständigen Standpunkt auf wirtschaftlichem Gebiet entsprechend muss Herr Dr. Crüger ein Feind der modernen Richtung in der Consumvereinsbewegung sein, und man versteht es, wenn er in einer seiner 33 Anmerkungen sagt: „Wenn durch meine Stellungnahme diese Consumvereinsbewegung geschädigt sein soll, das heisst, dieselbe in ihrer Entwicklung aufgehalten wird, habe ich selbstverständlich nichts dagegen.“ Man begreift es auch, warum der „Demokrat“ Dr. Crüger schon jetzt erklärt, meinen Vorschlag, den Consumvereinen ein grösseres Mass von Selbständigkeit im Allgemeinen Verband einzuräumen, mit aller Entschiedenheit bekämpfen zu wollen. Herr Dr. Crüger weiss nur zu gut, dass er, sofern es sich um principielle Auseinandersetzungen handelt, vor dem Forum der Interessenten, den Vertretern der Consumvereine, nicht bestehen wird, er muss daher um die ihm im Verbandsstatut eingeräumte uneingeschränkte Machtstellung kämpfen, als gelte es sein Leben. Soll die Entscheidung in Kreuznach herbeigeführt werden, so wird höchstwahrscheinlich Herr Dr. Crüger über seine Opponenten siegen; dann würde vielleicht in Consumvereinskreisen die Frage einer Trennung vom Verband zur Erörterung kommen. Ich betrachte diese Sache lediglich von taktischen Gesichtspunkten aus. Zweifellos können sich die Consumvereine eine „Vertretung“ ihrer Interessen, wie sie Herr Dr. Crüger heute noch beliebt, auf die Dauer nicht gefallen lassen. Die Hauptsache ist und bleibt aber das einheitliche und geschlossene Handeln der grossen Mehrheit der Consumvereine. Und deshalb ist unser Platz innerhalb des Verbandes, und zwar in offenem und ehrlichem Kampf für die Förderung der Allgemeininteressen schon im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung.

Herr Dr. Crüger handelt nach dem Grundsatz: Teile und herrsche! Würde es ihm gelingen, die Consumvereine in zwei Richtungen zu zersplittern, so hätte er gewonnenes Spiel. Das muss unter allen Umständen verhindert werden — vor einem einheitlichen und geschlossenen Vorgehen sämtlicher Consumvereine wird auch Herr Dr. Crüger die Waffen strecken müssen. Seine jetzt offen ausgesprochene Absicht ist, die moderne Consumvereinsbewegung, die nicht lediglich im Dividendenverteilen, sondern in der planmässigen Förderung der Eigenproduction der Consumvereine die Aufgabe derselben erblickt, zu hemmen. Er täuscht sich gewaltig, wenn er sich die Kraft zutraut, das zu vollbringen. Im Gegenteil, die Anhänger der modernen Richtung

können ihm nur dankbar sein. Der Herr „Anwalt der Genossenschaften“ sorgt wider Willen dafür, dass die modernen Ideen in Consumvereinskreisen überall erörtert werden; anstatt zu hemmen, wird er nur die Erkenntnis fördern, dass der Zusammenschluss der Kräfte auf genossenschaftlichem Gebiet wirtschaftliche Macht bedeutet und dass es eine Versündigung an den Interessen der Allgemeinheit wäre, dieselbe unbenutzt zu lassen. Darum freuen wir uns des Kampfes — die Wahrheit ringt sich durch!

## Vom deutschen Arbeiter einst und jetzt.

Von

Eduard Bernstein.

(Berlin.)

Unter dem Titel: *Einst und Jetzt* hat in der Zukunft vom 1. Februar 1902 Dr. Paul Ernst, vormals Mitglied der socialdemokratischen Partei, einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er eine sehr pessimistische Betrachtung über verflögene Illusionen betreffs der Socialdemokratie und der deutschen Arbeiter anstellt. Einst eine Partei, welche für die höchsten und besten Ziele der Menschheit kämpfen wollte, sei die Socialdemokratie zur Partei der rein egoistischen Interessen einer einzigen Bevölkerungscategorie herabgesunken — nämlich der Arbeiter, die an sich, d. h. ohne jene höheren Bestrebungen „die wertloseste und uninteressanteste“ Classe der Gesellschaft bildeten und factisch auch weiter nichts erstrebten, als es zur kleinbürgerlichen Existenz zu bringen.

Der Vorwärts hat Ernst auf den Artikel hin als Renegaten gebrandmarkt und der Notiz, in der dies geschieht, einen Schluss gegeben, der uns durchaus unangebracht erscheint und den der Schreiber mittlerweile sicher selbst schon bedauert hat. Er ist nur durch die Erregung zu entschuldigen, die sich des Verfassers beim ersten Lesen des Ernstschen Artikels bemächtigt haben wird. Unzweifelhaft verdient der Artikel eine scharfe Zurechtweisung. Wir fassen seine Tendenz etwas anders auf, als der Vorwärts, erblicken in ihm mehr das Product einer verdriesslichen Stimmung, als einen beabsichtigten Ausfall auf die Socialdemokratie. Aber selbst die mildeste Auslegung wird Ernst nicht davon freisprechen können, dass seine Auslegung des den Schreiber dieses betreffenden Lübecker Parteitagbeschlusses, wonach dieser Beschluss „bewusst und klar“ ausspreche, dass sie — die Arbeiter — „eine wissenschaftliche Weiterentwicklung ihrer Lehren nicht annehmen wollen“, eine grobe Unrichtigkeit darstellt, gegen welche der Einleitungssatz jenes Beschlusses unmissverständliches Zeugnis ablegt, und dass auch die weiteren Folgerungen Ernsts ein starkes Verkennen des Entwicklungsganges der deutschen Arbeiterclassen und der Socialdemokratie bekunden. Nicht mit der Lübecker Resolution — die eigentlich niemand richtig beurteilen kann, der nicht in Lübeck war, und in der man allenfalls einen unbeabsichtigten Widerspruch, unter keinen Umständen aber eine Verfemung der wissenschaftlichen Weiterentwicklung der socialistischen Lehre finden kann —, wohl aber mit den Bemerkungen Ernsts über die Natur und Entwicklung der Arbeiterclassen sollen sich die nachfolgenden Betrachtungen befassen.

Meines Erachtens wird man in Bezug auf diesen Punkt Ernst von vornherein so weit zustimmen können, dass, wenn die Arbeiter wirklich nur nächstliegende wirtschaftliche Interessen ihrer Classen vertreten ohne alle, über gewisse materielle

Verbesserungen hinausgehende allgemeinere Ziele, sie als Classe auch kein aussergewöhnliches Interesse beanspruchen könnten. Indes, selbst dann wäre es grundfalsch und ein Beweis von völliger Verkennung der die Entwicklung der Culturmenschheit bewirkenden Kräfte, von der Arbeiterclassen, wie Ernst es thut, als der „an sich wertlosesten und uninteressantesten“ Classe zu sprechen. Was auch die Arbeiter etwa denken und wollen und wie sie auch jeweilig handeln: die ökonomische Gestaltung der modernen Gesellschaft hat ihnen eine Bedeutung für deren Weiterentwicklung verliehen, sie spielen heute in Stadt und Gemeinde in den verschiedensten Rücksichten eine so wichtige Rolle, dass man einen solchen Anspruch oder Gedanken selbst bei keinem nur einigermaßen unterrichteten Conservativen, geschweige denn bei einem Manne suchen sollte, der lange Jahre der Socialdemokratie angehört und Proben dafür geliefert hat, dass er mehr zu sein suchte, als ein gewöhnlicher Mitläufer. Aliquid semper haerebat — wer einmal mit Leib und Seele Socialdemokrat war und nicht völlig verblödete, für den waren in welche Lage oder Parteistellung er später auch geriet, bisher gewisse Dinge einfach unmöglich.

Was Ernst, dem man Begabung und Studium nicht absprechen kann, unseres Erachtens mit dem citierten Satz hat sagen wollen, aber bei seiner leidigen saloppen Manier in eine sehr schiefe Form gebracht hat, ist, dass die Arbeiterclassen sich aus Individuen zusammensetzt, die an sich, d. h. soweit sie nicht jene höheren Ziele vertreten, die wertlosesten und uninteressantesten Elemente der Gesellschaft bilden. Das wird denn auch weiterhin durch die Bemerkung zu begründen versucht, dass die auf den untersten Stufen der socialen Leiter stehenden Elemente neben den eigenen auch alle Fehler der oberen Classen, deren Tugenden aber nur in abgeschwächtem Grade haben, während ihre eigenen Tugenden nicht die grossen und schöpferischen seien.

Diese, stark an Nietzsche erinnernde und wohl auch unter seinem Einfluss entstandene Darlegung ist aber, wie so vieles vom Nietzscheanismus, eine Mischung von Richtigem und Falschem, die zu verkehrten Schlüssen führt. Auch wenn man die Arbeiterclassen nicht als eine sociale Einheit nimmt, der eine besondere geschichtliche Mission obliegt, sondern, der alten, bürgerlichen Auffassung gemäss, als eine blosser Sammeleinheit von Individuen in bestimmter Lebensstellung, selbst dann ist es grundfalsch, dass die Arbeiter geistig so minderwertig seien, wie es hier hingestellt wird.

Niemand kann es ferner liegen, als dem Schreiber dieser Zeilen, die Arbeiter als Individuen anders hinstellen zu wollen, als wie sie wirklich sind. Ich habe mich zu allen Zeiten auf das entschiedenste gegen jede Art von Anbetung der Masse gewendet, und mein Bestreben, den Ueberreibungen entgegenzutreten, die sich in dieser Hinsicht in die socialistische Litteratur einzuschleichen drohten, ist gerade der Punkt, der mich mit einigen litterarischen Vertretern der marxistischen Schule in Conflict gebracht haben. Was ich darüber im Schlusscapitel der Schrift: Die Voraussetzungen des Socialismus geschrieben habe, giebt einer im Laufe langer Jahre erworbenen Ueberzeugung Ausdruck und wird von mir durchaus aufrecht erhalten. Aber man kann den supramarxistischen Cant bekämpfen, ohne deshalb dem Nietzscheschen Cant zum Opfer zu fallen.

\* \* \*

Ich gebrauche den Ausdruck *supramarxistischen Cant*, um der Auffassung vorzubeugen, als hielte ich die Ausstattung der Arbeiterclassen mit dem

Attribut der Vollkommenheit etwa für einen notwendigen Bestandteil der marxistischen Theorie. Unzweifelhaft haben Marx und Engels zu verschiedenen Zeiten die Reife der Arbeiterklasse überschätzt, in die Arbeiterklasse Neigungen und Fähigkeiten hineingelegt, wie sie nur erst bei einer kleinen Minderheit von Arbeitern, und selbst bei dieser meist nur partiell vorhanden waren. Aber da sind sie nicht, wie Ernst meint, einer sich erst später als solche enthüllenden Täuschung verfallen, sondern haben lediglich aus einer in der Hauptsache richtigen Theorie übereilte Schlüsse gezogen, die zu corrigieren sich bald Anlass bot.

Eine solche Correctur war die berühmte Ansprache bei der Spaltung des Communistenbundes, in der Marx für sich und seine Richtung das Verdienst in Anspruch nahm, im Unterschied von der Fraction Willich-Schapper, die das Wort Proletarier zum „heiligen Wesen“ erhebe, die deutschen Arbeiter „auf die unentwickelte Gestalt des deutschen Proletariats“ hinzuweisen und ihnen zu sagen, dass sie „fünfzehn, zwanzig, fünfzig Jahre Bürgerkriege durchzumachen haben, nicht nur um die politischen Verhältnisse zu ändern, sondern um sich selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen.“<sup>1)</sup> Litterarische Belegstellen dafür, dass dies in solcher Deutlichkeit geschehen, sind mir bisher nicht bekannt geworden. Einzig in der Ansprache der Leitung des Communistenbundes vom März 1850 findet sich ein Satz, der so verstanden werden kann, bei dem es aber zweifelhaft ist, ob er im Moment seiner Abfassung von seinem Verfasser Marx selbst so gemeint war, und der, auch wenn dies der Fall, schwerlich von seinen Lesern so verstanden wurde. Er lautet: „Wenn die deutschen Arbeiter nicht zur Herrschaft und Durchführung ihrer Classeninteressen kommen können, ohne eine längere revolutionäre Entwicklung ganz durchzumachen, so haben sie diesmal wenigstens die Gewissheit, dass der erste Act dieses bevorstehenden revolutionären Schauspiels mit dem directen Sieg ihrer eigenen Classe in Frankreich zusammenfällt und dadurch sehr beschleunigt wird.“ Es bedarf sehr eingehenden Nachdenkens über den Zusammenhang zwischen der jeweiligen socialen Verfassung eines Landes und der Entwicklungshöhe seiner Bevölkerungsklassen, einer sehr genauen Kenntnis der socialen Verfassung Deutschlands, um dahinter zu kommen, dass in dem Satz von der durchzumachenden revolutionären Entwicklung auch der Gedanke von einer notwendigen wesentlichen Aenderung der Arbeiter selbst steckte. Nach dem ganzen Zusammenhang des Rundschreibens konnte der Durchschnittsleser die Stelle nur so verstehen, dass es sich bloss darum handelte, durch unablässige revolutionäre Action die demnächst an die Herrschaft gelangende kleinbürgerliche Demokratie zu Zugeständnissen zu nötigen, die schliesslich die proletarisch-communistische Revolution unvermeidlich machen würden, und so haben sie ja Marx' damalige Bundescollegen Schapper, Willich und Genossen denn auch wirklich verstanden. Genau so wie vierzig Jahre später die Jungen der deutschen Socialdemokratie gewisse Aeusserungen von Engels über den Höhegrad der Entwicklung Deutschlands und der deutschen Arbeiter ohne das erforderliche Körnchen Salz „wörtlich, allzuwörtlich“ nahmen und sich dafür eine Rectification von Engels zuzogen, die nicht weniger scharf ausfiel, als die 1852 von Marx in der Schrift über den Communistenprocess an Willich-Schapper geübte Kritik. Wenn aber Marx im Jahre 1850 und Engels in Publicationen der achtziger Jahre mit ihren Bemerkungen über

<sup>1)</sup> Communistenprocess, Vorwort, pag. 20—21.

die bevorstehenden Aussichten der Arbeiterrevolution nicht buchstäblich genommen sein wollten, sondern sie nur relativ auffassten, so wäre es doch grundfalsch vorauszusetzen, dass sie sich des ganzen Unterschiedes zwischen dem wirklichen Stand der Dinge und dem Wortlaut jener Aeusserungen voll bewusst gewesen wären. Ihr reiches ökonomisches Wissen und ihr scharfer realistischer Blick hinderte sie — wie schon der Satz von der „Gewissheit“ des 1850 „unmittelbar“ bevorstehenden Sieges der Arbeiter in Frankreich beweist — vielmehr nicht, bei ihren Generalisierungen oft der Wirklichkeit weit vorauszuweichen, eine Raschheit der Entwicklung anzunehmen, die der Wirklichkeit nicht entsprach, und in die Arbeiterklasse Tugenden und Fähigkeiten hineinzulegen, die die geschichtliche Entwicklung erst noch zur Entfaltung bringen sollte. Sie haben, so weit hat Ernst recht, wiederholt die gegebene Einsicht, den theoretischen Blick und die Thatkraft der Arbeiter ganz erheblich überschätzt. Wie ich vor Jahr und Tag an anderer Stelle ausgeführt habe, heisst es ihre irrigen Voraussagen geschichtlicher Katastrophen auf viel schwerwiegendere Fehler zurückführen, wenn man bestreitet, dass hier deren Erklärung zu finden ist.<sup>2)</sup>

\* \* \*

Viel freier von Ueberschätzungen solcher Art hat sich in seiner reiferen Epoche Lassalle gehalten. In der Epoche von 1848 hatten sich seine Vorstellungen von der Arbeiterklasse noch stark in ähnlichem Fahrwasser bewegt, wie die von Marx und Engels. Später aber kommt in seinen Briefen und Schriften eine kritischere Auffassung zum Ausdruck. Sehr pessimistisch äussert er sich 1860 in einem der Briefe an Marx, der von ihrem Conflict über die Beurteilung des italienischen Krieges handelt, über die Arbeiter und deren Verhalten zu ihren Vorkämpfern. Es heisst bei ihnen, schreibt er, „wie bei den Mädchen: aus den Augen, aus dem Sinn“.<sup>3)</sup> Und wenn da der Unmut über eine scheinbar von Arbeitern ausgehende „Anklage“ ihm vielleicht die Feder übermässig geschärft hatte, so spricht doch auch aus der ersten Rede, mit der Lassalle wieder vor Arbeitern auftritt, aus seinem Arbeiterprogramm, ein starkes Empfinden dafür, dass die Arbeiter bei weitem noch nicht auf der geistigen Höhe angelangt waren, die ihrer geschichtlichen Mission entsprach. „Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müssigen Zerstreungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinne der Unbedeutenden“ — wie anders klingt dieser Zuruf, als jene Darstellungen, nach denen die Arbeiter schon wer weiss wie früh den anderen Classen sittlich und intellectuell überlegen sein sollten. Ihm vorhergegangen aber ist jene schöne Auseinandersetzung, in der Lassalle in treffender Weise darlegt, dass und warum der Arbeiter, sobald er sein Classeninteresse erkannt hat und ihm entsprechend handelt, notwendig eine höhere Stufe der Sittlichkeit einnehme, als das vom Classeninteresse geleitete Mitglied der herrschenden Classen. Der Arbeiter, der die Verbesserung seiner persönlichen Lage in der Verbesserung der Lage seiner Classe suche, werde dadurch getrieben, sein Streben in Einheit zu bringen mit der fortschrittlichen Entwicklung des gesamten Volkes, „mit dem Siege der Idee, mit den Fortschritten der Cultur, mit dem Lebensprincip der Geschichte selbst, welche

<sup>2)</sup> Vergl. Zur Geschichte und Theorie des Socialismus; pag. 350—356.

<sup>3)</sup> Brief vom 11. März 1860. Aus den Briefen an Karl Marx und Friedrich Engels 1849 bis 1862; pag. 249.

nichts anderes, als die Entwicklung der Freiheit ist“<sup>4)</sup> Gewiss sei in der Arbeiterclassen noch viel zu viel tadelnswerte Selbstsucht vorhanden. Die Arbeiter seien aber in der glücklichen Lage, dass dasjenige, was ihr wahres persönliches Interesse bilde, zusammenfalle „mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprincip der sittlichen Entwicklung“<sup>5)</sup>

Wie tiefen Eindruck diese Ausführungen auf Tausende und Abertausende von Arbeitern gemacht haben, werden alle diejenigen bezeugen, welche die an Lassalles Auftreten anknüpfende Epoche der deutschen Arbeiterbewegung noch miterlebt haben. Und sie enthalten soweit kein Atom Uebertreibung. Wenn Lassalle den Arbeitern zurief: Ihr seid der Fels, auf den die Kirche der Zukunft gebaut werden soll!, so erhob er sie, aber er gab ihnen keinen Anlass zu einer Ueberhebung, die ihre Spitze gegen sie selbst kehren konnte. Er folgt da streng dem Gedanken, den er im Hinblick auf die Dogmen des Sansculottismus ausspricht und der ebenso auf den oben gekennzeichneten Supramarxismus wie auf das Nietzscheanertum zutrifft, in dem Paul Ernst sich zu gefallen scheint: „Nichts Gefährlicheres als eine Wahrheit, die in unwahrer, verkehrter Form auftritt.“ Denn wenn der erstere darin fehlt, dass er Zukünftiges vorwegnimmt oder noch Werdendes als schon Gewordenes behandelt, so besteht der Trugschluss von Ernsts Deduction darin, dass er das Althergebrachte als das ewig Bleibende, Rückfälle als Symptome des Werdenden ansieht.

Es gab eine Zeit, wo das, was Ernst von den Beziehungen der Classen zum Ideale der Menschheit ausführt, nämlich dass die Classen sich diesem Ideale um so weniger näherten, je weiter unten sie auf der socialen Stufenleiter ständen, im allgemeinen richtig war, und Reste dieser Periode ragen auch noch in unsere Zeit hinein, gehören aber, wie zahlreich sie auch sein mögen, doch insofern schon zu den Rückständen, als sie nicht mehr das für unsere Zeit typische Bild darstellen. Das ist so wenig der Fall, dass selbst die Darstellung des Verhältnisses, wie Lassalle sie an der citierten Stelle giebt, heute nicht mehr ganz richtig ist, für die Bezeichnung des erreichten geistigen Höhestandes der Arbeiterclassen nicht genügt.

Lassalle betont nur die sittliche oder vielmehr ethische Rückwirkung der Classenlage des Arbeiters auf diesen bezw. die Hebung, welche desser sittliches Empfinden durch das Bewusstsein von der geschichtlichen Stellung und Mission seiner Classen erfahren müsse. Abgesehen davon, dass ein solches Bewusstsein selbst schon ein Erkennen und Wissen, d. h. eine gewisse Intelligenz einschliesst, geht er auf die intellectuelle Seite der Frage nicht ein. Zum Teil, weil dies nicht zum Gedankengang des Themas gehörte und Lassalle sehr darauf hielt, seinen Vorträgen einen streng einheitlichen Charakter zu geben; zum Teil aber auch, weil er wirklich die erreichte Intelligenz der Arbeiterclassen nicht sehr hoch einschätzte. Er hat daraus, wie seine Frankfurter Rede beweist, gar kein Hehl gemacht, und noch deutlicher, als dort, spricht er sich über diesen Punkt in der Antwort auf die Recension der Kreuzzeitung aus.

„Ich bin der erste,“ heisst es dort, „zu erklären, dass jede sociale Verbesserung nicht einmal der Mühe wert wäre, wenn auch nach derselben — was zum Glück objectiv ganz unmöglich ist — die Arbeiter persönlich das blieben, was sie in ihrer grossen Masse heute sind.“<sup>6)</sup>

<sup>4)</sup> Gesamtausgabe, II. Bd., pag. 43—44.

<sup>5)</sup> a. a. O., pag. 44.

<sup>6)</sup> a. a. O., III. Bd., pag. 277.



Man beachte den Zwischensatz: „was zum Glück objectiv ganz unmöglich ist“. Er zeigt, wie fest Lassalle davon überzeugt war, dass die politische und ökonomische Hebung der Arbeiterclassen mit Notwendigkeit ihre moralische und intellectuelle Hebung einschloss. „Welches wäre denn aber“, fährt er fort, „der erste Schritt zu ihrer subjectiven Hebung? Er wäre die Erziehung des Arbeiters durch den obligatorischen und unentgeltlichen Unterricht in einem ganz anderen Umfange, als in welchem heute schwache Keime desselben vorhanden sind.“ Der sei aber, heisst es bald darauf, „nur denkbar bei dem allgemeinen und directen Wahlrecht“. Will offenbar sagen, dass nur der Druck des allgemeinen Wahlrechts die Machthabenden zur Bewilligung der für diesen Unterricht erforderlichen grossen Mittel bewegen werde, und dies ist im grossen und ganzen auch durch die Erfahrung bestätigt worden. Indes handelt es sich dabei immer noch um eine den Arbeitern mit Vorbedacht und bewusst von andern einzuflössende Bildung und würden sie danach nur in der Masse als intellectueller Factor in Betracht kommen, als ihnen jene Bildung beigebracht wäre. So eng fasste Lassalle die Sache jedoch nicht auf. Er beanspruchte weiter für die Arbeiter eine von ihnen in ihrer Eigenschaft als Masse ausgeübte eigene intellectuelle Wirkung. Er legt dies in einem von seinen Sätzen nieder, die er in dem citirten Aufsatz dem Recensenten der Kreuzzeitung „zur ernstesten Erwägung“ empfiehlt. „Es giebt nichts der wahren Intelligenz Wahlverwandteres, als der gesunde Verstand der grossen Massen.“ Der Grund dafür sei klar: der Geist der Massen sei, ihrer Masselage angemessen, immer auf objective, auf sachliche Zwecke gerichtet. Die Stimmen unruhiger, persönlichkeitsüchtiger Einzelner würden hier in diesem Stimmenaccord verklingen, ohne nur gehört zu werden.

Absolut genommen, ist dieser Satz sehr anfechtbar, wie ihn denn auch Lassalle an der angegebenen Stelle in einer Weise anwendet, gegen die berechtigter Widerspruch erhoben werden konnte. Setzt man ihn aber mit der im Arbeiterprogramm gegebenen Darlegung in Verbindung, nach der die Arbeiter durch ihr Interesse auf das im Sinne des Fortschritts geschichtlich Notwendige gelenkt werden — und diesen Gedanken hatte sicher auch Lassalle hierbei im Auge —, so erhält er einen sehr berechtigten Kern und verdient u. a. auch von Herrn Ernst „ernstestens“ erwogen zu werden. Wie mangelhaft es auch um das Wissen der einzelnen Arbeiter bestellt sein mag: wo die Arbeiter heute als Masse handeln, da bilden sie in der grossen Mehrheit der Fälle eine intelligente, schöpferische Kraft, da verschwinden, wie Schreiber dieses schon oft auseinandergesetzt hat, die aus mangelhafter Erziehung, schlechter Umgebung und Lectüre u. s. w. resultierenden Idiosynkrasieen der einzelnen, und die allen auf Grund der Classenlage gemeinsamen Strebungen, die auf der Linie des gesellschaftlichen Fortschritts liegen, gewinnen die Oberhand. Selbst in den Ausnahmefällen, wo aus irgendwelchen Gründen Arbeiter anscheinend fortschrittswidrige Beschlüsse fassten, stellt sich bei näherer Prüfung oft genug heraus, dass sie entweder bloss von zwei Uebeln das kleinere gewählt hatten oder die Opfer einer falschen Fragestellung gewesen waren.

\* \* \*

Indes ist es mit dieser latenten, der Entfaltung durch Massenactionen harrenden Intelligenz der Arbeiterclassen keineswegs zu Ende. Ganz abgesehen von der Erziehung durch allerhand spezifische Bildungsinstitute, macht ein grosser

Teil der Arbeiter im Beruf selbst eine Schule durch, deren Wirkung in Bezug auf die Schärfung seines Intellects oft sehr bedeutend ist. Ich habe hier weniger die technische, als die sociale Erziehung im Auge. Das Leben wirft den Arbeiter viel umher, nur selten findet einer von vornherein eine leidlich ständige Existenz. Die meisten lernen verhältnismässig früh schon sehr verschiedenartige Verhältnisse kennen und vergleichen, und so gewinnen, unterstützt durch den Umstand, dass kein intensiveres Eigentumsinteresse ihren Blick trübt, ihre Classenlage vielmehr einer kritischen Auffassung Vorschub leistet, die Geweckteren unter ihnen Einsichten und Urtheile, die derjenige, der nur ihre Schulbildung und vielleicht dazu etwas an der Oberfläche liegende Lebenserfahrung in Anrechnung setzt, niemals bei ihnen vermuten würde. Auch ist der Procentsatz dieser geweckteren Elemente durchaus nicht klein, wenn es auch nur eine verhältnismässig kleine Anzahl ist, die ihr Licht sozusagen auf den Scheffel stellen. Im allgemeinen entschliesst sich der Arbeiter nur schwer, seine Gedanken auf der Tribüne oder in der Presse zum besten zu geben. Gerade die intelligentesten Elemente leiden da oft an einem übergrossen Misstrauen gegen sich selbst, verursacht durch das Bewusstsein von der Unzulänglichkeit ihres formalen Wissens, dessen Wert sie überschätzen. Ich habe Arbeiter, die in Versammlungen nie das Wort nehmen, im Gespräch eine Klarheit des Denkens und eine Fülle von Wissen und Erfahrung entwickeln hören, die jedem Hörer die höchste Achtung abnötigen mussten, und verdanke Arbeitern, die beständig mit der Orthographie in Kampf lagen, viel wertvolle Belehrung. Oft bedarf es nur des äusseren Anlasses, um aus einem scheinbar als Dutzendmensch dahinlebenden Arbeiter einen Redner von Ruf, einen geschätzten Schriftsteller oder tüchtigen Verwaltungsmann zu machen. Die grosse Zahl früherer Arbeiter, die sich in anderen Thätigkeitszweigen, als ihrem ursprünglichen Beruf, einen Namen gemacht, legt schlagendes Zeugnis davon ab, und wer will behaupten, dass das Los für solche Auszeichnung schon den grössten Teil aller dazu Berufenen getroffen habe? Gewiss giebt es Arbeiter und Arbeiter, einer geistig besonders regen Minderheit stehen in abgestufter Folge weniger rege Elemente gegenüber, bis herab zu jener tiefsten Schicht, die theils infolge mangelnder Naturausrüstung und theils unter dem Druck besonders ungünstiger äusserer Umstände der Spannkraft entbehrt, die sie intellectuell oder moralisch über ihre materielle Lage hinwegzuheben vermöchte. Wer aber einigermaßen Verkehr mit Arbeitern pflegt — und das sollte jeder Socialpolitiker thun —, der wird bald entdecken, dass sie im Durchschnitt selbst als Individuen selten „uninteressant“ sind.

\* \* \*

Unter keinen Umständen aber sind sie es als Classe. Das verhindert schon die Bedeutung, die sie gegenwärtig in den verschiedensten Beziehungen für die Gesellschaft erlangt haben: als Träger der Industrie, als wachsender Factor des Consums, als Mehrheit der Bevölkerung in den Centren des öffentlichen Lebens und schliesslich, aber nicht zum wenigsten, als Wähler für die öffentlichen Körperschaften. Wie anders steht die Arbeiterclassen in Bezug auf alle diese Punkte heute da, verglichen mit dem Zustand, den Lassalle vor sich sah, als er die citierten Sätze niederschrieb!

Bei einer Bevölkerung von 19 Millionen zählt Preussen, der massgebende Staat Deutschlands, 1861 erst 766 180 selbstthätige Personen in der Fabricationsindustrie, und in diese Zahl waren die Geschäftsleiter und ihre Beamten schon

eingeschlossen. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung entfielen auf das flache Land, in den Städten aber überwog noch das Handwerk mit seinen Gewohnheiten. Vom Maschinenbau und einigen verwandten Industrien abgesehen, standen die Fabrikarbeiter materiell und geistig unter den Arbeitern des Handwerks, von denen selbst wiederum aber grosse Teile noch, gleich der Masse der Landarbeiter, als Hausgenossen des Meisters an dessen Tisch assen, d. h. als selbständige Consumenten noch sehr wenig in Betracht kamen. Disorganisiert in der Industrie, als Käufer von geringer Bedeutung, selbst in den meisten Centren nur eine Minderheit, sicher, bei Wahlen von der so rückständigen Landbevölkerung vorläufig noch erdrückt zu werden, — das war die Position der Arbeiterschaft in Preussen am Anfang der sechziger Jahre; und in dem grössten Teil des übrigen Deutschlands sah es nicht besser aus.

Als Schreiber dieses vor jetzt dreissig Jahren der Socialdemokratie beitrug, hatte sich darin schon vieles geändert, und als er Ende der siebziger Jahre Deutschland verliess, hatte die Industrie gegen 1861 mittlerweile grosse Positionen gewonnen. Immerhin ergab die Gewerbebezahlung von 1875 erst 43 513 industrielle Betriebe von über fünf Personen, die zusammen 1 328 750 Personen umfassten. Noch immer überwog, der Zahl seiner Angehörigen nach, das Handwerk, aber die Verselbständigung seiner Arbeiter hatte schon grosse Fortschritte gemacht. Ebenso war die Arbeiterklasse geistig vorgeschritten, doch stiess man in ihren Reihen noch auf viel Roheit und Unwissenheit.

Man wird es begreiflich finden, dass ich, nach Deutschland zurückgekehrt, jede sich mir bietende Gelegenheit wahrgenommen habe, Vergleiche zwischen damals und jetzt anzustellen. Indes selbst wenn ich es nicht aus eigenem Antriebe gethan hätte, hätten sich die Unterschiede mir von selbst aufgedrängt. Wer beständig in ein und demselben Lande lebt, dem fehlt nicht selten der rechte Massstab für viele vor sich gegangene Veränderungen; weil er sie Schritt für Schritt in kleinen Etappen sich hat vollziehen sehen, machen sie keinen starken Eindruck auf ihn. Anders der nach längerer Abwesenheit Zurückkehrende. Ihm stehen die Zustände, wie er sie verlassen hatte, noch lebhaft vor Augen, und so weiss er den Abstand zwischen ihnen und dem nunmehr Gewordenen um so mehr zu würdigen. Da muss ich nun sagen, dass, soweit ich zu prüfen Gelegenheit hatte, kaum eine Erscheinung mir so stark aufgefallen ist, wie der Fortschritt im geistigen Niveau der Arbeiterschaft. Man mag über die Frage der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter noch so verschiedener Meinung sein, man mag darüber streiten, ob den unleugbaren Verbesserungen in Bezug auf Länge der Arbeitszeit, Höhe des Geldlohnes u. s. w.<sup>7)</sup> nicht Verschlechterungen gegenüberstehen, die deren Vorteile in rein ökonomischer Hinsicht wieder aufheben, — ich will diesen Punct hier unerörtert lassen. Aber die geistige Hebung scheint mir ganz unbestreitbar. Selbstverständlich ist auch da noch sehr viel zu bessern, sind die Zustände nichts weniger als vollkommen. Auch masse ich mir kein Urtheil darüber an, wie es mit den Fortschritten im Schulwesen steht. Ferner will ich ganz von der oberen Schicht der qualifizierten Arbeiter absehen, die ja auch zu meiner Zeit

---

<sup>7)</sup> Nach dem ersten Vortrag, den ich auf deutschem Boden hielt — es war eine Maifestrede bei den Berliner Zimmerern — kam nach Schluss der Versammlung ein Arbeiter, der mich von früher her kannte, auf mich zu, begrüßte mich und sagte dann u. a.: „Na, es ist heute doch ein bisschen anders, wie damals? 12 Stunden Arbeitszeit und 17  $\frac{1}{2}$  Groschen Tagelohn — darüber sind wir Zimmerer hinweg!“

und auch früher schon einen hohen Grad von Intelligenz aufwies, seitdem aber an Mitgliederzahl bedeutend zugenommen hat. Was mich am meisten frappiert, ist die grosse Häufigkeit der Fälle, wo man von Angehörigen der ganz unten stehenden Schichten, aus den Reihen der „Unqualifizierten“, von Handlangern, Erdarbeitern, Lastträgern u. s. w., Antworten oder Auseinandersetzungen hört, die auf absolutes Interesse und Verständnis für Fragen schliessen lassen, die ziemlich weitab von den sie direct berührenden Angelegenheiten liegen, und wie oft diese Antworten, wenn nicht in grammatikalisch richtigem Deutsch, so doch — was viel wichtiger ist und vor allem als Anzeiger des geistigen Höhestandes dienen kann — in zusammenhängenden, logisch gegliederten Sätzen gegeben werden. Man muss die Unbeholfenheit gekannt haben, mit der sich früher die Angehörigen dieser Berufe meist ausdrückten, um den Unterschied zwischen damals und jetzt würdigen zu können. Auch das Benehmen hat sehr gewonnen. Mit der *Rohheit* hat die sie ergänzende *Unterwürfigkeit* abgenommen — leider freilich noch nicht in dem Masse, als es der Fall sein sollte. Hier steht eben dem Fortschritt der Umstand im Wege, dass wir es überhaupt in Deutschland, oder wenigstens in Preussen, im Verkehr noch nicht einmal zum bürgerlichen Wesen gebracht haben, sondern noch stark im Spätfeudalismus stecken. Immerhin zeigt sich ein freimütigeres Auftreten, das auf gesteigerte Weite des Blicks schliessen lässt.

Wie viel daran der Volksschule zuzuschreiben ist, entzieht sich, wie erwähnt, meiner genauern Schätzung. Aber das sei bei Berührung dieses Punctes erwähnt, dass die Volksschule als socialer oder socialpolitischer Factor von grösserm Einfluss ist, als man es gemeinhin sich vorstellt. Paul Ernst wirft, wie viele vor ihm, als einen Einwand gegen die Marxsche Anschauung von der Herrschaftsfähigkeit der Arbeiterclassen die Frage auf, wie es denn komme, dass der englische Chartismus so spurlos verschwinden konnte. Nun, eine wesentliche Ursache des Zerfalls der Chartistenbewegung ist in der Thatsache zu suchen, dass England bis 1870 kein Schulgesetz hatte, dass die Masse der englischen Arbeiter ohne jeden systematischen Unterricht aufwuchs und in diesem Bewusstsein, als die Periode der ersten Stürme vorüber war, den Glauben an eine höhere sociale Mission verlor. Die Industrie und das entwickelte öffentliche Leben Englands schulte die Arbeiter so weit, dass sie fähig wurden, sich zu organisieren, um den Unternehmern Zugeständnisse abzurufen, aber der Glaube, dass seine Classe zu mehr berufen sei, musste dem Arbeiter abhanden kommen, wenn er sah, dass die grosse Masse seiner Classengenossen kaum lesen und schreiben konnte. Erst seitdem die Volksschule allgemein durchgeführt ist und schrittweise verbessert wird, wachsen neuerdings Generationen heran, bei denen zu der ersten Art Schulung auch eine passable formale Bildung tritt, und die Folgen machen sich denn auch schon fühlbar.

Deutschland hatte die Volksschule früher und die Industrie später. Zu den Wirkungen ersterer sind in den letzten Decennien die Folgen der gewaltigen Umwälzungen in der *Berufsgliederung*, der *geographischen Verteilung*, des *Verkehrs* getreten, um die Psychologie der Arbeiterclassen völlig zu verändern. Die städtische Cultur und Geistesrichtung überwiegen heute, schon der blossen Zahl nach hat die städtische die ländliche Bevölkerung überflügelt, wozu aber noch der Einfluss des stetig sich steigernden Verkehrs kommt, bei dem die stärkere Geistesströmung — und das ist heute mehr als je die städtische — sich die schwächere unterwirft: die Stadt ist überwiegend activ, das

Land wird immer mehr passiv und verliert selbst die Fähigkeit des passiven Widerstandes. Unsere Bauern jammern darüber, dass der städtische Geist ihre Landarbeiter erfasst; sie vergessen, dass ihr wirtschaftlicher Notstand zum grössten Teil die Folge davon ist, dass sie selbst aufgehört haben, bäuerlich zu leben. Ehedem kam die Masse auch der Industriearbeiter vom Lande und brachte die Anschauungen des Landes mit, die nur langsam und oberflächlich denen der Stadt wichen. Heute gehört die Masse der Lohnarbeiter der Industrie an, lebt in Städten oder städtisch gearteten Industriedörfern, und der Zuzug vom Lande wird in kurzer Zeit von ihnen assimiliert. Zu diesen ganz objectiven Factoren kommt der Einfluss des sich auch bei uns immer mehr entfaltenden öffentlichen Lebens, der gewaltige erzieherische Einfluss der socialistischen Agitation, des Gewerkschaftswesens, der Wahlkämpfe, der Presse. Paul Ernst stimmt das alte Lied von der Verschlechterung der Litteratur durch die Tagespresse an: erst habe die Zeitschrift das Buch verdrängt, dann die Zeitung die Zeitschrift, und so verflache das Denken immer mehr. Das ist richtig für einen verhältnismässig recht bescheidenen Teil der Bevölkerung. Für die Masse steht die Sache anders. Vorläufig bildet für sie die Presse einen Factor des Fortschritts. Wohl oder übel trägt sie dazu bei, in die zurückgebliebensten Kreise des Volkes die Kenntnis von Vorgängen auf den verschiedensten Gebieten des geistigen Lebens zu tragen und das Interesse an ihnen anzuregen. Fasst man den grossen Durchschnitt ins Auge, so ist es auch nicht richtig, dass die Presse schlechter geworden ist. Was war das für eine Kost, die ehemals der grossen Masse in den kleineren Städten und auf dem Lande geboten wurde!

So wirken von allen Seiten Kräfte darauf hin, die Arbeiterclassen in socialer Hinsicht zu fördern. Welche Bedeutung für Politik und Wirtschaft sie durch ihre blosse Zahl erlangt hat, ist bekannt. 1895 wurden in der Industrie 5 956 000, in der Landwirtschaft 5 628 000 Arbeiter gezählt. Aber die ersteren ernährten nahezu 7 Millionen, die letzteren nur 3,1 Millionen Familienmitglieder, und sie zählten einen grösseren Procentsatz der productivsten, geistig regsten Altersclassen als jene in ihren Reihen. Von 100 männlichen Industriearbeitern waren 45,12, von 100 männlichen Landarbeitern nur 32,78 verheiratet. Zu den Industriearbeitern ist aber noch zu rechnen die Masse der Angestellten in Handel und Verkehr, während ein grosser Teil nicht nur der Landarbeiter, sondern auch der Kleinbauern als Verwandte von Industriearbeitern immer mehr unter deren Einfluss gerathen. Aber nehmen wir die letzteren nur allein, so sehen wir sie jedenfalls unangesehnt an Zahl<sup>8)</sup>, an Zusammenschluss, an wirtschaftlicher Bedeutung und an politischem Einfluss im Wachsen, immer mehr solchen Einwirkungen ausgesetzt, die ihre Intelligenz schärfen und ihr Selbstbewusstsein als Classen heben, und deshalb schon ist es für den Socialpolitiker einfach unmöglich, von ihr zu sagen, sie sei die an sich uninteressanteste und wertloseste Classen. Dazu aber kommt, dass die Classen der gewerblichen Arbeiter mit all ihren Lebensbedingungen, all ihren Hoffnungen an den Fortschritt der Gesellschaft gebunden und deshalb auch von allen Classen

<sup>8)</sup> In den nunmehr fast 7 Jahren, die seit der Zählung von 1895 verstrichen sind, hat die industrielle Arbeiterschaft weit über das Verhältnis des Bevölkerungszuwachses an Zahl zugenommen. Im Jahre 1898 wurden in den 15 grossen Industriegruppen 6,78 Millionen Arbeiter gezählt gegen 5,58 Millionen in 1895 (Vorwärts vom 13. Mai 1900). Ein Zuwachs von 20%!

diejenige ist, die ihn von Etappe zu Etappe immer entschiedener vertritt, die sich immer mehr als der zuverlässigste Bürge des freien Gedankens, der freien Forschung bewährt.

Allerdings darf man das Wort von dem theoretischen Sinn, den die Arbeiter im Gegensatz zu den bürgerlichen Classen bekunden, nicht zu buchstäblich nehmen. Es trifft nur in dem vorentwickelten Sinne zu, dass bei den Arbeitern im allgemeinen eine stärkere kritische Ader zu finden ist, als beim Durchschnitt der übrigen Classen. Diese kritische Veranlagung ist die Vorbedingung für theoretisches Denken; ob sie aber zur eingehenden Beschäftigung mit theoretischen Fragen, zu wirklichem Theoretisieren führt, das hängt sehr von den Umständen ab. Im Anfang der Bewegung herrschte unter den vom Socialismus erfassten Arbeitern ein wahrer Heiss hunger nach theoretischer Lectüre. Kein Wunder, dass aus diesem Heiss hunger übertriebene Folgerungen gezogen wurden. Heute hat er sehr nachgelassen, es zeigen sich Spuren einer gewissen Uebersättigung gegenüber allem, was nach Theorie aussieht. Diese Reaction kann stark idealistisch angelegte Naturen zu dem Glauben bringen, es sei mit dem theoretischen Sinn der Arbeiterclassen überhaupt nichts. Das ist aber eine Uebertreibung nach der anderen Seite hin. Die intensive Beschäftigung mit der Theorie war früher eine durch die Umstände dictirte Form des Kampfes der socialistischen Arbeiter gegen die Gegner des Socialismus, weil eben der Kampf selbst noch vorwiegend ein blosser Kampf der I d e e n war, die Arbeiter einen Kampf um materielle Dinge mit den alten Classen nur ausnahmsweise führen konnten. Heute ist dieser Kampf die Regel geworden, heute wird die früher abstract geführte, generalisierende Kritik im Kampfe selbst immer mehr c o n c r e t, ad hominem geliefert. In der That, wer es genauer betrachtet, wird finden, dass in der Arbeiterbewegung die T h e o r i e heute an den D i n g e n s e l b s t s t u d i e r t und d o c i e r t wird. Ich leugne nicht, dass damit gewisse nachtheilige Wirkungen verbunden sind, dass bei der auf diese Weise unvermeidlichen Arbeitsteilung der Sinn für die einigenden Grundgedanken Beeinträchtigung erleiden kann, und wenn ich meinen subjectiven Empfindungen Ausdruck geben soll, so muss ich sagen, dass mich das Verschwinden theoretischer Discussionen aus den Parteiversammlungen zuerst geradezu schmerzlich berührt hat. Aber wenn man die ganze Bewegung überblickt, so sieht man auch, dass sie jene Einheit der Grundideen gewissermassen automatisch immer wieder von neuem sachlich zur Anschauung bringt, dass die kämpfende Arbeiterschaft in der glücklichen Lage der Revolutionsmänner von 1789 ist, in deren Namen Mirabeau, wie Jaurès in seiner prächtigen Geschichte der Revolution betont, eines Tages mit Recht ausrufen durfte: „Wir dürfen uns jetzt ausschliesslich dem Kampf widmen, denn wir haben V o r s c h ü s s e v o n I d e e n.“

Und wenn Ernst schliesslich meint, der freie Proletarier existiere „überhaupt nur als Mittel für Zwecke der Gesellschaft“, habe deshalb „die psychologische Verfassung des Mittels“ und könne „nie Herrenfunctionen übernehmen“, so wollen wir dem Nietzscheaner mit allem Respect vor dem Stück Wahrheit, das in den Theorien des Meisters steckt, erwidern, dass ein Zusatz von Wahrheit aus einer verschrobenen Sentenz noch keine Weisheit macht. In der Redensart von den „Herrenfunctionen“ steckt eine masslose Uebertreibung. Den Gesellschaftszwecken gegenüber sind wir alle Mittel, die moderne Gesellschaft ist viel zu umfassend, ihr Organismus viel zu entwickelt, als dass selbst die grössten Genies, selbst die kraftvollsten Persönlichkeiten in ihr anderes sein könnten. Die bahn-

brechenden Geister, die zu keiner Zeit Monopol einer Classe gewesen sind, sind es heute weniger als je und werden es mit der fortschreitenden Hebung der Arbeiterclassen immer weniger sein. Hat Ernst, als er jenen Satz niederschrieb, daran gedacht, dass heute mehr als drei Viertel der ins Wirtschaftsleben eintretenden Personen der Arbeiterclassen zukommen? Hat er sich vergegenwärtigt, welches Heer von führenden Elementen aller Art die Arbeiterclassen heute aus sich selbst in ihren Beamten und Vertretern erzeugt? Wir bezweifeln es sehr. Welche Verfassung sich auch die Gesellschaft in der Zukunft geben wird, so zeichnet sich eines schon heute deutlich ab: gerade die grosse Mannigfaltigkeit der Functionen wird ein „Herrentum“ unnötig und unmöglich machen. Der „freie Proletarier“ hat individuell „Herrenfunctionen“ weder zu übernehmen, noch wird er sie übernehmen wollen. Er kann sich daran genügen lassen, durch das Mittel seiner Classen eine wirkliche Führung der Gesellschaft auszuüben, wie überhaupt der Fortschritt immer mehr das Resultat von Collectivleistungen wird. Auch auf geistigem Gebiete lautet sein Motto: Die Menschen sollen weder Herren noch Knechte sein.

---

## Arbeiterkammern und Arbeitsamt.

Von

Robert Schmidt.

(Berlin.)

Die Interessengegensätze, die grossen Interessengruppen, die der Capitalismus erzeugt, zwangen die Gesetzgebung, all diesen wechselseitigen wirtschaftspolitischen Strömungen und Neigungen eine geordnete, zusammenfassende Vertretung zu geben, eine autoritative Organisation zu schaffen, die als Trägerin der Interessen einer bestimmten Gruppe gilt. Diesem Verlangen entsprechend sind für die Landwirtschaft die Landwirtschaftskammern, für den Handel und die Industrie die Handelskammern und für das Handwerk die Handwerkskammern errichtet worden — Interessenvertretungen, die zum Teil auf Kosten des Staates ihre Einrichtungen unterhalten, bei Gesetzesvorlagen gutachtlich gehört zu werden, selbst Anregungen auf diesem Gebiete zu geben berechtigt sind und zur Regelung ihrer inneren Angelegenheiten weitgehende Befugnisse erlangt haben. Nur eine Interessengruppe, die grösste, die das moderne Wirtschaftsgetriebe schuf, die Arbeiterclassen, blieb bisher ohne jede Vertretung dieser Art. Wiederholt hat die socialdemokratische Fraction dem Reichstag Gesetzentwürfe unterbreitet, die dieser Forderung Form und Inhalt gaben; zur Erledigung der Vorschläge hat es die Mehrheit des Reichstages aber nicht kommen lassen.

Nur mit Widerwillen hat man bei der Versicherungsgesetzgebung den Arbeitern die Mitwirkung zugestehen müssen, und dort, wo die Arbeiter die Verwaltung ganz in Händen haben, wie bei den Krankencassen, erhebt sich schon der Einspruch derjenigen, die die Arbeiter nur als decoratives Beiwerk bei der Durchführung der Versicherungsgesetze zulassen möchten. Das Interesse des Unternehmers steht eben den hohen und weitgehenden Aufgaben der socialen Gesetzgebung entgegen. Wohl möchte er unter Aufwendung geringer Mittel als der für seine Arbeiter sorgende Wohltäter erscheinen, nicht aber dem Arbeiter ein Recht auf Erfüllung einer Verpflichtung zugestehen, über deren Inhalt und Umfang dieser gar noch ein bestimmendes Wort mitzusprechen hat. Daher die Abneigung gegen Arbeiterkammern. Die herrschende Classen

will ihre Privilegien schützen; den Einfluss der Arbeiterclassen betrachtet sie mit wachsendem Misstrauen.

Allerdings verlangt der Gesetzentwurf der socialdemokratischen Fraction mehr, als eine untergeordnete Organisation der Vertretung der Arbeiterinteressen. Es ist vielmehr eine grosse Organisation in Vorschlag gebracht, der ein gut Stück socialer Fürsorge überwiesen werden soll. Als Grundlage der Organisation soll die *Arbeitskammer* dienen, der sich das *Arbeitsamt* und das *Reichsarbeitsamt* überordnen, und im engen Anschluss an diese Institutionen soll eine Ueberwachung der Ausführung der socialen Gesetze stattfinden. Auch diese Organisation wäre eigentlich keine reine, in sich geschlossene Arbeitervertretung, wie es die Handelskammern und Handwerkskammern als Interessenvertretungen der Unternehmer sind, sondern eine auf paritätischer Grundlage aufgebaute Organisation der Arbeiter und der Unternehmer.

Der Gesetzentwurf der socialdemokratischen Fraction ist indessen nicht mehr neuesten Datums und hat sich daher schon manche Abänderungen gefallen lassen müssen, die besonders durch die Aenderungen der socialen Gesetzgebung selbst bedingt waren. Es liegt daher die Frage nahe, ob nicht auch die durch ihn vorgeschlagene Organisation in Form der Arbeitskammern und des Arbeitsamtes mehr im Anschluss an schon bestehende Einrichtungen aufzubauen wäre. Nach dieser Richtung hin möchte ich im folgenden einige Anregungen geben.

Aus der *Arbeitskammer* sollte man eine *Arbeiterkammer* machen, d. h. man sollte hier von einer paritätischen Vertretung absehen und die Organisation auf gleiche Stufe mit den Handels- und Handwerkskammern stellen. Auf dieser Grundlage bewegte sich auch ein Antrag, den unsere württembergischen Parteigenossen im vorigen Jahre dem Landtag unterbreiteten. Auch *Friedrich Engels*, dessen kritische Betrachtungen zum Erfurter Programm vor kurzem veröffentlicht wurden, vertrat die Ansicht, man möge im Programm die Forderung der Arbeiterkammern erheben. In dem betreffenden Briefe heisst es wörtlich: „Zu diesem (die Forderung der Arbeitskammern betreffend) wäre zu bemerken, dass wir mit Arbeitskammern von halb Arbeitern und halb Unternehmern gelemmt wären. Auf Jahre hinaus werden da die Majoritäten stets auf seiten der Unternehmer sein, wozu ein schwarzes Schaf unter den Arbeitern genügt. Wird nicht ausgemacht, dass in Streitfällen beide Hälften separat Meinungen abgeben, wäre es viel besser, eine Unternehmerkammer und daneben eine unabhängige Arbeiterkammer zu haben.“

Ein Verzicht auf die Arbeiterkammern hiesse für die Arbeiter in der That ein Recht aufgeben, das die Unternehmer ihrerseits besitzen. Der Vertretung der Unternehmerinteressen müsste als Gegengewicht eine reine Arbeiterinteressenvertretung gegenübergestellt werden. Dagegen würde sich für das Arbeitsamt die Beibehaltung einer paritätischen Grundlage empfehlen, und zwar müsste die Zusammensetzung aus der Arbeiter-, der Handels-, der Landwirtschafts- und der Handwerkskammer so erfolgen, dass zu gleichen Teilen Arbeiter und Unternehmer unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden — zu erwägen wäre, ob nicht unter der des Fabrikinspectors — vertreten wären. Hier rechtfertigt sich die paritätische Vertretung, weil der Organisation Aufgaben zu übertragen wären, zu deren Erledigung beide Teile gehört werden müssen. Wir sind in Deutschland, was die Schaffung einer staatlich anerkannten Interessenvertretung der Arbeiter betrifft, weit selbst hinter den Ländern zurück, die eine minder entwickelte Industrie haben. Gewiss haben wir eine Interessenvertretung der Arbeiter in der Gewerkschaft. Aber abgesehen davon, dass diese unausgesetzt den Kampf um ihre rechtliche Stellung führen muss, besitzt sie keinen Einfluss auf die Verwaltung, die Handhabung der social-



politischen Gesetze. Ein solcher Einfluss muss aber notwendig für die Arbeiterkammer in Anspruch genommen werden, die als Interessenvertretung der Arbeiter neben der Handwerks- und Handelskammer functionieren soll.

Betrachten wir in Kürze, was das Ausland den Arbeitern bietet.

In Frankreich hat der Minister Millerand bald nach seinem Amtsantritt eine Interessenvertretung der Arbeiter geschaffen. Die Organisation ist leider keine durch Gesetz gegebene, sondern nur durch Decret bestimmte. Wahrscheinlich hatte Millerand Bedenken, ob es möglich sein würde, diese Einrichtung in der Kammer zur Annahme zu bringen, und wählte daher den kürzeren Weg. Durch dieses Decret wurde in den Industriebezirken die Corporation der Arbeitsräte geschaffen, die ungefähr dem entsprechen, was wir uns in Deutschland als die Arbeitskammer vorstellen. Unternehmer und Arbeiter wählen zu gleichen Teilen ihre Vertreter. Beachtenswert ist hierbei, dass die Arbeiter die Gewerkschaften und Gewerbeberichte als Wahlkörper haben; bei der schwachen Organisation der Gewerkschaften sind die ihnen hierdurch verliehenen Rechte nur um so höher einzuschätzen. Die Arbeitsräte haben die Befugnis, für jedes Gewerbe ihres Bezirks, möglichst nach vorheriger Verständigung mit Arbeitern und Unternehmern, eine Tabelle der ortsüblichen Normallohnsätze und Normalarbeitszeiten aufzustellen. Diese Feststellungen müssen bei Vergebung staatlicher Arbeiten als grundlegende Bedingungen des Arbeitsvertrages dienen. Bei Arbeitslosigkeit haben die Arbeitsräte geeignete Massnahmen zur Abhilfe derselben zu beraten und der Behörde zu unterbreiten. Ferner soll von ihnen über die Ausführung oder die Reformbedürftigkeit der socialpolitischen Gesetze alljährlich an den Minister berichtet werden. Besonders aber liegt der Corporation die Vermittelung bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern ob: sie functioniert dann als Schiedsgericht.

Dieser Organisation übergeordnet sind die Höheren Arbeitsräte, die Reichsbehörde. Sie setzt sich aus 66 Mitgliedern zusammen, von denen zwei Drittel zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Unternehmern bestehen, während die übrigen, das letzte Drittel, vom Handelsminister, vom Senat, der Deputiertenkammer und einigen anderen staatlichen Corporationen ernannt werden. Bis zum September 1899 hatten die Arbeiter nur das Vorschlagsrecht zu dieser Behörde. Millerand wandelte es zu einem Wahl- und Selbstbestimmungsrecht um, so dass jetzt wenigstens ein Drittel der Mitglieder von Arbeitern, und zwar von den Gewerkschaften und Gewerbeberichten, gewählt wird; auch Frauen sind zu diesen Aemtern wählbar. Die laufenden Arbeiten sind einer ständigen Commission, bestehend aus 21 Mitgliedern, übertragen, der auch 7 Arbeiter zugeteilt sind. Die Aufgaben dieser Commission bestehen u. a. darin, im Auftrage des Ministers Enquêtes zu veranstalten, Sachverständige zu vernehmen, Statistiken aufzustellen und schliesslich auf Grund ihrer Wahrnehmungen Reformvorschläge für die Gesetzgebung zu machen.

In Belgien wurden die Arbeitsräte schon im Jahre 1887 von der Regierung eingesetzt, so dass die Organisation der französischen Arbeitsräte hier ein Vorbild vorfand, dem sie auch zum Teil nachgebildet ist. Nur ist in Belgien das Wahlrecht ein anderes. Die Arbeiter wählen ihre Vertreter nach dem Wahlmodus für die Gewerbeschiedsgerichte. Dieses Wahlsystem kann als ein allgemeines und gleiches bezeichnet werden. Weit gegen die französische Organisation tritt dagegen in Belgien der Obere Arbeitsrat zurück: die Arbeiter haben hier keinen Einfluss, da die Mitglieder von der Regierung ernannt werden. Die im Jahre 1892 ins Leben gerufene Corporation hat immerhin eine Anzahl wichtiger socialstatistischer Arbeiten veröffentlicht. Weiter ist dem Ministerium für Industrie und Handel ein Arbeitsamt beigeordnet. Diesem liegt die Beaufsichtigung der Arbeitsräte sowie des Oberen

Arbeitsrates, ferner der Gewerbeberichte, der Fachvereine, der Arbeitspolizei, der Arbeiterversicherung, der Arbeitsverträge, der Arbeitsordnungen und des Lehrlingswesens ob, von ihm gehen an die übrigen ihm unterstellten Organisationen die Anweisungen zu bestimmten Erhebungen oder zur Erlangung von Gutachten aus. Das Arbeitsamt giebt eine officiële Monatsschrift heraus: *La Revue du Travail*, die das Gebiet der socialen Gesetzgebung und Reform behandelt. Daneben wird ein *Jahrbuch* herausgegeben, welches über die Gesetze aller civilisierten Länder berichtet und deren Text im Wortlaut bringt.

Die niederländische Regierung unterbreitete der Kammer im Jahre 1897 ein Gesetz, das die Errichtung von *Arbeitskammern* vorsah. Die Einteilung geschieht hier nach *Berufen*, während in Frankreich und Belgien gemeinsame Vertretungen aller Berufe gebildet werden. Bei der Zusammensetzung gilt für Arbeiter und Unternehmer die gleiche Vertretung; den Vorsitz führt abwechselnd ein Jahr lang ein Unternehmer, das nächste Jahr ein Arbeiter. Das Wahlrecht ist in activer und passiver Form auch den Frauen zugestanden und zeigt auch sonst keine Beschränkungen. Trotzdem ist die Arbeitskammer wenig leistungsfähig, weil ihre Befugnisse sehr gering bemessen sind. Bei Erhebungen kann jeder Unternehmer den dazu beauftragten Personen den Eintritt in seine Fabrik verwehren und die Beantwortung ihm unangenehmer Fragen ablehnen. Auch das Schiedsgerichtsverfahren ist für die Arbeitskammer bisher eine wenig erspriessliche Thätigkeit gewesen, da ihr die Befugnis fehlt, die streitenden Parteien zu einer Verhandlung zu zwingen. Im Jahre 1899 bestanden 60 Arbeitskammern, die jährlich einen Bericht an das Ministerium zu erstatten haben. Diese Berichte werden dann insgesamt veröffentlicht. Ein Reichsarbeitsamt besteht für die Niederlande nicht.

In England ist man verhältnismässig spät zur Errichtung eines Arbeitsamtes gekommen, und es giebt in diesem industriell so hoch entwickelten Lande keine Arbeitskammern oder diesen ähnliche Organisationen, auf die die Arbeiter Einfluss hätten. Dieser Mangel hängt wohl zum Teil damit zusammen, dass die englischen Arbeiter in ihren Gewerkschaften einen so starken Rückhalt besitzen, dass sie sich nie veranlasst sahen, die Forderung nach Arbeiterkammern besonders zu propagieren. Sie besitzen eben ein sehr starkes Selbstgefühl, das aber schliesslich leicht zur Ueberschätzung der Grenzen der Selbsthilfe führt. So wurde erst im Jahre 1886 auf Antrag des Liberalen Bradlaugh im Unterhaus beschlossen, dass das Handelsministerium Vorkehrungen treffen möge, um das vielfach zerstreut liegende, sehr umfangreiche socialstatistische Material zu sammeln und zu ordnen. Die Regierung berief damals den Gewerkschaftssecretair der Bergarbeiter, John Burnett, als Arbeitscorrespondenten in das Handelsministerium. Auch diese Concession an die Gewerkschaften, wie man es wohl nennen darf, erklärt zum Teil die Genügsamkeit der Ansprüche der englischen Arbeiter auf diesem Gebiet. Im Jahre 1893 ist dann, wesentlich auf Verlangen des parlamentarischen Comités der Gewerkschaften, diese Einrichtung weiter ausgebaut worden: es wurde im Handelsministerium eine besondere Abteilung, das *Arbeitsamt*, gebildet, in dem John Burnett die leitende Stellung einnimmt. Das Arbeitsamt erfuhr durch Hinzuziehung von Hilfskräften eine bedeutende Erweiterung; in allen Industriebezirken engagierte man Correspondenten, die mit dem Arbeitsamt in Verbindung stehen und fortlaufende Berichte einsenden.

Unter den drei Arbeitscorrespondenten im Arbeitsamt befindet sich auch eine weibliche Angestellte. Insgesamt sind 40 Beamte thätig, denen sich noch 30 Localcorrespondenten hinzugesellen. Die vom Arbeitsamt herausgegebene Monatsschrift *Labour Gazette* bietet eine Fülle reichen statistischen Materials über gewerbliche Verhältnisse des In- und Auslandes. In

schroffem Gegensatz zu deutschen Gepflogenheiten steht hier die Befugnis des Handelsministeriums, bei Strikes und Aussperrungen die Vermittelung zu übernehmen! Der preussische Handelsminister Brefeld wies vor einigen Jahren die christlichen Bergleute, die mit der Bergwerksgesellschaft am Piesberg wegen der christlichen Feiertage im Strike lagen, mit ihrem Ansuchen um Vermittelung, ohne sie anzuhören, zurück, und als die Bäckergesellen seiner Zeit verlangten, der Reichskanzler Hohenlohe möge, nachdem er die Meister empfangen hätte, auch sie anhören, um zu erfahren, welche Gründe sie für das Fortbestehen des Normalarbeitstages anzuführen hätten, da fehlte dem Reichskanzler die Zeit, die Bäckergesellen zu empfangen. In England wäre eine derartige nichtachtende Behandlung der Arbeiter unmöglich. Mehrfach wurden hier vom Ministerium sehr eifrig Vermittelungsversuche bei Strikes unternommen; es sei nur an die vielfachen Bemühungen des englischen Handelsministers Ritchie erinnert, der sich im Jahre 1897 während des grossen Ausstandes der Maschinenbauer redliche Mühe gab, eine Verständigung herbeizuführen. Diese von dem preussischen Dünkel weit abweichende Behandlung der englischen Arbeiterorganisationen erklärt zugleich die Lauheit der englischen Arbeiter in ihren Bestrebungen um eine staatlich bestimmte Interessenvertretung.

Oesterreich hat eine von den vorhergehenden Schilderungen ganz abweichende Einrichtung. Hier verfügte der Handelsminister Baernreither im Jahre 1898 durch Verordnung die Einsetzung eines *arbeitsstatistischen Amtes* und gab ihm als Anhängsel einen *Arbeitsbeirat*. Die Mitglieder des letzteren werden von der Regierung ernannt, so dass die Arbeiter keinen directen Einfluss auf diese Corporation haben. Es sei aber hervorgehoben, dass der Handelsminister damals auch sechs Vertreter der freien Gewerkschaften und zwei christlich-socialen Arbeiter in den Arbeitsbeirat berief. Die Gesamtmitgliederzahl desselben betrug 32. Spätr hat dann der Handelsminister Baron Dipauli die Zahl der Vertreter um sechs vermehrt, dabei aber eine Schiebung vorgenommen, denn unter diesen sechs neuen Mitgliedern befand sich kein Vertreter der freien Gewerkschaften. Auch dieses Gebilde krankt an der Unvollkommenheit seiner Machtbefugnisse: die Unternehmer können sich den ihnen unangenehm erscheinenden Fragen dadurch entziehen, dass sie die Rechtmässigkeit dieser Function des *arbeitsstatistischen Amtes* bestreiten. Dieses Trics haben z. B. die Bergwerksbesitzer im Ostrau-Karwiner Revier sich bedient, als der Arbeitsbeirat vor dem grossen Bergarbeiterstrike eine Erhebung über die Lage der Arbeiter im Bergwerksbetriebe verlangte. Die Bemühungen, wenigstens die vorhandenen kärglichen Einrichtungen gesetzlich festzulegen, sind bei den jämmerlichen parlamentarischen Zuständen in Oesterreich bisher nicht zum Abschluss gekommen. Die Regierung gelangte zwar mit einem Gesetzentwurf bis an das Herrenhaus, dort blieb aber die Vorlage stecken. Den Arbeitern hätte der Gesetzentwurf ohnehin keine befriedigende Lösung der Frage gebracht, da er nur dem unvollkommenen Zustande der Verordnung durch gesetzliche Festlegung derselben ein Ende machen sollte.

Selbst *Ungarn* hat im Jahre 1898 durch Verordnung ein Scheingebilde einer Arbeitervertretung geschaffen, die den Namen *Landesindustrieat* führt. Zu den 70 Mitgliedern desselben gehören auch fünf Arbeiter. Von diesen entsendet der ungarische Pensions- und Invalidenverein zwei, die Budapester Bezirkskrankencasse drei Vertreter. Um jedoch das Institut nicht ganz in Verfall geraten zu lassen, hat man später auch einige socialistische Arbeiter hinzugezogen.

Die *Schweiz* hat in dem Arbeitersecretariat eine Einrichtung geschaffen, die wir bisher nirgend antreffen, abgesehen von dem kleinen unschein-

baren Versuch in Gotha, wo die Regierung für ähnliche Zwecke 2000 Mk. jährlich zur Verfügung stellt. Das Arbeitersecretariat in der Schweiz ist eine reine Arbeitervertretung, aber es fehlt ihm der Zusammenhang mit der Verwaltungsbehörde, wenn auch ein gewisser Einfluss auf letztere nicht zu leugnen ist.

Die Institution wurde im Jahre 1887 ins Leben gerufen und anfänglich mit 5000 Frs. subventioniert, einer Summe, die dann bis auf 25 000 Frs. erhöht wurde. Alle drei Jahre findet ein Arbeitertag statt, zu dem alle Arbeitercorporationen ihre Vertreter schicken können. Hier werden der Arbeitersecretair, der Bundesvorstand und der Ausschuss gewählt. Leiter des Arbeitersecretariates in Zürich seit seinem Bestehen ist Hermann Greulich, ein während der Zeit des Socialistengesetzes aus Deutschland ausgewandertes Arbeiter. Später ist dann die Errichtung von Zweigbureaux in Biel und Lausanne gefolgt. Die Regierung hat bisher keine rechte Freude an der Entwicklung dieser Arbeitervertretung gehabt; man hatte sich die Secretariate nur als beratende und begutachtende Corporationen gedacht und nicht erwartet, dass sie sich in so schroffen Gegensatz zu der Regierung stellen würden, wie es thatsächlich bei der Vorlage verschiedener Gesetzentwürfe geschah. Im übrigen hat das Secretariat eine Reihe wichtiger Enquêtes veranstaltet und der Gewerkschaftsorganisation rege Förderung angedeihen lassen.

Die italienischen Arbeiterkammern sind Organisationen, die von den Gemeinden subventioniert sind und fast ohne Ausnahme nur Arbeiter als Vertreter haben. Nach der 1898 erfolgten Unterdrückung haben sich diese Corporationen im Jahre 1900 sehr schnell wieder zu einem nützlichen und einflussreichen Factor in der Arbeiterbewegung entwickelt. Die Arbeiterkammer in Mailand erhält von der Gemeinde jährlich 15 000 Lire und kostenlos ein städtisches Gebäude mit 80 Zimmern. Diese Einrichtungen gleichen in vielem der Pariser Arbeiterbörse. Die Gewerkschaften haben sich eng den Arbeiterkammern angeschlossen, und diese haben die Arbeitsvermittlung übernommen. Das Ministerium Zanardelli ist noch einen Schritt weiter gegangen. Es hat der Kammer ein Gesetz unterbreitet, das für die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes die erforderlichen Grundlagen schafft. Dem Arbeitsamt wird ein Comité beigeordnet, dem Vertreter der Deputiertenkammer, des Senats, der Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Volksbanken, Genossenschaften, Arbeiterunterstützungsvereine, Arbeiterkammern und fünf von der Regierung ernannte Arbeiter angehören. Die Deputiertenkammer hat am 5. December v. J. dem Gesetzentwurf zugestimmt, desgleichen hat der Senat seine Sanction gegeben, so dass die Ausführung gesichert ist.

Die Einrichtungen in Nordamerika, Canada und Australien wollen wir übergehen, um uns eingehender mit der Frage zu beschäftigen: Was haben wir in Deutschland auf diesem Gebiet zu verlangen?

Die Reichscommission für Arbeiterstatistik kann unseren Anforderungen nicht entsprechen. Wir erkennen gern an, dass manche wertvolle Enquête aufgenommen ist, aber zu einer erspriesslichen Thätigkeit haben wir eine ständige Behörde nötig und nicht, wie gegenwärtig, eine nach Belieben des Ministeriums einzuberufende Corporation, deren Arbeiten fortgesetzt ins Stocken geraten. Auf die Zusammensetzung dieser Körperschaft haben die Arbeiter keinen Einfluss; nur dadurch, dass der Reichstag einige Mitglieder ernannt, ist ein Socialdemokrat zur Mitarbeit herangezogen worden. Die beabsichtigte Umwandlung dieser Commission in eine statistische Abteilung des Ministeriums würde nach den Erklärungen, die Graf von Posadowsky im Reichstag gab, schon insofern eine Besserung bedeuten, als auch Arbeiter zur Mitwirkung herangezogen werden sollen. Nur müssen wir abwarten, was für eine Arbeitervertretung für würdig befunden wird.

Die Mitglieder eines Reichsarbeitsamtes, wie wir es an Stelle der Reichscommission für Arbeiterstatistik verlangen, müssten von den Arbeiter-, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern so gewählt werden, dass ein Drittel von den Arbeiterkammern, ein Drittel von den Unternehmercorporationen und das letzte Drittel von der Regierung ernannt wird. Dem Reichsarbeitsamt muss neben der Aufnahme wichtiger Enquêtes, der Sammlung statistischen Materials u. s. w. vor allen Dingen die Befugnis zum Erlass von Verordnungen übertragen werden, für die auf Grund von § 139a der Gewerbeordnung der Bundesrat zuständig ist. Es handelt sich hier um allgemein gültige Vorschriften für Betriebe, in denen eine besondere Gefahr für Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter vorhanden ist, sowie um die Zulassung von Ausnahmen bezüglich der einzuhaltenden Pausen und der Arbeitszeit.

Die dem Reichsarbeitsamt untergeordneten Arbeitsämter sollen — wenn wir uns an den Entwurf der socialdemokratischen Fraction halten — in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde errichtet werden. Sie werden vor allem zur Erlangung statistischen Materials hilfreiche Hand zu leisten haben. Hierher gehören nicht nur die statistischen Erhebungen über die Arbeiterbewegung, sondern auch die Unternehmerorganisationen, die Syndikate, Innungen und freie Corporationen, sollten über ihre Einnahmen und deren Verwendung sowie über ihre Beschlüsse Bericht erstatten. Den Arbeitsämtern muss ferner die Genehmigung der Fabrikordnungen, die Genehmigung der Ausnahmen in Bezug auf die Innehaltung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe, die heute nach der Gewerbeordnung der Verwaltungsbehörde überantwortet ist, zugestanden werden. Weiter wäre zu erwägen, ob nicht den Tarifverträgen der Gewerkschaften von dieser Stelle aus ein festerer Halt zu geben wäre. Sind Tarifverträge zwischen Arbeitern und Unternehmern abgeschlossen, so müsste auf Antrag der Arbeiterkammer oder der Handels- oder Handwerkskammer das Arbeitsamt gehalten sein, je nachdem der Vertrag lautet, für einen bestimmten Bezirk eine Abstimmung der Arbeiter und der Unternehmer in gesondertem Wahlgang vorzunehmen und nach beiderseitiger Zustimmung anzuordnen, dass nun auch für die Minderheit der Vertrag rechtsverbindlich sei. Es unterliegt keinem Zweifel, dass z. B. der Vertrag der Buchdrucker auf diese Art ohne grosse Schwierigkeiten durchzusetzen wäre. Natürlich müssten solche Verträge Kündigungsfristen enthalten, damit sich keine Partei auf unbeschränkte Zeit zu binden brauchte. Damit wäre eine Lösung der Frage des Minimallohnes gegeben, die aus dem letzten Entwurf der socialdemokratischen Fraction herausgeblieben ist.

Die Arbeiterkammern sollte man für kleinere Bezirke, als den des Arbeitsamtes, errichten; auch müsste man sie nicht im Minimum aus 50 Mitgliedern bestehen lassen, wie es der Entwurf der Fraction befürwortet, sondern erheblich kleiner gestalten. Denn es ist von Bedeutung, dass die Vertreter in enger Fühlung mit den Arbeitern am Ort bleiben und ihre Thätigkeit nicht allzu sehr erschwert wird. Die Aufgabe der Arbeiterkammer würde es sein, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter an geeigneter Stelle zur Kenntnis zu bringen. Zu empfehlen wäre es auch, ihr die Wahl von Hilfscontroleuren für Bauten und Bergwerke zu übertragen und ihr die Befugnis zu erteilen, bei Betriebsunfällen, für welche die Berufsgenossenschaft den Verletzten zu entschädigen hat, durch einen Beauftragten der Untersuchung beizuwohnen sowie die zu erlassenden Schutzvorschriften der Berufsgenossenschaften zu prüfen und zu begutachten. In die paritätischen Arbeitsnachweise hätte die Arbeiterkammer die Arbeitervertretung zu entsenden, sie wäre in gleicher Weise an der Beaufsichtigung des Herbergswesens und der Fachschulen zu beteiligen und hätte bei Arbeitslosigkeit geeignete Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Die in

Frankreich geltende Vorschrift, dass die Gewerkschaften ihre Vertreter in die Arbeitskammer wählen, sollte von uns gleichfalls vorgeschlagen werden; der Wahlmodus würde damit sehr vereinfacht und den Gewerkschaften eine Stellung zugewiesen, die ihnen zukommt. Zudem haben wir bei den Wahlen zur Handwerkskammer eine analoge Bestimmung, indem hier die Innungen und Gewerbevereine den Wahlkörper bilden.

Ein so wichtiges Capitel ferner die gewerbepolizeiliche Beaufsichtigung und Controle bildet, so ist dennoch gegen die in dem Entwurf der Fraction empfohlene Beteiligung des Arbeitsamtes an der Ausübung dieser Functionen manches einzuwenden, besonders wenn diese Controle für den einzelnen Betrieb nur mindestens einmal im Jahre stattfinden soll. Diese ganz ungenügende Beaufsichtigung führt schon heute der Fabrikinspector aus, und man würde auf diese Weise nur noch eine Oberinstanz schaffen. An zur Controle der Betriebe befugten Behörden fehlt es uns wahrlich nicht: diese Befugnis steht gegenwärtig der Polizei, dem Fabrikinspector, der Innung und der Berufsgenossenschaft zu. Man darf wohl sagen: etwas weniger wäre hier mehr. Und trotz der Vielgestaltigkeit diese ungenügende Controle!

Zu einer wirksamen Controle gehört eine gewerbepolizei mit technisch gebildeten Beamten unter Leitung des Fabrikinspectors. Von hier aus müssen alle Recherchen über feuer- und gewerbepolizeiliche Vorschriften angestellt. Dampfkesselanlagen untersucht, Gesuche um Concessionen für in der Gewerbeordnung (§ 16) besonders genannte Betriebe geprüft, kurz, das ganze Gebiet der gewerbepolizeilichen Vorschriften geregelt und überwacht werden. So wäre der Sicherheitspolizei eine Aufgabe entzogen, für die sie untauglich ist. Für die Berichterstattung der Fabrikinspection würde sich auf diese Weise eine Fülle des interessantesten Materials ergeben, und die Controle hätte den Vorteil, dass die Beseitigung von Unregelmässigkeiten sofort erfolgen würde, während bei dem jetzigen Zustande der Fabrikinspector seine Beschwerden erst der Polizei mitzuteilen hat und es von ihrem Ermessen abhängt, ob sie denselben Folge giebt oder nicht.

Der Polizei sind gegenwärtig auf Grund der Gewerbeordnung so wichtige Aufgaben überantwortet, dass bei einer gewissenhaften Erfüllung derselben dem Arbeiter ein weitgehender Schutz zu teil werden würde. So heisst es in § 120a:

„Der Gewerbeunternehmer ist verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, dass die Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Insbesondere ist für genügend Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

Ebenso sind diejenigen Vorschriften herzustellen, welche zum Schutze der Arbeiter gegen gefährliche Berührung mit Maschinen oder Maschinenteilen oder gegen andere in der Natur der Betriebsstätte oder des Betriebes liegende Gefahren, namentlich auch gegen die Gefahren, welche aus Fabrikbränden erwachsen können, erforderlich sind.

Endlich sind diejenigen Vorschriften über die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter zu erlassen, welche zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes erforderlich sind.“

In § 120b werden die Anforderungen festgelegt, die in sittlicher Beziehung zu stellen sind. Insbesondere verlangt er möglichst die Trennung der Geschlechter bei der Arbeit, die Errichtung von Ankleideräumen und Waschräumen und eine Einrichtung der Bedürfnisanstalten, so dass ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

§ 120d giebt der Polizei weiter die Befugnis, auf Grund dieser Bestimmungen ihre Massnahmen zu treffen. Die Polizei kann ferner verlangen, dass den Arbeitern eines bestimmten Betriebes besondere Räume zur Einnahme ihrer Mahlzeiten angewiesen werden.

Es sind mithin wohl gesetzliche Vorschriften vorhanden, die in ihren hygienischen und sittlichen Anforderungen ziemlich weitgehenden socialpolitischen Ansprüchen gerecht werden, aber — sie werden nicht befolgt. So erlangten die Berliner Maurer erst nach harten Kämpfen in ihrem Tarifvertrag Bestimmungen über Baubuden und Bedürfnisanstalten. Und sie haben heute noch über die Nichtinnehaltung gerade dieser Vorschriften die bittersten Klagen zu führen. Käme die Polizei ihrer Verpflichtung nach, dann hätte sie die Vorschriften lediglich nach § 120b und 120d zu erlassen und ihre Ausführung zu überwachen. Die Vorschriften sind an einigen Orten erlassen, aber mit der Ueberwachung hapert es. Wohl aber steht sofort ein Aufgebot von Schutzleuten vor dem Bau, wenn die Arbeiter wegen des Fehlens oder der ungenügenden Ausführung dieser berechtigten Forderungen in den Strike treten.

Die Beaufsichtigung der Gewerbebetriebe muss eben der Polizei entzogen werden. Das muss eine der ersten Forderungen eines wirklichen Arbeiterschutzes sein. Die unausgesetzte Ueberwachung der Gewerbebetriebe muss einer besonderen Behörde anvertraut werden, mit der die Arbeiter durch ihre Vertretung im Arbeitsamt enge Fühlung haben und in der sie Einfluss besitzen. Es würde sich daher sehr empfehlen, dass der Fabrikinspector zugleich Vorsitzender des Arbeitsamtes wäre. Die Controle der Betriebe durch das Arbeitsamt, wie der socialdemokratische Gesetzentwurf sie verlangt, kann nicht die Anforderungen erfüllen, die wir an eine gute, auch mit den Befugnissen der Executive ausgestatteten Inspection stellen müssen.

Weniger notwendig scheint mir dagegen die Einberufung von Congressen der Arbeiterkammern und Arbeitsämter zu sein. Im Gegenteil sollte man den Congressen der Gewerkschaften und der Partei die Erörterung socialpolitischer Fragen freihalten und deren Einfluss nicht durch ein Nebeneinandertagen anderer, noch dazu behördlicher Corporationen schwächen. Wir leiden so schon an einem Uebermass von Congressen.

Die Arbeiterschutzesetzgebung hat ein so grosses und weites Gebiet zu beackern, dass wir, um zu dem organischen Aufbau eines Verwaltungskörpers zu kommen, soweit das möglich ist, uns der vorhandenen gesetzlichen Einrichtungen bedienen sollten, um die Grundlage zu schaffen, auf der der weitere Fortschritt möglich ist. Einen Stillstand wird es in der socialen Fürsorge nicht geben, es werden immer neue Aufgaben an uns herantreten, die der Lösung harren. Dringend ist zunächst die Errichtung von Arbeiterkammern, Arbeitsämtern und eines Reichsarbeitsamtes, schon weil wir vom Standpunct der socialen Gleichberechtigung eine Interessenvertretung der Arbeiter fordern.

---

## Skizzen aus der socialpolitischen Litteratur und Bewegung.

Von  
Isegrim.

### VIII. Herr Gamp, die Regierung, Arbeitsnachweis und Arbeitervvertretung.

Die Parteipresse frischte neulich eine ganz interessante Erinnerung aus dem Jahre 1885 auf. Wie ein Petitionsbericht des damaligen Reichstages

ergiebt, stand das Reichsamt des Innern schon zu jener Zeit „dem Gedanken einer besseren Gestaltung der Arbeitsnachweisung, deren Bedeutung für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber anzuerkennen sei, sympathisch gegenüber, ... einer besonderen Anregung, der Sache näher zu treten, bedürfte die Reichsregierung nicht, weil sie ihre Aufmerksamkeit derselben bereits zuwende.“ Der preussische Handelsminister — das heisst: Fürst Bismarck — schickte seinen Geheimrat Gamp in die Commission mit der Erklärung: er habe „in Würdigung der grossen volkswirtschaftlichen und socialpolitischen Bedeutung der Organisation einer alle Berufszweige umfassenden Arbeitsnachweisung bereits Schritte gethan, um eine derartige Organisation in die Wege zu leiten. Zu diesem Zwecke sei zunächst der Centralverband Deutscher Industrieller unter Hinweis auf die grosse Bedeutung der Frage ersucht worden, sich über seine Stellung zu der Frage zu äussern.“<sup>1)</sup>

Der Centralverband und sein Einfluss spielt in diesem Falle eine sehr untergeordnete Rolle. Dass die angesehenen Unternehmervertretung stets aus Leibeskäften gegen paritätische Organisationen — gleichviel ob des Arbeitsnachweises, der gewerblichen Rechtsprechung oder sonstwelcher Einrichtungen — sich wehrte, ist zur Genüge bekannt. Aber zu jener Zeit war es auch auf der gerade entgegengesetzten Seite, nämlich bei den Arbeitern, nicht minder gewerkschaftliches „Princip“, die Arbeitsvermittlung ausschliesslich unter der eigenen Leitung zu haben und zu behalten. Noch bis weit in die neunziger Jahre hinein hielten die Gewerkschaften „an dem grundsätzlichen Standpunkte fest, dass der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen gebührt; die Mitwirkung von Staat und Gemeinde bei der Arbeitsvermittlung kann deshalb nur darauf beschränkt sein, die Mittel für die dazu notwendige Einrichtung und deren Erhaltung zur Verfügung zu stellen.“<sup>2)</sup> Schliesslich kann man es auch der aufgeklärtesten Regierung nicht verdenken, wenn sie die Hand davon lässt, Socialpolitik gegen alle Beteiligten, gegen Unternehmer und gegen Arbeiter, zu treiben. Und dass sie dem damals vielverbreiteten Verlangen nicht folgte: den Unfallberufsgenossenschaften auch den Arbeitsnachweis anzuvertrauen, spricht nach unserer heutigen allgemeinen Parteiauffassung mehr für, als gegen die damalige Regierung.

Eher könnte man durch die Petitionsverhandlungen von 1885 zu Betrachtungen darüber angeregt werden, wie alle Zeitströmungen, auch wenn ihnen noch so dringende sociale Bedürfnisse zu Grunde liegen, ihren Wellen-

<sup>1)</sup> Das Schreiben des Reichskanzlers an den Centralverband ist in dem Petitionsbericht nicht wiedergegeben. Es datiert vom 31. December 1884 und lautet: „Von beteiligter Seite ist, um dem in einzelnen Industriezweigen zu gewissen Zeiten regelmässig wiederkehrenden oder durch besondere Verhältnisse vorübergehend verursachten Arbeitermangel wirksam entgegenzutreten, in Anregung gebracht worden, den Arbeits- bzw. Arbeiternachweis öffentlich zu organisieren und zu diesem Zwecke öffentliche Arbeitsnachweisämter zu errichten. Da derartige Einrichtungen zum Zwecke des Ausgleichs des Ueberflusses und des Mangels an Arbeitern dazu beitragen würden, nicht bloss der Industrie im Bedarfsfalle die Erlangung der benötigten Arbeiter, sondern auch den letzteren die Erlangung einer günstigen Arbeitsgelegenheit zu erleichtern, so ersuche ich das Directorium ergebenst, die Angelegenheit der Erwägung zu unterziehen und mich demnächst mit einer Aeusserung über das Ergebnis derselben zu versehen.“

<sup>2)</sup> So noch der dritte Gewerkschaftscongress (1899 in Frankfurt) in der Einleitung der sonst sehr vermittelnden Resolution.



schlag, ihr unabänderliches Auf und Ab zwischen stärkerer und schwächerer Anteilnahme der öffentlichen Meinung haben. Seit der Mitte bis zum Ende der achtziger Jahre steht in der That die Frage der Arbeitsnachweise viel stärker im Vordergrund, als später lange Zeit hindurch — erst das Ende der neunziger Jahre bringt wieder eine ähnliche Hochflut von Erörterungen, die bis heute anhält und vielleicht noch im Wachsen ist. Die langsam wieder-erwachende deutsche Fachvereinsbewegung spiegelt sich in der litterarischen und politischen Regsamkeit jener Tage wieder, dazu die Aufsehen erregende französische Agitation für Arbeitsbörsen, die in der Tagespresse breiteste Schilderung findet und die 1886—87 den Pariser Gemeinderat zur Gründung seiner fehdereichen Bourse du Travail in der Rue Jean-Jacques Rousseau veranlasste. So bleibt auch der deutsche Reichstag von den sich entspinrenden Discussionen nicht ganz unberührt.

Doch heute haben wir es vorwiegend mit Herrn Gamp zu thun!

Im Reichstage fürchten ihn zuweilen selbst seine näheren politischen Freunde wegen der unverbesserlichen Querköpfigkeit, mit der er sich gern und plötzlich in Quisquilien der nebensächlichsten Art verrennt und verbeisst. Er wäre der geborene Obstructionist, wenn er nicht Anhänger des Zolltarifs wäre; doch selbst als Anhänger ist er gefährlich. Daneben entfaltete er von jeher eine eigenartige Productivität in allerlei schillernden Plänen und Vorschlägen: mehr Spreu als Weizen, unglaublich viel Einfälle und unglaublich wenig fruchtbare Gedanken, so dass man schliesslich nicht weiss, ob man überhaupt etwas anderes, als eine grosse Confusion vor sich hat. Herr Gamp wäre vielleicht einer jener typischen „Erfinder von Beruf geworden, — wenn er es nötig hätte. Von seiner ersten Schrift an, wegen deren ihn Bismarck in seine Nähe zog<sup>3)</sup>, bis zu seiner Thätigkeit in Börsen-, Branntwein- und anderen Ausschüssen zeigt Herr Gamp stets auch dieses zweite Gesicht. Noch vor ein paar Wochen, bei der Arbeitsloseninterpellation, konnte er so einige ganz beachtenswerte Ideen entwickeln; und dass ihn gerade bei dieser Gelegenheit Graf Posadowsky wegen der Freizügigkeitsbekämpfung mächtig abtrumpfte, lag wohl mehr an der ganzen innerpolitischen Constellation in Preussen und im Reiche, als an Herrn Gamp persönlich, der sogar recht verdutzt dreinsah, als der Staatssecretair mit einem Male diesen Stecken vom Zaun brach und zum Angriff überging...

So kann es nicht Wunder nehmen, dass auch der einstige Vortragende Rat im preussischen Handelsministerium durchaus nicht immer mit dem Centralverband harmonierte, ja dass er zuweilen Projecten nachging, die selbst heute noch seinen conservativen Parteinachbarn als „socialpolitische Entgleisung“ verdächtig erscheinen würden und die doch gar nicht so uneben sind.

Vor uns liegt eine ausführliche Denkschrift, 1889 seitens des Herrn Gamp dem Fürsten Bismarck unterbreitet, der ihn zur Berichterstattung in die gärenden Bergreviere entsendet hatte. Hier beklagt sich Herr Gamp auf das lebhafteste über die Kurzsichtigkeit der Scharfmacher, die jede, noch so bescheidene constitutionelle Mitwirkung ihrer Arbeiter ablehnen und damit

<sup>3)</sup> Die wirtschaftlich-socialen Aufgaben unserer Zeit. 1880.

die Conflictc nur unnütz vermehren und verschärfen. Das „Vorurteil gegen die Errichtung von Arbeiterausschüssen“ sei ganz „unberechtigt“, leider könne man es nicht „einfach ignorieren“; die „sagensreiche Wirksamkeit dieser Einrichtung“ sei zu sehr von dem Vertrauen, Wohlwollen und guten Willen der Arbeitgeber abhängig, als dass man daran denken könnte, dieselbe zwangsweise zur Einführung zu bringen. „Man wird vielmehr das Aufgeben des Widerstandes abwarten müssen und dies von der Zukunft um so mehr erhoffen dürfen, als schon jetzt aus Anlass des Bergarbeitersausstandes einzelne Arbeitgeber mit der Errichtung solcher Arbeiterausschüsse vorgegangen sind.“

Dagegen liesse sich „schon jetzt“ eine „Arbeitervertretung für grössere locale Bezirke, etwa die Regierungsbezirke“, organisieren:

„Meines Erachtens wird den Arbeitern eine staatlich organisierte Vertretung ihrer Interessen auf die Dauer nicht versagt werden können, nachdem alle übrigen Erwerbszweige, sei es durch den Staat oder wenigstens mit Zustimmung desselben, eine solche erhalten haben...“

Die Vertreter der Arbeiter müssten, um das Vertrauen derselben zu geniessen, aus der freien Wahl der von den Arbeitern frei gewählten Wahlmänner hervorgehen. Nur in Bezug auf das Alter für die Ausübung des activen und passiven Wahlrechts müssten Beschränkungen festgesetzt werden.“

Man wird der Meinung sein dürfen, dass Vortragende Räte in den Berichten, zu denen sie aufgefordert sind, niemals Massnahmen empfehlen werden, deren Ablehnung von vornherein feststeht. Man wird darum beim Fürsten Bismarck Empfänglichkeit und Neigung für solche Pläne voraussetzen können — es liessen sich dafür noch mancherlei andere Anzeichen und sogar directere Belege anführen. Aus dem Gampschen Mémoire geht allerdings weiter deutlich hervor, warum und unter welchen Erwartungen der Gedanke einer besonderen Arbeitervertretung sehr rasch einmal für bürgerliche Staatsmänner der Verwirklichung wert erscheinen kann — Herr von Berlepsch wird bei der „Arbeiterorganisation“, die ihm als Minister den Hals brach, auch kaum etwas anderes erstrebt haben, wie auch seine Socialreform von 1890 stark durch die Gampsche Denkschrift von 1889 vorbereitet war. Der Versuch der Reichsregierung — urteilt nämlich Herr Gamp —, eine solche Vertretung zunächst für das Gebiet der Unfallversicherung durch die „Arbeiterausschüsse“ zu schaffen<sup>4)</sup>, sei an dem Widerstand des Reichstages gescheitert. Ferner begegne auch jetzt noch der Gedanke „dem fast einmütigen Widerspruch der Industriellen, die von der Ausführung desselben eine Schwächung ihrer Autorität als Arbeitgeber und die Schaffung einer Nebenregierung, durch welche sie in der Ausübung ihrer (!) Rechte beschränkt und gehindert werden würden, ernstlich befürchten.“ Doch der Vertrauensmann des Fürsten Bismarck kann diesem Bedenken „bei dem heutigen Stande der Arbeiterbewegung“ durchaus keine „durchschlagende Bedeutung beimessen“. „Bestimmenden Einfluss einer Nebenregierung“ neben der gottgewollten Herrschaft des Capitals zeigten die Arbeitermassen schon seit langem und fast überall. Es komme also höchstens darauf an, welche Art von Nebenregierung vorzuziehen sei: die gegebene und bestehende socialdemokratische, „die den berechtigten Interessen der Arbeitgeber alle Anerkennung versage und

4) Vergl. meine Schrift: Der Centralverband der Scharfmacher. Berlin 1900; pag. 31 ff.

den Kampf gegen dieselben auf ihre Fahne geschrieben“ habe — oder die einer auserkorenen, staatlich gegängelten und beeinflussten Arbeitervertretung:

„Durch die staatliche Organisation einer Arbeitervertretung kann also eine Nebenregierung nicht geschaffen werden, da eine solche bereits besteht. Dass die jetzige socialdemokratische Nebenregierung den Interessen der staatlichen Ordnung und der Arbeitgeber so feindlich ist, wie keine andere es sein kann, erscheint zweifellos.

Da nun die neu zu organisierende Vertretung einen massgebenden Einfluss auf die Arbeiter nur dann zu gewinnen vermag — und nach diesem Einfluss wird und muss sie doch unbedingt streben —, wenn es ihr gelingt, die socialdemokratische Nebenregierung aus dem Felde zu schlagen, so ist ein Kampf zwischen den beiden Vertretungen unvermeidlich.

Wer aus demselben als Sieger hervorgehen wird, lässt sich mit Sicherheit nicht voraussagen... Noch darf aber die Hoffnung gehegt werden, dass die besonnenen, ruhigen Elemente unter der Arbeiterbevölkerung in dieser Bewegung die Oberhand gewinnen und dass, wenn dieselben durch ein vertrauensvolles Vorgehen des Staates auf dem Gebiete der Arbeitervertretung gegen die socialdemokratischen und anarchistischen Strömungen gestärkt werden, es ihnen gelingen wird, die letzteren zurückzudrängen... Das Ungünstigste ist, dass sich die Hoffnungen und Erwartungen nicht erfüllen, die man an diese Einrichtung knüpft. Der staatlichen Gemeinschaft und den Interessen der Arbeitgeber Nachteile zuzufügen, vermag sie nicht, weil ohne diese Einrichtung die Socialdemokratie in denjenigen Kreisen, welche ihr zugänglich sind, ohnehin herrscht.“

Zurückdrängung des kleinlichen Souveränitätsdünkels der Scharfmacher zu gunsten einer höheren bürgerlichen Staatsraison — Gewährung staatlich anerkannter Arbeitervertretungen, wenn man hoffen kann, diese Vertretung werde mit der alten politischen Parteiorganisation der Arbeitermassen, mit der Socialdemokratie, nicht auf allzu freundschaftlichem Fusse bleiben — Herr Gamp hat 1889 nur ausgesprochen, was andere neben ihm und nach ihm gedacht haben und heute noch denken und was man gut thun wird, bei allen sich regenden bürgerlichen Plänen von Arbeitskammern und Arbeitsorganisation im Auge zu behalten. Bei der Empfehlung der Gewerkschaften, der Arbeitervertreter der Versicherungsorganisationen, der Arbeitnehmer der Gewerbe-gerichte als Unterbau für eine zukünftige Arbeitervertretung spielen stets Hoffnungen mit hinein, die alte politische Classenorganisation zurückdrängen oder ganz eliminieren zu können. Vielleicht hat der biedere sächsische Landtagsabgeordnete, der neulich als Ersatz des verlorenen Wahlrechts Arbeitskammern ankündigte, etwas läuten hören, nur dass er die Glocken, die gar nicht in Sachsen hängen, nicht richtig zu finden wusste.

Und mancher von uns wird der Meinung zuneigen, dass die Regierung von 1885, wenn sie sich ausschliesslich auf den Centralverband verlassen wollte, viel weniger gefährlich war, als eine Regierung, die in den Spuren der Denkschrift von 1889 wandeln würde, wenn auch in engerer Anpassung an die veränderten Verhältnisse.

Manches würde heute, gegen 1889, solche Pläne erschweren, aber manches auch sie erleichtern.

## Der Mensch in der romantischen Weltanschauung.

Von

Ricarda Huch.

(München.)

Der Mensch, das Ebenbild Gottes, ist eine Trinität; als Ebenbild des Universums ist er eine Zweiheit in einem Dritten; als Ebenbild der Erde ist er ein Magnet mit zwei Polen. Wie die Welt ist der Mensch eine Einheit, aber eine gegliederte: „wäre Leib und Seele wirklich eins, so fände keine Wechselwirkung statt“; er ist eben eine Dreieinheit. Besteht auch der alte Dualismus; wonach der Geist ein in den Körper eingeschlossener Fremdling war, aus welcher Gefangenschaft ihn der Tod befreite, nicht mehr, so giebt es doch Gegensätze im Menschen, die wie Pole auf einer vom Mittelpunkt nach entgegengesetzten Richtungen laufenden geraden Linie liegen.

Meistens werden die drei Wesenheiten, die den Menschen bilden, Geist, Seele und Leib genannt, wobei der Seele die Stellung des Mittlers zukommt. Die Seele, sagt der Physiker Weber, ist zweilebig, verbunden durch die Natur mit dem Leibe, durch die Geistigkeit mit der Intelligenz. Steinbeck charakterisiert die Seele als sinnliches Empfinden, geistiges Fühlen, oder er sagt, ihr Geschäft sei, „durch die geistige Seite den Einfluss des Geistes aufzunehmen und diesen durch die sinnliche Seite dem Körper zu übermitteln“. Nach dem Schellingschen Satze, die Seele sei der Nexus zwischen Urbild und Wirklichkeit, sagt sein jüngerer Bruder, jedes Wesen, dem man eine Seele zuschreiben könne, sei die Gegend, in welcher göttliche und irdische Kräfte wogten. Eine Somnambule that den Ausspruch: „Geist ist der Seele Leben, das ewig Göttliche, aus Gott Erzeugte; Seele gehört zu seinem — des Menschen — persönlichen Wesen und macht sein Ganzes aus, sie ist ihrem Wesen nach Geistleib und kann daher auch die Natur des Geistes ganz anziehen und sich vergeistigen, aber auch den Geist überwältigen und sich immer mehr verkörpern und erniedrigen.“

Am anschaulichsten drückt Ennemoser dasselbe durch ein schönes Bild aus: „Die Seele ist ein Spiegel, der auf der einen Seite das natürliche Amalgam an sich hat, auf der anderen die immateriellen Einstrahlungen als geistige Substanz in sich aufnimmt.“

Dieser metaphysischen Ansicht gesellt sich nun die entwicklungsgeschichtliche, die zuerst Carus aufstellte, indem er von der unbewussten Idee ausging, die sich zum Bewusstsein entwickelte. Er vergleicht das Seelenleben einem Strome, der, an einer Stelle vom Lichte des Bewusstseins erhellt, im übrigen im Dunkel des Unbewusstseins hinfließt. Unbewusst für uns, nach unbegreiflich göttlicher Weise, bildet die Idee ihren Leib; im Laufe der Menschengeschichte wie im Leben des einzelnen erwacht sie allmählich; da, wo sie die Augen aufschlägt — könnte man sagen —, heisst sie Seele; die höchste Stufe des Bewusstseins ist Geist. Die Trinität gliedert sich also hier in Idee, Seele und Geist, die sich nach aussen als Leib darstellen. Dadurch entsteht aber keine Dualität: nicht der Leib wirkt auf Gemüt oder Geist, sondern eine Provinz des beseelten Leibes wirkt auf eine andere. Es ist falsch, betont Carus, von beklagenswerter Abhängigkeit des Geistes vom Körper zu reden, wie man wohl thut; denn der Geist beruht auf der Idee, wie die Spitze des Dômes auf seiner Grundlage, er ist eins mit ihr; für nichts, was ihn entstellt, kann der Mensch etwas anderes als sich selbst, d. h. den Keim seiner Seele verantwortlich machen.

Physiologisch betrachtet lebt der Mensch ebenfalls auf drei Stufen: Reproductivität, Irritabilität, Sensibilität, welche dem pflanzlichen, dem

tierischen und dem menschlichen Wesen entsprechen. Die Reproductivität besorgt die Ernährung und Fortpflanzung des Menschen, die Irritabilität stellt sich durch das Atmungs- und Muskelsystem, die Sensibilität durch das Gehirn und Nervensystem dar. Wir haben also die Pflanze, das Tier und den Menschen im Menschen. Setzen wir aber den Menschen nicht mit der organischen, sondern mit der dynamischen Natur in Analogie, so entspricht das reproductive oder vegetative System den chemischen Kräften der Natur, das animalische den magnetischen, das sensible den elektrischen.

Je nachdem der Mittler oder Nexus im Menschen stärker oder schwächer bindet, werden die Pole seines Wesens mehr oder weniger hervortreten. Die Pole des Nervenmenschen nannte man damals das Cerebralsystem und das Ganglien- oder sympathische System, innerhalb dessen das Sonnengeflecht liegt. Zwischen diesen beiden Systemen besteht der wichtige Unterschied, dass das Cerebralsystem im Gehirn einen Mittelpunkt hat, das Gangliensystem hingegen aus lauter gleichwertigen Nervenknotten besteht, deren Strahlen, wenn man sich so ausdrücken darf, nirgend gesammelt und zurückgeworfen werden, deren Wirken also auch unbewusst und unwillkürlich vor sich geht. Beide Systeme stehen, nach der Theorie von Reil, durch gewisse Verbindungsnerven in Zusammenhang. Reil verglich das Cerebralsystem mit einer Monarchie, das Gangliensystem mit einer Republik; andere bezeichneten das Gehirn als Regenten, den das Volk, das Gangliensystem, das ernährende, aus seiner Mitte hervorbringt und erhält, um sich von ihm leiten zu lassen, ohne welches es seinerseits nicht bestehen kann. Es ist die Wurzel und der Stamm, der die Krone mit Blüte und Frucht trägt.

Oft werden als Pole des Menschen schlechtweg Kopf und Bauch bezeichnet; daneben giebt es eine Reihe anderer Analogieen: Mann und Weib — ist doch Polarität nichts anderes als Geschlecht, ein von der Unität ausgegangener Dualismus —, das Bewusstsein und das Unbewusste, Licht und Schwere; auch der Ausdruck Wille und Vorstellung findet sich bei dem jüngeren Hufeland. In seiner grellen Ausdrucksweise sagt Oken: Das Tier ist doppelt. Ein Erdtier und ein Lichttier, ein Geschlechtstier und ein Empfindungstier. Das Empfindungstier ist ein in die Sonne gekommenes Geschlechtstier, ein geadeltes Geschlecht. Es ist das Tiertier, gegenüber dem Pflanzentier. Und dann wieder: das Tier besteht aus zwei mit den Bäuchen aneinander geschobenen Tieren. Der Geschlechtsbauch stösst an den Hirnbauch. Wie thatsächlich das gemeint ist, zeigt Oken, indem er das Zwerchfell genetisch erklären will: „Ursprünglich war der ganze Leib nur ein Bauch. Die Brust ist ein eigener, zweiter Leib, der sich an den Bauch anschob. Die zwischen beiden gebliebene Bauchwand ist das Zwerchfell. Es ist äussere Leibwand gewesen.“ Das Hirn des Erd- oder Eingeweidtieres ist nach Oken die Leber, ein Hirn, das nicht denkt, aber Ahnungsvermögen besitzt; in ihr, sagt er in seiner Naturphilosophie, pralle der Hirngedanke wieder. „Die Leber ist ein fürchterlich erhabenes Organ; wahrhaft ein göttlicher Leib.“ Er nennt sie auch den „Mesmer“ des Tieres, als das Organ, welches bei Traumzuständen thätig sei; Malfatti nennt die Leber den Feuervulcan, den „Brennpunct der tellurischen Gärungsprocesse“.

Machte Oken einen horizontalen, so machte Malfatti einen verticalen Schnitt durch den Menschen und teilte ihn in den Mannmenschen und den Weibmenschen, was dem alten homo dexter und sinister entspräche. Wie die Götter stets doppelgeschlechtlich waren, so war es auch der nach dem Bilde Gottes geschaffene Adam, der eigentliche Mensch; erst später, so deutet es auch die Bibel an, entstand das Weib und damit die fortpflanzungsfähige Gattung. Noch ist das Kind Bild der einstigen Ganzheit. Mit der äusseren Trennung zugleich, so sagt Malfatti, entstand nun eine innere, wonach jeder

Mensch entweder Androgyne oder Gynandros wurde, sichtbar daran, dass alle Organe doppelt vorhanden sind, in beiden Teilen sich vollkommen entsprechend, ja sogar ein Schlussorgan, wie die Zunge, wie aus zwei früher getrennt gewesenen Teilen zusammengesetzt erscheint. Die Möglichkeit, dass der Mensch auf einer Seite gelähmt werden kann, ohne dass die andere mitbetroffen wird, beweist eine gewisse Unabhängigkeit beider Hälften und unterstützt die durchaus reale genetische Auffassung der Doppelleiblichkeit.

Es versteht sich, dass auch durch den horizontalen Schnitt der Mensch in Mann und Weib zerfällt, wobei dem Weibe die Analogie der Gangliennerven, des „Bauchsystems“, zukommt. Die Verkündigungen Okens: „Das Urtier ist das Weib. Der Mann ist eine höhere Entwicklung des Weibes... Der Mann steht eine ganze Tierklasse höher, als das Weib. Schnecke, Fisch, Wassertier ist das Weib, Vogel, Säugetier ist der Mann. Mann verhält sich zu Weib wie Licht zu Wasser... Das Weib, als das Unvollendete, kann nicht zu producieren aufhören. Es will Mann werden und dazu produciert es Eier. Die Schwangerschaft ist der Trieb des Weiblichen, sich ins Männliche zu verwandeln...“ verraten zwar den Romantiker, der bereits dem jungen Deutschland die Hand reicht; aber im wesentlichen decken sie sich mit den Theorien der anderen, auch wenn sie zarteste Schwärmerei atmen. „Das Weib“, so sagt Justinus Kerner, „(Weib zu sein ist eigentlich Krankheit), steht schon inniger, wie der Mann, in Verbindung mit der Natur, ist deswegen auch mehreren Krankheiten ausgesetzt und eilt auch bald, als der Mann, dem gänzlichen Verein mit der Natur, dem Tode, zu.“ Man erkennt den Typus der Somnambulen: die Frau ist der Mensch mit den reizbaren Gangliennerven, in deren Bewusstsein eben durch diese Nerven von allen Seiten ihre Natur sowie die äussere eindringt. Insofern ist der Mann der Unbewusste, als ihm viel weniger Reize zum Bewusstsein kommen, und insofern der Bewusste, als diejenigen, die er empfindet, sofort in die Klarheit des Gehirns treten. Die Frau könnte man am besten die Unterbewusste nennen, indem ihr weit mehr Natur zu Sinne kommt, aber nur zum inneren Sinne; sie denkt nicht mit dem Gehirn, sondern hat Anschauung und Ahnung durch die Gangliennerven. Wie man es auch drehen und ansehen mag: es bleibt doch das Bauchsystem, das hinab- und nicht hinanzieht. Auch in dieser Beziehung ist die Geschichte der Romantik ein Herabsinken nach Süden: die immer mehr hervortretende Sinnlichkeit der Männer zeigt sich in der Wahl der Frauen und in der Meinung über sie. Sie wollten nicht mehr, wie die älteren Romantiker, Frauen, die zunächst Menschen, sondern solche, die wesentlich Weib waren; auch Bettina, die geistvolle Frau der jüngeren Romantik, war „lautere Sinnlichkeit“; sie war nichts und wollte nichts sein, als eine weissagende Somnambule, eine, die im Rausch oder Traum verkündet, was ebensogut sinnlos wie sinnvoll sein kann.

Wurde der Mensch bis jetzt in einen oberen und unteren oder in einen rechten und linken zerlegt, so unterschied man daneben noch einen inneren und äusseren, entsprechend dem, was Paracelsus den siderischen und adamitischen Leib genannt hatte oder was wieder andere den ätherischen Leib und den Elementarleib nannten. Der innere Mensch sollte „wie ein Embryo“, wie ein Keim der Zukunft im Sinnesmenschen verborgen und Träger aller der Erscheinungen — Ahnungen, Hellsehen, Fernwirken und dergl. — sein, die uns wunderbar vorkommen. Es ist einleuchtend, dass diese Betrachtungsweise den frommen unter den Romantikern, namentlich den Pietisten, besonders sympathisch war.

Die bereits von den ersten Romantikern aufgestellte Ansicht, dass der Mensch ein Doppelwesen sei, wurde erst recht leibhaft und thatsächlich durch die Beobachtungen, die man an somnambulen Personen machte. Unter Somnambulismus ist hier nicht das sogenannte Nachtwandeln zu verstehen,

sondern der Zustand, in den Menschen von selbst verfallen und in den sie künstlich versetzt werden können, wo sie innerhalb tiefen und festen Schlafes erwachen und der Wahrnehmung ohne die Sinne — welche ja im Schlafe nicht wirken — fähig sind. In diesem Schlafwachen unterschied man verschiedene Stufen, indem der Somnambule anfänglich von seinem Magnetiseur abhängig ist und erst allmählich selbständig wahrnimmt, und zwar zunächst mit auf sein eigenes Innere beschränkter Wahrnehmung, bis er weiter und weiter in die Aussenwelt vordringt.

Während Mesmer sich nicht damit abgegeben hatte, Personen in somnambulen Zustand zu versetzen, es sogar missbilligte, thaten es mit Vorliebe die Schulen, die sich im Anschluss an sein Verfahren in Frankreich gebildet hatten. Lavater, der die merkwürdigen Erscheinungen dort beobachtet hatte, brachte die Kunde davon nach Deutschland, wo ihnen in Bremen seitens mehrerer Aerzte thätiges Interesse entgegengebracht wurde. Bis jetzt war das Phänomene bloss entweder vom medicinischen oder etwa vom religiösen Standpunkte betrachtet worden, erst die Naturphilosophen verwerteten es für die Erkenntnis des Menschen.

Es musste einen seltsamen und erschütternden Eindruck machen, die beiden Personen im Individuum reden zu hören — denn nicht nur sprach der im Schlafzustande Befindliche mit anderer Stimme und in anderer Weise, sondern er hielt sich oft für jemand anders als den Wachen und geberdete sich mit grosser Folgerichtigkeit so —, gewissermassen jede zu ihrer Zeit auf die Bühne treten und ihre Rolle spielen zu sehen. „In einem Individuum,“ sagte der alte Reil, „wohnen gleichsam zwei Personen zusammen, deren jede ihre Begebenheiten für sich in einer eigenen Rückerinnerung auffasst.“ Zur physiologischen Erklärung der Erscheinung stellte Reil die Theorie von der Inversion des Cerebral- und Gangliensystems auf, welche zunächst ziemlich allgemein angenommen wurde: das im „labyrinthischen Gewebe“ des Gangliensystems prädominierende Sonnengeflecht, welches gewissermassen ein zweites Gehirn sei und daher auch cerebrum abdominale genannt werde, bleibe für gewöhnlich unbewusst und vom Cerebralsystem beherrscht; im Schlafe aber werde seine Thätigkeit erhöht, die des Cerebralsystems hingegen vermindert, und in gewissen krankhaften Zuständen könne sogar das ganze Verhältnis umgekehrt werden. Es handle sich um ein Umtauschen der Polaritäten der elektrischen Lebensströme im Nervensystem, so dass der positive Pol negativ werde und umgekehrt. Dieser Meinung, dass die Nerven des Gangliengeflechts Träger des inneren Sinnes oder All- oder Gemeinnes seien, welcher statt der getrennten Wahrnehmung durch die äusseren Sinne unmittelbar anschaute, stellte sich eine andere zur Seite, nach der jedes menschliche Organ unter Umständen Sinnorgan werden könnte, die Schlafwachen also thatsächlich, wie sie behaupteten, bald mit den Fingerspitzen, bald mit der Magengegend sähen. Im Laufe der Entwicklung seien einzelne Teile des ursprünglich gleichartigen Organismus für gewisse kosmische Einflüsse, z. B. das Auge für das Licht, empfindlich geworden; es liesse sich also denken, dass an einer beliebigen Stelle der Haut sich dieser Process wiederholte, allerdings in einer wunderbar erscheinenden Geschwindigkeit. Eben das aber, „dass etwas augenblicklich oder doch schnell erreicht wird, was ausserdem nur langsam und allmählich zu erreichen gewesen wäre“, gehört nach Carus' Definition zum Begriffe des Magischen, ohne aber deshalb der Wissenschaft entzogen zu werden; nur muss es aus dem Unbewussten — dessen Substrat die Gangliennerven sind — erklärt werden. Solche Erklärungsversuche genügten denjenigen Romantikern nicht, welche (wie z. B. Baader oder Ringseis) aus den somnambulen Erscheinungen die Gewähr schöpfen wollten, dass ein Wahrnehmen und Empfinden ohne körperliche Grundlage möglich sei. Ihrer Meinung nach wäre der Hellseher der siderische

oder ätherische oder schlechtweg innere Mensch, oder, anders ausgedrückt, der Mensch lebe in diesem Zustande in einer inneren, siderischen Region, in der die Gesetze der Sinnenwelt in Zeit und Raum nicht mehr wirkten.

Die Ganglien oder das vegetative System könnte man auch das romantische und die Geschichte der Romantik eine Auflehnung des Gangliensystems gegen das Cerebralsystem nennen, beginnend mit Verlangen nach Gleichstellung, worauf Ueberwältigung des Cerebralsystems und schliesslich, nach verübten Tollheiten und Ausschweifungen, gänzliche Erschöpfung des Gangliensystems folgt, welches nun mit Leichtigkeit wieder unterworfen werden kann. Das Gangliensystem ist die Region der Gefühle, Schwärmereien und Leidenschaften, der Liebe und der Religion, aber auch der Wollust, Grausamkeit und Mordlust. Gute und böse Dämonen bekämpfen sich hier, hier entsteht das Grosse und Entsetzliche, die Sünde und der Tod beherrschen von hier aus den Menschen. Es ist vor allen Dingen das unbewusste, das unbekannte Land, das in den Organismus hineinragt und das der Mensch doch nicht beherrscht, weil sein Mittelpunkt nicht in ihm, sondern draussen im Universum liegt.

Hier ist der Punkt, wo die romantische Menschenschilderung in ihrem Wesen deutlich wird: sie stellt ihn hin als ein selbständiges Individuum, ja, zugleich aber als ein Glied des Weltalls, in welchem die grossen, kosmischen Rhythmen und Ströme pulsieren. Wie mit jenen niederländischen und italienischen Gemälden, in deren Hintergründe eine ferne Landschaft sich verliert, die romantische Malerei beginnt und uns die blossen Figurenbilder, in welche das Naturleben nicht hineinspielt, kaum noch ergreifen können, so lassen uns in der Litteratur die Menschen kalt, die sich aus dem Bewusstsein allein erklären liessen. Man kann sich den Eindruck, den viele romantische Bücher, z. B. Tiecks Sternbald, dann Eichendorffs Romane und Novellen, künstlerisch noch weit unter jenem stehend, auf die Zeitgenossen machten, zum grossen Teil daraus erklären, dass hier Menschen auftraten, die nicht nur ebenso, sondern mehr von fremden, unterirdischen Mächten geleitet wurden, als von ihrem eigenen Kopfe. Man begriff den Menschen im doppelten Zusammenhange mit der Welt, in dem, welchen sein Bewusstsein herstellt, und in dem unbewussten, der eben deshalb und weil es der ursprüngliche, unergründliche ist, ganz besonders der Poesie zufällt. Freilich auch, wie sich von selbst versteht, der Wissenschaft; auch sie beschäftigte sich mit steigender Vorliebe mit dem Nachtmenschen.

Der Mensch ist nicht allein in seinem Hause. Er ist in Wirklichkeit eine Welt und eine Erde im kleinen; in ihm leben die Elemente, in ihm die unbezähmte Wildheit der Tiere, zuletzt und oft zumindest der menschliche Gedanke. Windischmann nennt ihn „den lebendigen Magneten, um welchen die ganze irdische Natur sich versammelt“. Schon der erste Mensch erbte eine Vergangenheit von Jahrhunderten; aber noch jetzt gehen durch das Pflanzliche in ihm, das ihn nach einem Ausdruck von Görres als eine Art Placenta mit der mütterlichen Erde verbindet, die Urelemente der Schöpfung in ihn über. „Was im Menschen Pflanze ist, ist leicht äusseren Einflüssen zugänglich“ und ist es um so mehr, je weniger die Individualität entwickelt ist und je mehr das Bewusstsein im Menschen, also das cerebrale System, durch Schlafzustände, Krankheit oder Alter geschwächt ist. Das vegetative oder Gangliensystem ist demnach die Wurzel — und es wurde daran erinnert, dass es wirklich ein wurzelförmiges Aussehen habe —, die sich jenseits des Tageslichts, des bewussten Einzeldaseins in den Kosmos verbreitet und klimatische, anorganische und organische Einflüsse aufsaugt; es verbindet mit der Nacht, der Natur, der Allgemeinheit.

Ueber die klimatischen Einflüsse, wohl auch über die von Sonne und Mond, werden viele Menschen an sich selbst Beobachtungen machen können.



Weit seltener ist das Wasser- oder Metallfühlen, das im Altertum Anlass zur Rhabdomantie gab, nämlich zu der Kunst, aus einer Rute zu weissagen, die sich in der Hand des Empfindlichen, welcher die Einwirkung von Wasser oder Metall erlitt, bewegte. Als sich im Jahre 1806 das Gerücht verbreitete, am Gardasee lebe ein sogenannter Rutengänger, setzte es der Physiker Ritter durch, dass er von der bayerischen Regierung beauftragt und in stand gesetzt wurde, nach Italien zu reisen, um den Fall zu untersuchen. Die ersten Versuche, die in der Orangerie eines Grafen Bettini ausgeführt wurden, gelangen freilich nicht, desto überraschender war aber der Erfolg, als die Befangenheit Campettis, die ihn, indem sie sein Bewusstsein steigerte, naturgemäss untauglich machte, überwunden war. Er bedurfte schliesslich nicht einmal der Rute mehr, um das vergrabene Metall anzuzeigen, so untrüglich verriet ihm Uebelbefinden aller Art die fraglichen Stellen. Ritter war entzückt, zu finden, dass Campetti am Gardasee allgemein bekannt und seine Eigenschaft des Metallfühlers durchaus anerkannt war; vollends begeisterte ihn die Bekanntschaft mit dem Mailänder Gelehrten Amoretti, der nicht nur selbst Metallfühler war, sondern, als ein gelehrter und denkender Mann, sich und andere beobachtet hatte und die Ergebnisse seiner Forschung in einem kleinen Werk niederlegen wollte, welches denn auch im Jahre 1816 unter dem Namen *Elemente der animalischen Elektrizität* erschien. Amoretti glaubte wie der Franzose Thouvenel, der im Jahre 1801 in Italien Experimente gemacht hatte, diese Erscheinungen seien auf Elektrizität zurückzuführen, die durch gewisse Körper in gewissen Menschen, die er lebendige Elektrometer nannte, erregt würde. Seine Versuche, die er mit Menschen anstellte, ergaben, dass von 400 Personen 100 elektrometrisch waren; der Naturforscher Ebel wollte in der Schweiz 50 mehr oder weniger elektrometrische Personen gefunden haben. Für die Romantiker gehörte die Erscheinung in das Reich des Unbewussten, war ein Beispiel für den unbewussten Zusammenhang des Menschen mit der Natur durch die sympathischen oder vegetativen Nerven.

Ritter nahm Campetti mit nach Deutschland und setzte seine Versuche fort, deren Ergebnisse er in einem Buch, das er *Siderismus* betitelte, zusammenfassen wollte. Er starb indessen im Jahre 1810, bevor er es vollendet hatte; der Verdruss über Campetti, der wahrscheinlich infolge des unregelmässigen Lebens, das er nun führte, ausartete und unbrauchbar wurde, der Kummer über die Anfeindungen, die er von seiten der meisten Professoren in dieser Sache erfuhr, trugen sehr dazu bei, die Lebensjahre des unglücklichen, heruntergewirtschafteten Mannes zu trüben. Ausser Ritter stellte Justinus Kerner Versuche an, indem er nämlich seiner Seherin die verschiedenartigsten Metalle in die Hand legte und sie gemäss den verschiedenartigen Empfindungen, die sie etwa erregten, in Reihen ordnete, ohne dass jedoch etwas Bemerkenswertes dabei herausgekommen wäre. Er liess sie auch Edelsteine, denen bekanntlich im Altertum besondere Kräfte zugeschrieben wurden, fühlen, ferner eine Reihe von Traubensorten und andere Vegetabilien: die Blume vom Kartoffelkraut, Lorbeer und Haselnussstaude, wovon jener schlafmachend, diese erweckend wirkt.

Wie sympathisch und heilsam Pflanzen, besonders Bäume, auf uns einwirken, hat wohl ein jeder schon im Walde gefunden, andererseits sind auch die betäubenden und tödtlichen, wahrhaft dämonischen Einflüsse gewisser Kräuter bekannt. Es findet sich bei Carus ein schöner Hinweis darauf, wie wir in unserer Wohnung von lauter Erzeugnissen der Pflanzenwelt, theils Holz, theils Gewebe, umgeben sind, die eine ununterbrochene, leise, von uns nicht mehr bemerkte wohlthuende Wirkung auf uns ausüben, und dass es nicht nur ihre Eigenschaften der geringeren Wärmeleitung und milderer Härte oder Schwere sein können, die machen, dass wir sie mineralischen Stoffen bei weitem vorziehen.

Näher noch stehen wir natürlich der Tierwelt: neben dem dämonischen Einfluss mancher Tiere auf manche Menschen, wie z. B. der Schlange, der Maus, der Spinne oder der Katze, deren Anwesenheit, auch wenn sie unbemerkt bleibt, in gewissen Personen krankhafte Zustände herbeiführt, beobachten wir eine ebenso unerklärliche Sympathie für gewisse Tiere, und zwar wiederum nicht am wenigsten für die Katze. Vollends der Mensch berührt die unbewusste Region des Menschen so stark, dass jeder einem jeden irgend ein Gefühl erregt, welches gewöhnlich bei der ersten Annäherung am lebhaftesten empfunden wird, oft aber auch sich nicht durch Gewohnheit abschwächt und bei genauester Kenntnis der Personen und reichlicher Ueberlegung nie völlig durch Gründe zu erklären ist. Tritt nun der Fall ein, dass, wie es zwischen Magnetiseur und Magnetisiertem geschieht, ein Mensch die Gedanken eines andern denken, seine Gefühle fühlen und das thun muss, was der andere will, so ist der Beweis erbracht, dass ein Geist von einem andern Besitz ergreifen kann, und man darf füglich von Besessenheit reden. Als ein magnetischer Vorgang und eine Art Besessenheit wurde denn auch von dem romantischen Denkern das Problem der Ansteckung wie der Zeugung, wie überhaupt jeder magische Einfluss von Organismen auf einander aufgefasst; so stellt Görres in seiner Mystik die wunderbare Wirkung des Tarantelstiches, wobei der Vergiftete das Bild der Tarantel mit dem inneren Auge vor sich sieht, als Ueberwältigung seines Wesens durch ein fremdes dar.

Baader stellte, namentlich infolge der aus dem animalischen Magnetismus gewonnenen Einsichten, den Satz auf, dass unser Leib (nämlich unser Nervensystem) nicht ausschliesslich unser Eigentum, sondern ein Gemeinbesitz von noch andern Wesen (wie Regionen) sein könne, die sich nicht nur in den Besitz und Gebrauch desselben teilten, sondern uns bisweilen ganz daraus verdrängten. Auf ein weites, schwankendes und unergründliches Gebiet führt uns diese Thatsache; wenn ein unterirdischer Geisterverkehr, ohne sichtbare körperliche Vermittelung, möglich ist, so kann niemand denjenigen Wesen eine Schranke setzen, die wir nur deshalb für nicht daseiend erklären, weil sie für unsere äusseren Sinne nicht wahrnehmbar sind. Für die Romantiker, die an die Fortdauer des individuellen Princips nach dem Tode glaubten, konnte die Möglichkeit nicht bestritten werden, dass auch die Toten, da sie doch der Welt und dem „Zusammenhang der Dinge“ angehörten, sich mit dem inneren oder unbewussten lebenden Menschen in Berührung setzen könnten. Dies ist keineswegs gleichbedeutend mit Gespensterglauben. Es waren immerhin nur wenige, welche für möglich hielten, ein Verstorbener könne mit seinem siderischen Leibe, der so aussähe, wie man sich eben Gespenster vorstellt, nach Belieben mitten in der Sinnenwelt umherwandeln. Andererseits hielt man, was von Erscheinungen aus der andern Welt von jeher überliefert wurde, auch nicht durchweg für subjective Sinnenbilder oder für Sinnestäuschung, obgleich das häufige Vorkommen beider niemand ausser acht liess.

Der Mensch kann, dies lehrten die Erscheinungen des Somnambulismus, eine doppelte Anschauung der Welt haben, eine äussere durch die Sinne und eine innere durch den inneren Sinn; oder denn: der Mensch lebt in drei Regionen, in der sinnlichen oder elementaren, in der siderischen und in der geistigen. In der siderischen oder Strahlenregion haben die Bilder der Sinne, der Phantasie und des Gedächtnisses ein immaterielles, aber reales Leben, sie sind Glieder der inneren Welt, so gut wie alles Körperliche Glied der äusseren Welt ist. Auf solchen Bildern, „mit unserer seelischen Organisation verwachsenen Gliedern“, beruhen unsere Gefühle, sie bilden die Umgebung, in die wir wahrhaft gehören, die wir nicht wechseln können, unsern Himmel, den uns von aussen niemand nehmen, oder unsere Hölle, aus der uns von aussen niemand erlösen kann.

Durch diese immaterielle Welt kann jedes immaterielle Wesen strahlen, einerlei, ob es in der Sinnenwelt lebendig oder tot ist.

Die innere Welt oder die siderische Region betritt der Mensch vornehmlich im Schlafe und Traume, in traumähnlichen Zuständen, in der Ekstase, kurz, immer, wenn das wache Bewusstsein mehr oder weniger erloschen ist, analog dem Gesetz, welches Carus aufstellte, dass, je mehr in der Seele der individuelle, selbstbewusste Geist entwickelt sei, um so mehr er dem Einfluss des eigenen Unbewussten und der Welt entzogen sei und umgekehrt. Zwar ist auch unser waches Bewusstsein, wie Baader sagt, nie ganz leer von dem dunklen Bewusstsein einer anderen Welt, deren Bewohner in beständigem Rapport mit uns sind, aber die Stimmen kommen unseren „harthörigen und vom äusseren Weltlärm übertäubten Ohren“ nur wie das Getöse eines fernen Oceans vor. Erst wenn die Sonne des Bewusstseins untergegangen ist — dies Bild wurde verschiedentlich gebraucht —, werden die Gestirne der Nacht sichtbar; die Sonne stellt dabei das Cerebralsystem, die Sterne das Gangliensystem vor.

Schlaf und Wachen ist der Ausdruck eines kosmischen Verhältnisses, nämlich der Umdrehung der Erde um ihre Axe, wodurch für uns Tag und Nacht entsteht. Wachend gehört der Mensch mehr der Sonne, schlafend mehr der Erde an, wonach man wohl auch solarische und tellurische Menschen unterschied. Der schlafende Mensch lebt so gut wie der wachende, doch verläuft sein Leben nach anderen Gesetzen, als das des wachenden, Gesetzen, die uns zum grossen Teile noch unbekannt sind. Dies ist die grundlegende Ansicht der Romantiker in Bezug auf die Nachtseite des Lebens, und schon Mesmer hat sie ausgesprochen in den Worten: „Der Schlaf ist kein negativer Zustand.“ Das übliche Verfahren, den Schlaf nur als ein Aufhören der Sinnesthätigkeit und den Traum als ein ordnungsloses Weiterspielen der Vorstellungen anzusehen, meinten sie, könne niemals zur Erleuchtung dieser dunklen Beziehungen führen; denn wir hätten es vielmehr mit einem anderen Pole des Lebens, mit einem anderen Menschen und anderen Nerven, zu thun, wir beträten gemeinsam eine andere Bühne.

Beobachtungen, die man anstellte, ergaben, dass es beim Einschlafen so zugeht: Die Sinne, durch welche wir die einzelnen Seiten der Welt wahrnehmen — denn einen Sinn, das Ganze zu erfassen, haben wir im Wachen nicht —, werden allmählich nacheinander unempfindlich, zuerst das Gesicht, zuletzt das Gehör. Sind sie allesamt entschlafen, so ist die Welt für den Schlummernden vernichtet. Aber durch das Dunkel des Unbewussten hindurch findet sich die Seele zu einem neuen Bewusstsein im Traume. Die Träume freilich, deren wir uns für gewöhnlich erinnern, sind nichts als Nachklänge des wachen Lebens oder, noch häufiger, Vorklänge des wiedererwachenden, wie man denn erprobt hat, dass es meist Morgenträume sind, die im Gedächtnis bleiben. Ganz ausnahmsweise nur entsinnen wir uns der Träume, bei denen das verborgene Vermögen der Seele, Ahnung, Blick in die Ferne, Schauen in die Zukunft, thätig war. Im Nachtbewusstsein nun entwickeln sich, wenn einmal die Schwelle, der Schlaf, überschritten ist, verschiedene Stufen: auf den Traum folgt das Hellsehen, die Ekstase und schliesslich der Tod, wie auch thatsächlich die höchsten Grade des Somnambulismus leicht in den Tod übergehen. Schelling schilderte einmal den Zustand von hochgradigem Somnambulismus als „innigstes Bewusstsein“, und mit denselben Worten bezeichnete er seine Vorstellung vom Tode. Erinnerung, schrieb er einem Freunde, sei ein viel zu schwacher Ausdruck für die Innigkeit, des Bewusstseins, die dem Abgeschiedenen vorangegangenen Leben bleibe.

„Im Traume gleitet die leichter bewegliche Seele schneller, als der irdische Mensch die Bahn in die Ewigkeit hinunter“ sagt Schubert in seinem hübschen

Traumbuch. Auf der Bahn in die Ewigkeit ist der Traum die erste Station, am leichtesten vom Menschen erreichbar und zu untersuchen. Was besonders auffiel, war die Symbolik der Traumsprache, die sowohl an die dichterische Sprache aller Zeiten und Völker, wie besonders an die biblische erinnert. In Anbetracht, dass die Sprache im orientalischen Altertum, da, wo man annahm, dass die Wiege der Menschheit gestanden hätte, ganz besonders bilderreich und seherisch war, kam man zu dem Schlusse, dass in den Anfängen des historischen Lebens noch etwas von dem paradiesischen Urzustand nachklänge, wo es eine Ursprache gegeben habe, die die Dinge regierte, indem sie sie benannte, Magie üübend, weil sie in der inneren Welt reales Bild wäre. Aus dem versunkenen Reich des Unbewussten drängen zuweilen noch abgerissene Töne dieser Sprache, deren wir einst wieder mächtig werden sollten: in den Traumzuständen und in der Dichtkunst, deren Vertreter, wie die Seher und Propheten, von jeher als Besessene, Rasende, von einem Gott Erfüllte angesehen worden waren.

Auch der Wahnsinn wurde als eine Art von Traumzustand angesehen; ist es doch auch der volkstümliche Ausdruck, dass der Wahnsinnige „von Sinnen“ sei. „Alle Arten von Geistesverwirrung sind nur Schattierungen eines vollkommenen Schlafes.“ Nach der Reilschen Theorie ist der Wahnsinn, wie der Somnambulismus, eine Inversion der Polaritäten, ein Bewusstwerden der eigentlich unbewussten Gangliennerven. „Schlägt die überwiegende Lebenskraft durch, so bekommt man Raserei, Verliebtheit, Hysterismus, Hypochondrie. Schlägt sie nicht durch, sondern wird sie aufs Epigastrium beschränkt, — hat man erhöhte Perception, Ahnungen oder Vorstellungen.“ Kerner hielt den Wahnsinn wie den Somnambulismus, die Epilepsie, das Metallfühlen für einen der Zustände, „durch die der Mensch dem Geiste der Natur, seinem Allgemeinleben, dem Leben der Geister und der Gestirne näher kommt, befreundeter wird“. Ringseis stellt den Wahnsinn dem Traume ganz gleich, mit dem Unterschied, dass die Bilder im Wahnsinn ein selbständiges Leben führen und assimilierende Kraft bekommen, so dass sie sich im Seelischen verhalten wie die krankheitserzeugenden Parasiten im Leiblichen.

In besonders glücklichen Fällen von Somnambulismus liess sich feststellen, dass der oder die, vom gewöhnlichen irdischen Gesichtspunct aus, Schlafende wach in einer Welt lebte, die der unsrigen entspricht, nur dass sie sie nicht bruchstückweise, sondern ganz und gar in sich aufzunehmen schien, gerade als befände sie sich im Mittelpuncte des Universums, während wir irgendwo draussen sässen, einen kleinen Ausschnitt überblickend. Es kam vor, dass Somnambule das wache Leben Traum nannten; so musste ihnen naturgemäss der dumpfe Zustand vorkommen, wo sie wie Blindgeborene an der Aussenseite der Dinge tasteten. Der jüngere Schelling, der ein erfahrener Magnetiseur war, nennt den Somnambulismus „eine vollkommene idealische oder innerlich gewordene Sinnlichkeit“, wie man die Sinnlichkeit auch einen äusserlich gewordenen Somnambulismus nennen könnte. „Wir werden ebensogut in die Sinnlichkeit hineinmagnetisiert, wie in den Somnambulismus. Alles, was wir sehen, hören u. s. w., sehen und hören wir, weil es uns magnetisiert.“ In der inneren Welt fallen die Schranken von Zeit und Raum weg, der fernste Mensch ist dem Hellsehenden näher, als uns der nächste, da er sich sein Wesen nicht mit Sinnen und Denken zurechtlegen muss, sondern ihn durchschaut, ihm weiss.

Scheinen hier die Worte des Apostels: wir sehen jetzt durch einen Spiegel in einem dunklen Wort, dann aber von Angesicht zu Angesicht, eine Erfüllung zu finden, so begreift sich, dass von mancher Seite der Zustand des Somnambulen wie eine Verklärung mitten im irdischen Leben angesehen wurde, wie ein Vorspiel des erhöhten Lebens, das sich nach dem Tode einstellen würde. Im Gegensatz dazu betrachteten andere den Somnambulismus

als Herabsinken auf eine frühere, vom Menschen bereits verlassene Stufe. Keine höhere geistige Stufe sei hier erreicht, sondern das Instinctleben sei wieder so reg, wie es sonst nur bei Tieren sei, die ja auch gerade in Bezug auf die Gabe des Vorfühlens manches vor den Menschen voraus hätten. Auch bei Pflanzen und niederen Tieren haben sich die Sinne, also die getrennten Beziehungen zur Aussenwelt, noch nicht entwickelt, anstatt dessen verbindet eine Art Gemeinsinn das Geschöpf mit der Welt, der es noch nicht selbständig gegenübersteht. „Der Magnetismus ist ein Exorcismus des Geistes“ sagt der Schweizer Naturphilosoph Troxler, „der Mensch wird Welt“; durchaus mit Recht, insofern, als das Bewusstsein, die logische Denkkraft, erst erlöschen muss, bevor Somnambulismus entstehen kann.

Indessen, die meisten romantischen Denker standen „über den Polen“. Sie waren der Ansicht, dass der Somnambulismus Kräfte offenbar mache, die im Bereiche des Menschen lägen und die seine göttliche Natur und hohe Zukunft darthäten; aber sie verkannten nicht, dass sie aus dem Boden eines kranken und unvollkommenen Zustandes wüchsen. Die somnambulen Menschen, meist ungebildete Mädchen bäuerlicher Herkunft, im gewöhnlichen Leben in nichts ausserordentlich, konnten unmöglich als Vorbilder der Menschheit angesehen werden. Wenn, wie es allgemeine romantische Ansicht war, die Rückkehr zum Ausgang, die Wiedervereinigung nach der Trennung das Ziel der Entwicklung ist, muss uns insofern das Unbewusste, Allgemeine, Instinctive, wovon wir ausgingen, vorbildlich sein; doch sollen wir freilich nicht durch Zurücksinken, sondern umgekehrt durch Vorwärtsdringen, nicht durch Unterdrückung des bewussten Sinnenmenschen, sondern durch seine Weiterentwicklung dahin gelangen. Selbst in den Worten: „das Hellsehen ist der reinste und höchste Erkennungszustand im irdischen Dasein“ liegt zugleich eine Einschränkung; denn ist der Mensch nur ein erkennendes und fühlendes Wesen? Die Somnambule ist genau genommen nur ein halber Mensch, eine Blüte, die auf einem fremden Stamme schmarotzt: sie trägt sich nicht selbst, sondern ihre Lebenskraft ist ausser ihr, im Magnetiseur. Es ist deshalb Baader wohl zu glauben, dass der somnambule Mensch, wie er beobachtet haben wollte, leichter unmoralisch sei, als der wache, da er ja überhaupt kein handelndes, kein vernünftig-sittliches Wesen ist. Die Unzuverlässigkeit, Einseitigkeit und Willenlosigkeit seines Zustandes erklären Schuberts Aeusserung, der gotterfüllte hellsehende Prophet verhalte sich zum magnetischen Hellseher wie der Mensch zum Affen. „Es giebt ein höheres Hellsehen, als das magnetische, das Hellsehen eines weisen, tugendhaften und frommen Mannes.“

Einzig der höchste Grad des Somnambulismus, die Entzückung oder Ekstase, muss als ein vollkommener menschlicher Zustand gelten gelassen werden; hier wird der Magnetisierte unabhängig und handelnd, ein eigentlicher Wunderthäter. Die Ekstase kam aber so selten vor, dass sie von Zweiflern füglich ausser acht gelassen werden konnte, und was die Tradition von den Ekstasen der Heiligen berichtet, entbehrt vollends einer allgemein gültigen Beglaubigung.

Wie es oft so geht, dass sich Gegenstände finden, sowie das Interesse für sie erwacht ist, tauchten damals mehrere höchst merkwürdige Fälle von natürlichem und künstlichem Somnambulismus auf: Frau Haufe, die Seherin von Prevorst, die Nonne Emmerich zu Dülmen, die Clemens Brentano beobachtete und deren Leben er schrieb, dann mehrere Mädchen in Tirol, von denen die interessanteren Maria von Mörl und Maria Lazzari waren. Während die erstgenannten im protestantischen Lande vielen Anfeindungen ausgesetzt waren, wurden die Mädchen im erzkatholischen Tirol wie Heilige angestaunt. Alle waren durch und durch körperlich krank, eigentlich aufgelöst.

-Es waren losgerissene Pflanzen, die nicht mehr in der Erde wurzelten; ihre

Wurzeln lagen bloss und empfangen deshalb aus allen Elementen der Welt Reize, für die der gesunde Menschenbaum unempfindlich ist. Erinnern wir uns, dass Fechner das sogenannte Gesetz der Schwelle folgendermassen feststellte: jeder Reiz, der ihm stande sei, psychische Erregungen mitzuführen, müsse einen gewissen Stärkegrad erreicht haben, bevor er ins Bewusstsein trete; bei dem-Nachtmenschen wäre also der allergeringste Reiz, der bei dem normalen stets unter der Schwelle bliebe, schon stark genug, um in das Bewusstsein einzudringen. Während der Somnambule, im romantischen Vorstellungskreise ausgedrückt, ein äusserst empfindliches Gangliensystem hat, muss der Magnetiseur ein starkes haben, damit ihn die umgebende Welt nicht zerstreut und auflöst; der eine ist die entwurzelte Pflanze, der andere der fest in der Heimat Erde wurzelnde Baum.

Die wunderbare Kraft des Magnetiseurs, mit welcher derselbe auf gewisse andere Menschen, als wären sie ein Teil von ihm selbst, einzuwirken vermag, wurde von Mesmer durch die Annahme eines feinsten Aethers erklärt, der aus dem Weltall in den Magnetiseur einströme und den er wieder ausstrahlen könne. In der psychisch-magnetischen Schule von Lyon wurden im Gegensatz dazu der Wille und der Glaube, der nichts anderes ist, als die weibliche Seite des Wollens, als die einzigen beim Magnetismus wirkenden Kräfte angesehen; ihre Lehre liess sich in die Worte zusammenfassen: Wollet das Gute, gehet hin und heilet. In der Folge liessen es die deutschen romantischen Forscher dahingestellt, ob ein Agens thätig sei oder nicht — der jüngere Schelling sprach von einer Art Miasma, das zuweilen finge, zuweilen nicht, Passavant von einer dem Licht analogen Ausstrahlung —, das eigentlich Handelnde, das, worauf es ankomme, sei ja doch der Wille, dem eventuell das Agens unterworfen sei. Einzig der freie Wille sei die Quelle des Magnetismus, der Wille, der im eigentlichen Sinne des Menschen Himmelreich ist, der in Wirklichkeit Berge versetzen kann. Aus dem Willen sind alle die Wunderwirkungen des Altertums zu erklären, die unter dem Namen Magie bekannt sind und zu denen in der neueren Zeit die Beispiele nur fehlen, weil, je complicierter und decentralisierter die Menschheit wurde, die Willenskraft desto mehr verloren ging. Die Romantik ging dem, was lange als Aberglauben verschrien war, nach, und es fand sich, dass namentlich in den südlichen Ländern der Glaube an den bösen Blick, an die Macht des Fluches oder Segens, an Verhexung und Besprechung noch lebendig war, wenn auch die Einsicht fehlte, welche natürlichen Kräfte des Menschen dabei thätig sind. Die merkwürdigsten Eröffnungen gaben die grossen romantischen Aerzte der Vergangenheit; so äusserte sich Paracelsus über die Magie des Willens: „Es ist möglich, dass mein Geist ohne des Leibes Hilfe, durch inbrünstiges Wollen allein, und ohne Schwert, einen andern steche oder verwunde. Also ist es auch möglich, dass ich den Geist meines Widersachers bringe in ein Bild und ihn dann krümme, lähme nach meinem Gefallen. Ihr sollt wissen, dass die Wirkung des Willens ein grosser Punct ist in der Arznei. Man kann damit durch Fluchen Böses verhängen über Menschen und Vieh... Alles Imaginieren des Menschen kommt aus dem Herzen, und dieses ist die Sonne im Mikrokosmos, und aus dem Mikrokosmos geht die Imagination hinaus in die grosse Welt. So ist die Imagination des Menschen ein Samen, welcher materialistisch wird... Es ist ein grosses Ding um des Menschen Gemüt, dass es niemand möglich ist auszusprechen; wie Gott selbst ewig und unvergänglich ist, also auch das Gemüt des Menschen. Wenn wir Menschen das Gemüt recht erkannten, so wäre uns nichts unmöglich auf Erden.“ Ebenso Hellmont: „Wenn Gott durch das Wort oder den Wink handelt, so muss es auch der Mensch können, wenn er den Geist Gottes und nicht ein müssiges Wesen darstellen soll; und nennen wir dies nun magische Kraft, so kann nur der Ununterrichtete erschrecken über dies Wort, nenne es, wenn du lieber

willst, geistige Stärke . . . Der menschliche Wille ist aber das Erste und Höchste aller Kräfte, er ist die Grundursache aller Bewegungen, denn durch die Kraft des Willens des Schöpfers wurde alles gemacht, und dieser Wille ist das Eigentum aller geistigen Wesen, bei denen sie durch Gegenwirkungen mehr oder weniger beschränkt werden können; wo die Kraft grösser bei dem Einwirkenden oder bei dem Widerstand, da wird sich die Wirkung mit oder ohne Erfolg zeigen. Die im Menschen verborgene Kraft ist eine gewisse ekstatische Macht, die nicht wirkt, ausser durch ein heftiges Verlangen der Einbildung; sie ist eine geistige Kraft, die nicht vom Himmel herabkommt, noch viel weniger von der Hölle, sondern von dem Menschen selbst, wie das Feuer aus dem Kiesel; aus dem Willen des Menschen nämlich fliesst der Lebensgeist, der ideelle Wesenheit annimmt und zwischen Geist und Körper vermittelnd dahin wirkt, wohin der Wille ihn richtet.“

Dementsprechend ist auch nach dem Urteil von Passavant, Ringseis, Windischmann und anderen der Wille die Kraft des Menschen, von der eine Wiedergeburt zu erwarten ist. Durch blosser Stärkung des Willens könnte jeder dazu gelangen, der „Zauberer“ zu sein, den schon Novalis als Zukunftsmenschen verkündigte. „Der freie Wille des Menschen“, sagt Windischmann, „ist eine überirdische Kraft, die höchste auf Erden“; Ringseis: „nur auf dem Boden eines richtig geübten Willens gedeiht auch richtig geübte Einsicht“; Passavant nennt den Willen das höchste Vermögen des Menschen. Wie magisch der Wille auch in der Gegenwart noch zu wirken vermag, das hatte seit Mesmer der animalische Magnetismus bewiesen, wobei man ein Menschenpaar beobachten konnte, das die beiden Pole des menschlichen Wesens aufs äusserste concentrirt darstellte: auf der einen Seite thätiger Wille, auf der andern hellsehendes Erkennen.

Wir haben in dem willensstarken Magnetiseur und der reizbaren Sombambule die beiden Grundtypen der romantischen Psychologie; sie entsprechen dem positiven und negativen, dem solarischen und tellurischen, dem männlichen und weiblichen, dem Tagesmenschen und dem Nachtmenschen. Man könnte die beiden Typen ebensogut als den dämonischen und den magischen Menschen bezeichnen, womit ausgedrückt wäre, dass jener von Dämonen besessen werden könnte, während dieser selbst ein Dämon ist, der andere besitzt; das Analoge des Dämonischen in diesem Sinne wäre das Dionysische, das Analoge des Magischen das Apollinische.

Justinus Kerner sagte einmal über Goethe, er sei in höherem Grade Forscher als Dichter gewesen. „Er war nicht dämonisch. Eine solche Selbstständigkeit, wie Goethe hatte, ein solches Ego sum kann nur ein Dämon haben, in dem kein Dämon ist.“ Diese Bemerkung ist richtiger, als mancher meinen möchte; auch pflegt man in Goethe weniger den typischen Dichter, als den Universalmenschen zu feiern, oder wenigstens ist er vorzugsweise Dichter nur während einiger Jugendjahre seines Lebens. Das traumhaft Stammelnde des eigentlichen Dichters, der im Zustande von Rausch oder Begeisterung Worte hat, deren er bei Bewusstsein nicht mächtig ist, das „Zungenreden“, finden wir viel ausgesprochen bei einigen romantischen Dichtern, Brentano, den Besessenen, Werner, der so gern den Spruch: „Des Herrn Kraft ist in dem Schwachen mächtig“ im Munde führte, sagte, manche Stellen in seinen Werken wären eingegeben, er wisse nicht, wie er dazu gekommen sei, und wenn er sie läse, befiele ihn ein Grauen vor seinem eigenen Innern. „Geistige Stärke“ besaßen die romantischen Naturen nicht, fremder Einwirkung konnten sie keine Gegenwirkung entgegensetzen, so dass sie entweder von Stärkeren beherrscht wurden oder, sich selbst überlassen, in der Sinnlichkeit, besser gesagt: im Unbewussten untergingen.

Die Romantiker waren der Ansicht, dass die Poesie aus Zuständen des

Hellsehens hervorgegangen sei; waren doch Homer wie Teiresias blind, weil das Tagauge sich schliessen muss, ehe der Allsinn erwachen kann, die Allansicht der Dinge aber die dichterische ist. Die gesonderte Welt, die unsere wachen Sinne wahrnehmen, ist die Welt der Wissenschaft. Gleichwohl glaubten sie, wie wir schon früher gesehen haben, dass der moderne oder künftige Dichter „über den Polen“ zu stehen habe. Ihr Ideal war überhaupt nicht der Dichter, sondern der ganze Mensch, der ebensowohl Forscher wie Dichter, Künstler wie Philosoph ist und vor allen Dingen sein Leben bildet, so dass es schön und gut ist. Die schwärmerische Verehrung Goethes, die anfangs proclamiert war, dauerte im ganzen bei der jüngeren Romantik fort, — man denke nur an die beinahe knechtisch zu nennende Art, wie Werner ihn vergöttert. Die Dämonischen unter den Romantikern liebten die Magischen: Fichte, Schelling, Görres, Baader, Reil. Am meisten geistige Stärke scheinen Mesmer und Görres besessen zu haben, von denen berichtet wird, dass sie — was den Ernst natürlich nicht ausschliesst — immer heiter und guter Laune waren. „Ich habe mich immer bemüht“, erzählt Görres selbst, „mein Inneres heiter und discipliniert zu erhalten, übrigens unbekümmert um die Handlungen und Aeusserungen, die bei klaren Augen nicht trübe und verwirrt sein können.“ Die meisten klagen von Zeit zu Zeit über unerträgliche Schwere und Traurigkeit, Folge des „überwiegenden Bauchsystems“ und mangelnde Geisteskraft. Werner und Brentano, der „so schwer an sich selbst tragende Mann“, waren überhaupt ununterbrochen schwermütig, wenn sich das auch zuweilen unter einer an der Oberfläche spielenden Lustigkeit versteckte; ähnlich Kleist und Lenau, dem es oft so schwer wurde, als ob er einen Toten mit sich herumtrüge. Justinus Kerner klagt häufig über Schwere und behauptet sogar in seiner Jugend einmal, es sei noch nie ein banges Gefühl von Angst und Beklemmung von ihm gewichen, „das oft so hoch steigt, dass es dem Gefühl eines, der den andern Tag zum Schafott geführt wird, gleichkommen mag“. Von Runge wich die Schwere seit seiner Verheiratung überhaupt nicht mehr; Passavant, der ein höheres Alter erreichte, genoss erst in seinen letzten Jahren eine durch Kämpfe verdiente Heiterkeit. Friedrich Schlegel konnte monatelang an „tiefer Verstimmung“ leiden, an einem „tückischen inneren Grame“ ohne Ursache; sogar Ringseis, der im ganzen mehr magischer Mensch war, überfielen von Zeit zu Zeit „bis in den Tod betäubende Melancholien.“

Goethe sagte einmal, wenn das Weib seine übrigen Vorzüge durch Energie heben könne, so entstehe ein Wesen, das sich vollkommener nicht denken liesse. Ein solches hat man, wenn man sich Magnetiseur, ganz Wille, und Magnetisierte, ganz Reizbarkeit, als eine Person denkt. Thatsächlich aber bilden sie, wenn auch nicht einen materiellen Körper, doch einen „Aetherleib“, einen Nervenmenschen, weswegen man die Beziehung zwischen dem Magnetiseur und seiner Somnambule auch Nervenvermählung, Neurogamie, nannte, wobei der Magnetisierende Neuryander, der Magnetisierte Neurogyne hiess.

Dieser Vorgang ist von der ungeheuersten Bedeutung: er zeigt uns zum einzigen Male die Möglichkeit einer organischen Vereinigung zwischen Mensch und Mensch, während jede andere Art der Gemeinschaft, wie Baader sagt, nur die eines Aggregats ist. Welcher empfindende Mensch hätte nicht schon beklagt, dass, so nahe sich auch Menschen kommen, doch immer noch ein unausfüllbarer Abgrund zwischen ihnen bleibt? Die Verbindung bleibt eben stets äusserlich, indem „nur das Einzelne wirklich, das Allgemeine nicht wirklich ist“. Die Menschheit bleibt für den einzelnen etwas Abstractes, während gerade die organisch verbundene Menschheit, der „allgemeine Mensch“, das Ideal ist, dem wir uns entgegenbilden wollen. Bei den Romantikern findet sich ein sehr lebhaftes Gefühl, wie die Gemeinschaft mit Menschen den einzelnen in



seinem Sein und Können hebt und steigert. Immer wieder tauchten in ihren Kreise Pläne zur Herstellung einer Hanse, einer Kirche, auf, oder wie sie die innigste Verbrüderung nun nannten. Ringseis weist einmal darauf hin, wie selbst bei unvollkommenen partiellen Vereinigungen, z. B. Volksversammlungen, wo gute und geringe Elemente gemischt sind, wenn sie nur vorübergehend von einem gemeinsamen Gefühl ergriffen sind, wie selbst dieser Schatten paradiesischer Einheit das Gefühl von Stärke, Freude, Seligkeit hervorbringt. „Wie in der physischen Zeugung, so ist in allen Momenten künstlerischer und jeder anderen Begeisterung und Aufregung, z. B. in aufgeregten Volksversammlungen, eine vorübergehende Wiederherstellung der paradiesischen, durch den Fall getrennten Einigkeit, durch ein auf Wahlverwandtschaft beruhendes wechselseitiges zugleich in einander Ein- und von sich Ausgehen zweier oder vieler.“

Die Entwicklungslehre und der animalische Magnetismus, die beiden Hauptprincipien der Romantik, führten beide auf Sammeln der durch Zeit und Raum getrennten Geschöpfe in der Einheit. So wenig aber wie die Meinung, dass das Individuum in Gott aufgehen oder untergehen solle, so wenig wird die Auflösung des einzelnen im allgemeinen Menschen vorausgesehen oder gefordert; sondern die Romantiker dachten an eine organische Verbindung, deren Glieder, wie die des Leibes, zwar alle aus einem Blute hervorgegangen sind, ihr Wesen aber dem Princip der Differenzierung danken.

---

## Die Darmstädter Künstlercolonie.

Von  
Rudolf Klein.  
(Berlin.)

Die Fragen der modernen Malerei haben längst an Actualität verloren. Im Ausland, in dem sie zuerst geboren wurden, ist es still geworden, und auch bei uns, die wir eigentlich Nachzügler waren, hat sich der Streit gelegt. Die ganz abseits von diesem Ringen gewachsenen Genies, Böcklin und Thoma, halten mit ihrem reichen Lebenswerk das Auge der heranwachsenden Jugend dauernd auf sich gerichtet und in ihren Herzen die Flamme der Sehnsucht in leisem Feuer, den Wunsch nach neuen Idealen, einem gemeinsamen erhöhten Lebensrhythmus. Man müht sich nicht mehr heiss um technische Probleme, man spaltet nicht mehr in ruchloser Neugier die eigene Seele, in den Augen der jungen Künstler regt sich etwas von dem „nach oben“ suchend schauenden Blick Böcklins, sie scheinen auf ein Ziel gerichtet zu sein, auf einen Zusammenschluss, aus dem die grosse Idee geboren werden soll, aus der heraus wir alle schöpferisch werden können, der Grosse und der Kleine, der im Geist Arme und der Reiche, die Idee, deren strebende Verticallinien sich schliessen werden zu der Tempelwölbung, die uns zu neuem Cultus versammeln wird. Rein bildlich offenbart sich dem Auge diese Seelenschwingung im Wechsel der technischen Ausdrucksmittel —: die unter der prismatischen Analyse schliesslich sich völlig auflösende Farbe einigt sich wieder zur Linie, die Kunst, deren Entwicklung wieder einmal ausgelaufen zu sein schien, sieht sich mit einem Schlage an einem neuen Anfang: sie beginnt wieder mit dem Ornament, man erkennt wieder die Notwendigkeit der Zusammengehörigkeit der Künste, und die Frage nach einer neuen Architektur, als die Axe der anderen, steht nun vorn an.

Die hier flüchtig skizzierten seelischen Vorgänge sind es, die ihren ersten schüchtern sichtbar gewordenen Ausdruck in der Ausstellung fanden, die die

Darmstädter Künstlercolonie im Mai des vergangenen Jahres eröffnete.<sup>1)</sup> Sie war eine Architekturausstellung im Gegensatz zu den bisher üblichen Bildersammlungen. Dass es den jungen Künstlern durchaus nicht gelungen ist, den neuen Stil zu finden, ist bekannt, aber eine That war die Ausstellung dennoch, eine That von entscheidendem Wert, denn einmal hat sie für das Bedürfnis unserer Zeit selbst den Blindesten die Augen geöffnet, zum andern auf die Lösbarkeit des neuen Architekturstils und deren Schwierigkeit mit erhöhtem Nachdruck hingewiesen. Wie Religionen, so werden Stile nicht von heute auf morgen geboren, im Gegenteil, sie wachsen mit diesen, als ihr sichtbarer Ausdruck, aus den bewegenden Zeitideen sehr langsam und organisch aus. Wie viel dabei vom Historischen übernommen werden darf, das ist der heikelste Punct, und ich glaube, die Stürmer, die alles über Bord werfen möchten, gehen ebenso fehl, wie die, die gedankenlos mit den alten Requisiten arbeiten. Seit den 2000 Jahren christlicher Zeitrechnung haben wir die beiden Hauptstillinien: aus der römischen Basilika entwickelt sich der romanische Stil, aus diesem der gothische. Charakteristisch für diese Stile, in denen sich das asketische Lebensideal ausdrückt, ist, im Gegensatz zu den folgenden, ihre an diesen geistigen Inhalt gebundene Unveränderlichkeit. Dann beginnt man in Italien mit den Wehen der Renaissance auf das Formenmaterial der Antike zurückzugehen, und man beachte nun aber — im Gegensatz zu den modernen Gothik-Schwärmern, die die Renaissance als den Tod der Kunst bezeichnen —, wie individuell die griechische Formensprache, von der Frührenaissance durch Michel Angelo und Venedig über den Jesuitenstil weg bis zum Rococo und französischen Empire von den Völkern verarbeitet wird, mit dem eigenen Blut durchtränkt. Der Geist dieser Epochen hätte gar keine typischere und individuellere Ausdrucksform finden können, und der gothische Stil, abgesehen von seiner Unveränderlichkeit, sich garnicht als Folie für diese Jahrhunderte der Lebensfreude geeignet. Mit dem französischen Empire, aus dem sich dann der Bürgerstil von 1830 entwickelt, scheint diese Linie in der That ausgelaufen, und der erhöhte Aufschwung des modernen Lebens greift wieder zurück auf alte Formen, statt eigene zu finden, die Zeit des schauerlichsten Stilwirrwarrs beginnt. Schon am Anfang des Jahrhunderts hatten die Classicisten Carstens in der Malerei und Schinkel in der Architektur die griechische Formensprache übernommen. ohne sie mit einem eigenen Geist zu durchtränken, wie dies den vorigen Epochen nachgerühmt wurde. Dann baute man in Deutschland abwechselnd gothisch und Rococo, dann wieder, wie Semper, reine Renaissance; die schlimmste Zeit aber begann doch erst in den letzten Jahrzehnten, als die Vertreter dieser Schule nicht mehr die starken Geister aufwies, wie Semper, Schmidt, Hansen u. s. w. (die Erbauer des neueren Wien) solche noch waren. Manche Moderne scheinen mir somit nicht ganz im Recht zu sein, die ganze Renaissance zu verwerfen, wenn die Behauptung schon eher eine berechtigte ist, diese Linie sei mit dem Empire ausgelaufen: es war der Stil der individualistischen Jahrhunderte. Und wenn nun ein Rückgang zur Gothik gepredigt wird, so kann dies nur in jenem Sinne zu verstehen sein, dass wir einen socialen Collectivstil benötigen, aus einer Idee geboren und ihr Ausdruck, wie die Gothik der Ausdruck einer Cultidee war.

Von diesem Standpunct aber leuchtet uns sofort der grosse Fehler der Darmstädter Architektur ein, die, wohl als Opposition zur bisherigen Epigonenarchitektur, eine durch und durch individualistische ist.

Recapitulieren wir nun das im Sommer dort Geschaute, und die weiteren Kreise, die nicht Gelegenheit hatten, die Ausstellung zu sehen, mögen Einsicht nehmen in das bei Alexander Koch in Darmstadt erschienene umfassende und eingehende Werk, das die ganze Bewegung in Wort und Bild mit allen Vorgängen

<sup>1)</sup> Ueber die Darmstädter Künstlercolonie, ihre Begründung und ihre Bestrebungen haben die Leser dieser Zeitschrift im Jahrgang 1900 (pag. 431—432) einiges erfahren.

bis in die letzten Einzelheiten schildert.<sup>2)</sup> Das Werk wird für alle späteren Zeiten ein bequemes und zuverlässiges Nachschlagewerk sein für den, der sich über diese „erste That“ einer gährenden Zeit unterrichten will. —

Wir gingen alle mit hochgespannten Erwartungen nach Darmstadt, die Idee des neuen Mäcenatentums, das sich der ringenden Zeitideen annahm, war so schön. Wir kamen nicht auf unsere Rechnung. Die Idee fiel, weil ihre Ausführung allzu sehr in eines Mannes Hand gelegt war, ein Umstand, der erstens bei der Kürze der Zeit gefährlich, zweitens an sich, da er hier zur Einseitigkeit führen musste, dann aber, wenn dieser eine J. M. Olbrich war, ein Mann voll allzu individualistischer Launen. Bei einem Maler ist dies nicht so gefährlich, hat er einige Bilder fertig, so kann der Auftraggeber Einhalt gebieten, wenn das Schaffen ihm nicht gefällt. Beim Architekten ist dies eine andere Sache, da stellt sich der rechte Ueberblick erst ein, wenn die Häuser unter Dach und Fach stehen. Dennoch ist mir der Fall Olbrich, der der „Fall Darmstadts“ war, unverständlich: man wusste doch, wie dieser Mann baute, hatte doch in Wien Gelegenheit gehabt, seine Häuser zu sehen. Und nun gingen den Leitern hier erst nachträglich die Augen auf. Ich mag Olbrich wünschen, dass er sich von seinem Ikarossturz erhebt und eine Lehre aus ihm zieht, denn schliesslich ist er zu diesem verhängnisvollen Flug doch allzu sehr von guten Freunden ermuntert worden. Man hat ihn zu früh mit allzu lauten Worten gepriesen. Es ist ein trauriges Beispiel, das, Gott sei Dank, vereinzelt dasteht. Seine Architektur ist mit dem einen Wort gekennzeichnet, das er und seine Freunde ihr als Prädicat beileigten: sie nannten diese Architektur eine malerische! Ja, damit richtet sie sich doch von vornherein! Construction, plastisch herausgearbeitete Construction, empfand man bisher als das Wesen der Architektur, und nun kommt dieser Mann, zu einer Zeit, da man nach einer völligen Auflösung des Impressionismus selbst in der Malerei wieder beginnt, „constructiv“, „ornamental“ zu denken, und erträumt eine „Placatarchitektur“, eine Buchschmuckarchitektur: launische Kästen voll kleiner Schmolllinien. Seine Häuser — er baute deren sechs und das grosse Atelierhaus — sind noch das Beste: geradezu toll geberdet sich dieser Geist in den kleinen Bauten, die nur für die kurze Zeit der Ausstellung gedacht waren. Sie sind einfach ein phantastischer Schnörkel. Die Eingangspyronen erweckten dem Eintretenden die Empfindung, als berge sich hinter ihnen eine exotische Ausstellung des Herrn Hagenbeck. Dabei steht diese ganze Architektur in so gar keinem Zusammenhang mit unserer Landschaft, weit weniger wie die der crassesten Historiker. Sie wirkt grösstenteils direct orientalisches mit dem Bogen, der sich über die Eingangsthür schlägt, mit der starken Verwendung von Weiss und Gold und den vielen horizontalen Linien. Das Habich-Haus, das sein bestes ist, ist im Grundgedanken der Façade italienisch. Dabei sei bei all diesen Vorwürfen nicht vergessen, dass Olbrich ein geschickter Mann ist, mit Geschmack begabt, mehr aber Arrangeur für Innendecoration wie Architekt. —

Dass die Kunst dieses Mannes dominierte, war der bedauerliche Fehlgriff. Denn wie wenig kommen gegen ihn in Betracht Huber mit seinen zum Teil feinen Einrichtungsentwürfen, Bosselt, der Medailleur, Habich, der Bildhauer, und der Maler Bürk, dessen noch unausgereiftes Talent durch die an ihn gestellten Aufgaben leider auch recht bedauerlich ausgerechnet worden ist. — Das Gegengewicht zu den sechs Häusern Olbrichs bietet das Haus Behrens, dazwischen aber liegt noch das Haus Christiansen. Die Architektur ist von Olbrich, für das übrige hat der Maler selbst gesorgt. Dieses Haus ist wirklich etwas Unglaubliches. Man

<sup>2)</sup> Die Ausstellung der Darmstädter Künstlercolonie. Herausgegeben von Alexander Koch. Mit Text-Beiträgen von Georg Fuchs, Professor Dr. Kurt Breysig, Felix Commichau und Dr. Benno Rüttenauer. Das Werk darf durch seinen Inhalt, wie durch seine Ausstattung ein besonderes Interesse beanspruchen.

hat die Empfindung, ein Fieberkranker habe diese Buntscheckigkeit erdacht. Durch alle Regenbogenfarben wird man gepeitscht. Dabei finden sich auch in diesem Hause, wie in den übrigen, eine Anzahl geschmackvoller Détails, die das Schöne und Streben der jungen Künstler kennzeichnet und die Cardinalentgleisung doppelt bedauerlich erscheinen lässt. Das Gemeinsame, das der Eindruck dieser Häuser hinterlässt, ist ein Gefühl der Unruhe, des irren Suchens und Wollens, ein krankhaftes Bestreben, neu zu sein. Obgleich es doch die Losung der Modernen ist: vom Praktischen auszugehen, den Gegenstand aus dem Zweck und dem Material zu construieren, wirken diese Häuser wie eine unruhige Anhäufung sämtlicher neuer Schrollen, die je einer erdacht hat. Nirgends Einfachheit. Die reine Daguerre-Ueberladenheit. Nirgends wirkliche Wohnlichkeit, trotz all dieser lauschigen Winkel. Und dabei redeten diese Leute doch so viel von der schönen Simplizität des Biedermeierstils, dem Bürgerhaus von 1830, auf das zurück uns ja der Widerwillen gegen die Grossstadtcaserne trieb. Die wichtigste Forderung unserer Zeit, die des schlichten Einfamilienhauses, ist also vor allem von diesen Künstlern nicht gelöst worden.

Dies alles: Ruhe, Schlichtheit, Ernst, finden wir, wenn auch nicht im bürgerlichen, schon mehr im fürstlichen Sinne bei Peter Behrens. Das Aeusserere seines Hauses macht einen ungemein sympathischen Eindruck. Ruhig und schlank, der dunklen Tönung entsprechend, streben die Verticalen nach oben, beinahe im Ernst des Gothischen, dann aber fühlen wir, nachdem wir das Haus von allen Seiten auf uns wirken lassen, den ruhigen Ueppigkeits- und Lebensgenuss gesättigten Geist des Barock. Es ist das eigentümlich: so sehr der Künstler die directe Formanlehnung vermieden hat, wir fühlen den Geist des Barock. Doch mag diese gründlich individuelle Verarbeitung eben in das Gebiet jenes erlaubten Verarbeitens des Historischen fallen, von dem ich vorhin sprach. Dennoch aber, trotz dieses wohlthuenden Eindrucks des Hauses, findet sich für den schärfer Zusehenden eine Dissonanz: die Façaden sind nicht der sichtbar gewordene Ausdruck des Innern. ja, stehen nicht einmal in organischer Verbindung: die Stockwerke werden von den bis zum Dache strebenden Verticallinien durchschnitten. Doch davon abgesehen: das Haus ist eine reife Frucht. Es ladet ein zu tiefem stillem Sinnen und verbreitet um sich die vornehme ruhige Atmosphäre alter Schlösser. Aber das Innere des Hauses ist nicht von dieser Einheitlichkeit. Von dem priesterlich-feierlichen Musikraum zur Bibliothek des Herrn ist ein Sprung, wie aus einem assyrischen Tempel in ein Zimmer van de Veldes. Solche Contraste finden sich in den alten Barockpalästen nicht. Behrens hat mit seiner Inneneinrichtung, vor allem mit dem herrlichen Musik- und Speisezimmer, meisterhaft den Bedürfnissen eines vornehmen Geistes Rechnung getragen, den ästhetischen Gelüsten der Verfeinerten unserer Zeit. Wenn aber manche sagen, diese Zimmer seien ihnen zu prunkvoll, so mag dies durchaus nicht an dem überreichen Material liegen — wie verschwenderisch ist heute mancher Grossfinancier eingerichtet —, vielmehr daran, dass dieser Reichtum noch nicht so selbstverständlich wie in alten Zeiten verwendet ist, ähnlich verwendet ist, wie Behrens ihn theoretisch motiviert: ich denke an die Erklärung der Stufen, die vom Musiksalon hinauf ins Esszimmer führen!

Was die einzelnen Einrichtungsgegenstände dieser Zimmer betrifft, so würde es zu weit führen, sie aufzuzählen und zu erklären. Sie sind meisterhaft. Behrens ist wohl der hervorragendste Ornamentist unter den jungen deutschen Künstlern. Der Grundgedanke seiner Ornamente ist meist eine krystalloide Form. Wie er sie verarbeitet, das ist unübertrefflich. Ob seine Phantasie ausreicht, dauernd als Architekt thätig zu sein, bleibe abzuwarten. —

Die jungen Künstler von Darmstadt suchten wieder, das zeigt ihr Werk, den grossen Zug des Lebens, ein Leben in Schönheit. Sie machten eine verzweifelte Anstrengung, es blieb bei der äusserlichen Geberde, d. h. sie gaben statt des Inhalts eine Phrase. Das mag nicht zum wenigsten daher rühren, dass diese

Leute, angeekelt mit Recht von unserem Alltag, missverstehen, welcher Art die Schönheit nur sein kann und muss, die unseren Alltag versüssen soll. Wir leben kein arkadisches Schäferleben mehr, und die Schönheit, die wir ersehnen, die Kunst, die unseren Alltag, unser Leben verschönen soll, darf diesen nicht hinweglügen, muss vielmehr mit seinem ganzen Ernst rechnen. Nur keine Maskerade! Nietzsche und Böcklin haben uns zwar die hohen Ziele gewiesen, doch scheint es mir beim Werk geeigneter, an Meunier zu denken, denn an diese.

## Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften.

Von

Fanny Imle.

(Berlin.)

[Fortsetzung.]

### B. Die Handschuhmacher, Hutmacher und Kupferschmiede.

Zwei gewerkschaftliche Centralverbände, die Handschuhmacher und die Hutmacher, folgten im Jahre 1886 dem Beispiel der Buchdrucker. Auch hier haben wir es zunächst mit Arbeitern zu thun, welche durch ihre Qualification als gelernte von vornherein die Potenz zur straffen Organisation in sich tragen. Eine berufliche Vereinigung der Handschuhmacher sowie eine von derselben getrennt verwaltete Hilfs- und eine Fremdecasse bestanden schon seit 1880. Die Fremdecasse unterstützte wandernde Collegen, während die Hilfscasse wohl eine Art von Krankenzuscasscasse gewesen sein dürfte. 1883 wurde erstere in eine Reise- und Arbeitslosenunterstützungscasse umgewandelt. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung stiess kaum auf Widerstand. Ja, sie wurde sogar auf Kosten einer Erhöhung der Invalidenunterstützung beschlossen, und zwar mit dem vollen Bewusstsein, dass es sich um einen Unterstützungsweig zur Abwehr der Lohnrückerei handle. Vom 1. Juli 1886 ab sollten an Arbeitslose am Orte täglich 60 Pfg. auf 70 Tage bei einer dreijährigen Carenzzeit gewährt werden. Der Beitrag für alle drei Cassen wurde auf 25 Pfg. — 10 Pfg. für Hilfs- und Invalidencasse, 8 Pfg. für Arbeitslosenunterstützung und 7 Pfg. für die gewerkschaftliche Centralcasse — festgesetzt. Schon die nächste Generalversammlung brachte eine Verschmelzung der Reise- und Arbeitslosenunterstützungscasse mit der Centralcasse zu einer gemeinsamen Verbandskasse, an die ein Beitrag von 15 Pfg. zu entrichten war. Die Reisenden erhielten 2 Pfg. pro Kilometer, für Arbeitslose am Orte beschloss man auf 8 Wochen à 7 Tage täglich 1 Mk. zu gewähren. Gemassregelte wurden als gewöhnliche Arbeitslose unterstützt und erhielten einen Beitrag zu den Umzugskosten. Dagegen belief sich die Strikeunterstützung auf 2 Mk. für Ledige und 2,50 Mk. für Verheiratete, neben angemessenen Zulagen für Kinder. In den ersten zwei Jahren wurden 5 728,63 Mk. an Arbeitslose ausbezahlt.<sup>3)</sup> Das Vermögen des Verbandes mit Ausschluss der Invalidencasse hatte sich von 1883 bis Ende 1888 von 13 580,33 Mk. auf 29 700 Mk. gehoben, obgleich in den letzten Jahren 9 143,63 Mk. allein an Arbeitslosenunterstützung und 10 422,54 Mk. an Reiseunterstützung ausgegeben wurden. Auf der folgenden Generalversammlung wurde eine Herabsetzung der Carenzzeit für Arbeitslosenunterstützung von 3 auf 2 Jahre und eine Erhöhung der Leistungen von 1 Mk. auf 1,30 Mk. pro Tag, sowie eine Verlängerung der Höchstdauer der Unterstützung von 8 auf 13 Wochen beschlossen. Diese erhebliche Verbesserung hatten die Handschuhmacher der minimalen Zahl der Arbeitslosen in ihrem Berufe zu verdanken. In Aussicht auf eine grosse Lohnbewegung musste 1891 der Beitrag auf 35 Pfg. erhöht werden, doch ist es ein Zeichen gesunder Entwicklung,

<sup>3)</sup> Inbegriffen sind die Umzugskosten an Gemassregelte.

dass dieser geforderten Mehrleistung eine Herabsetzung des Eintrittsgeldes zunächst von 3,20 Mk. auf 1,20 Mk., für Wiedereintretende von 5 Mk. auf 3,20 Mk. und dann auch für Wiedereintretende auf 1,20 Mk. voranging. In demselben Jahre erreichten die Unterstützungsleistungen des Verbandes ihren Höhepunkt. Für Arbeitslose wurden nach einem Jahre Carenzzeit täglich 1,50 Mk., für die zurückbleibenden Familien reisender Arbeitslosen wöchentlich 4 Mk. auf 4 Wochen als Unterstützung in Aussicht genommen.

Aber nun trat ein Wendepunkt ein. Der Strike, welcher bei einer Beteiligung von 600 bis 700 Collegen über 100 000 Mk. gekostet hatte, hatte die Verbandskasse sehr geschwächt. Dazu kam Ende 1893 eine sehr ausgedehnte Arbeitslosigkeit, die 15 % aller Mitglieder in Mitleidenschaft zog und eine Summe von fast 52 000 Mk. in zwei Jahren erforderte. Angesichts dieser That-sachen genügte es nicht, dass die organisierten Collegen zur Erhaltung ihrer Arbeitslosen Extrabeiträge bis zur Höhe von 4 % ihres Arbeitsverdienstes entrichteten, es wurde notwendig, alle anderen Unterstützungszeige zu gunsten der Arbeitslosenunterstützung zeitweilig aufzuheben. Dass diese schweren Schicksalsschläge die Organisation nicht dazu bringen konnten, ihren wichtigsten Unterstützungszeig, die Arbeitslosenunterstützung, preiszugeben, dass im Jahre 1894 die beantragte Abschaffung derselben mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt wurde, stellt den Arbeitern dieses Berufes ein rühmliches Zeugnis gewerkschaftlichen Verständnisses aus. Allerdings war es unumgänglich notwendig, die Unterstützungssätze wieder einzuschränken, und zwar geschah dies zugleich mit einer Classeneinteilung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung nach der Dauer der Mitgliedschaft. Nach 26 Wochen wurden für Reisende 75 Pfg. Unterstützung ausgegeben, nach einem Jahre erhielten Reisende und Arbeitslose am Orte 75 Pfg., nach 2 Jahren 1 Mk. Die Höchstdauer der Unterstützung betrug in allen Fällen 8 Wochen. Die Arbeitslosenunterstützung wurde vom achten Tage der Arbeitslosigkeit ab gezahlt, doch wurde die erste Woche den abgelaufenen acht Unterstützungswochen als neunte zugezählt. Diese Regelung der Unterstützungssätze brachte zu gleicher Zeit eine Vereinheitlichung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung, in der eine wünschenswerte Erleichterung der Verwaltungsarbeiten zu erblicken ist.

Die weiblichen Mitglieder, die gegen ein Beitrittsgeld von 25 Pfg. in den Verband aufgenommen wurden, erhielten nur Strike- und Gemassregeltenunterstützung. Auf dem Verbandstage 1898 wurde in Erwägung gezogen, auch ihnen bei einer Erhöhung des Beitrags von 5 auf 10 Pfg. Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, doch musste davon Abstand genommen werden, da sie grösstenteils Hausindustrielle sind, deren Controle während der Arbeitslosigkeit fast unmöglich ist.

Einen weiteren Ausbau hat das Unterstützungswesen der Handschuhmacher bisher nicht erfahren. Die Einrichtung verschiedener Beitrags- und Unterstützungsklassen nach der Höhe des Arbeitslohns (Scalisierung) fand trotz der allgemein anerkannten Verschiedenheit der Arbeitslöhne keine Sympathie. Jedenfalls besteht die grösste Leistung dieser Organisation auf dem Gebiete des Unterstützungswesens darin, dass sie die Erhaltung ihrer Arbeitslosen nicht nur in der Theorie, sondern auch in der That über alle anderen Unterstützungsverpflichtungen gestellt hat. Von 1885 bis 1900 wurden insgesamt 158 830 Mk. für Unterstützung Arbeitsloser am Ort ausgegeben. Die Mitgliederzahl hat sich seit 1886 mehr als verdoppelt, von 1600 auf 3399 im Jahre 1900; 84 % <sup>4)</sup> der Collegen gehören der Organisation an, das Verbandsvermögen

<sup>4)</sup> Die Generalcommission kommt durch ihre Berechnungen zu dem weit niedrigeren Procentsatz von 57,73. Wie schon erwähnt, stellt sie die durch die Gewerbezahlung von 1895 ermittelte Zahl der Beschäftigten der Verbandsmitgliederzahl vom letzten Jahre gegenüber. Die auffällig hohe Differenz zwischen beiden Angaben erklärt sich aber hier nicht.

ist auf 98 855,81 Mk., d. h. pro Mitglied 29,08 Mk., gestiegen. Dieser erfreuliche Aufschwung lässt die Hoffnung nicht unberechtigt erscheinen, dass sich die Organisation in den nächsten Jahren zu der Leistungsfähigkeit der neunziger Jahre wieder aufschwingen wird.

Allerdings hat das Jahr 1901 den Handschuhmacherverband vor Aufgaben gestellt, die auf den ersten Blick fast unlösbar erscheinen. Die Launen der amerikanischen Zollpolitik, welche schon im Jahre 1893 die Geschäftsstockung in der deutschen Handschuhindustrie verursachten, haben jetzt eine geradezu erschreckende Arbeitslosigkeit über den Beruf heraufbeschworen. 50 % der Verbandsmitglieder — Kollegen, die durchweg in Exportfirmen beschäftigt sind — müssen die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen, und die bange Ungewissheit, welche zollpolitischen Principien der neue Präsident verfolgen werde, soll den Verband gegen 50 000 Mk. gekostet haben. Angesichts dieser Mehrausgaben haben die Mitglieder ohne Widerrede einer Beitragserhöhung von 15 Pfg. pro Woche zugestimmt.

\*

Die Gewerkschaft der Hutmacher stammt aus dem Jahre 1881. Auch hier finden wir zunächst nicht einen gewerkschaftlichen Centralverband, sondern eine Invaliden- und eine Reiseunterstützungscasse, welche getrennt verwaltet werden, aber in directer Verbindung mit einander stehen. Für die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung scheint von Anfang an Verständnis vorhanden gewesen zu sein — man pflegte arbeitslose Mitglieder durch freiwillige Beiträge zu unterstützen —, doch es bedurfte erst eines Anstosses von aussen her, um die Einführung dieses Unterstützungszweiges zur That werden zu lassen. Diesen Anstoss gaben ausser den Buchdruckern und Handschuhmachern vor allem die organisierten Hutmacher Frankreichs, welche mit der Arbeitslosenunterstützung sehr gute Erfahrungen gemacht hatten. 1883 wurde dieselbe auf einer Generalversammlung der deutschen Hutmacher zwar noch mit Zweidrittelmajorität verworfen, einmal, weil man die Frage noch nicht für spruchreif hielt, dann aber wohl hauptsächlich, weil man mit einer bestehenden Krankencasse sehr unangenehme Erfahrungen gemacht hatte. Der Beitrag wurde von 35 Pfg. auf 30 Pfg. herabgesetzt, was in Anbetracht der geplanten Einführung neuer Unterstützungszweige nicht eben klug genannt werden kann, und für diesmal begnügten sich die Delegierten, die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik zu beschliessen. Dafür wurde der bisher übliche „Vertrinkthaler“, den man zur Feier der Aufnahme neuer Mitglieder „verjubelte“, dem ordnungsmässigen Eintrittsgeld, das der Centralcasse zufluss, hinzugefügt. Im Herbst 1886 wurden die bisher üblichen Hilfeleistungen an arbeitslose Kollegen ihres Wohlthätigkeitscharakters entkleidet und zur statutarisch festgelegten Arbeitslosenversicherung gemacht. Trotz der in Aussicht genommenen Carenzzeit von drei Jahren wurden schon von 1886 bis 1889 von 1162 arbeitslosen Mitgliedern 467, die schon früher dem Verbands angehört hatten, für 1878 Wochen mit 11 871 Mk., d. h. durchschnittlich 6 Mk. die Woche, unterstützt. In den nächsten drei Jahren 1889 bis 1891 wurde die ansehnliche Summe von über 35 000 Mk. zur Unterstützung Arbeitsloser verwandt, und in derselben Zeit wuchs das Vermögen des Verbandes auf fast 50 000 Mk. Dieser Cassenbestand hat sich bis Ende 1894 fast verfünffacht (240 000 Mk.). Die Beiträge zu der apart verwalteten Arbeitslosencasse betragen 20 Pfg. pro Kopf. Dafür wurden wöchentlich 9 Mk., also täglich 1,50 Mk., als Unterstützung an Arbeitslose am Orte geleistet.

---

nur durch die Schwankungen in der Zahl der Beschäftigten, sondern vor allem daraus, dass bei der Gewerbezahlung nach ganz anderen Principien der Berufsabgrenzung verfahren wird, als bei den Gewerkschaftsstatistiken.

Ein ziemlich trübes Bild bietet aber die ausserordentliche Generalversammlung des Jahres 1894. Die Conjunctur ist schlecht, die Gelder reichen zur Erfüllung der eingegangenen Unterstützungsverpflichtungen nicht mehr aus, und da eine Beitragserhöhung auf allgemeinen Widerspruch stösst, wird es notwendig, alle Unterstützungen um 10 % herabzusetzen. Da bedauerlicherweise auch zu gunsten der Arbeitslosenunterstützung keine Ausnahme gemacht wurde, erhielten Arbeitslose von nun an nur noch 8,10 Mk. wöchentlich, und die Gemassregeltenunterstützung musste von 12 Mk. auf 10,80 Mk. herabgesetzt werden. Die Festlegung der Verbandsgelder in einer der Gewerkschaft gehörenden Productivgenossenschaft, der Deutschen Hutfabrik, hemmte schon damals die Bewegungsfreiheit des Verbandes.

Eine sehr klar durchdachte Reform erfuhr das Unterstützungswesen auf der Generalversammlung von 1895. Die Arbeitslosen- und die Reiscasse wurden mit der Verbandscasse verschmolzen, und die Mitglieder wurden nach dem Arbeitsverdienst in drei Classen mit abgestuften Beiträgen und dementsprechend abgestuften Unterstützungseinrichtungen eingeteilt. Der ersten und zweiten Classe gehörten die männlichen, der dritten die weiblichen Mitglieder an. In der ersten Classe wurden nach einer halbjährigen Beitragsleistung an Arbeitslose am Orte und auf der Reise 4,20 Mk. auf 10 Wochen, nach einjähriger Beitragsleistung an Arbeitslose am Orte 8,10 Mk. auf 10 Wochen und an Reisende 70 Pfg. auf 120 Tage gezahlt. In der zweiten Classe betrug die Unterstützung für Reisende und Arbeitslose am Ort nach einem halben Jahre Carenzzeit 4,20 Mk. auf 5 Wochen, nach einem Jahre 4,20 Mk. auf 10 Wochen. In der dritten Classe endlich erhielten Arbeitslose am Orte und auf der Reise 2,10 Mk. nach einem halben Jahre Carenz auf 5, nach einem ganzen Jahre Carenz auf 10 Wochen. Dementsprechend waren das Eintrittsgeld und die Beiträge folgendermassen abgestuft. 1. Classe: Eintrittsgeld 2,25 Mk., Beitrag 45 Pfg.; 2. Classe: Eintrittsgeld 1,25 Mk., Beitrag 25 Pfg.; 3. Classe: Eintrittsgeld 0,50 Mk., Beitrag 15 Pfg. Strikende und Gemassregelte der ersten und zweiten Classe empfangen wöchentlich 9 Mk., für jedes volksschulpflichtige Kind 1 Mk. Zulage, weiblichen Strikenden wurden 5 Mk. Unterstützung zu teil.

Die nächsten Jahre brachten der Organisation schwere Verluste und fast unerfüllbare Pflichten. Die schon erwähnte Deutsche Hutfabrik, welche von dem Verbandszwecke der Versorgung gemassregelter Mitglieder gegründet worden, musste nach langem, verzweifelm Ringen und fast unerschwinglichen Opfern liquidieren. Der gänzliche Misserfolg des Unternehmens vernichtete mit einem Schlage die jahrelange mühsame Organisationsarbeit der Hutmacher und verminderte das Vermögen des Verbandes bis auf 11 801,77 Mk. Trotzdem musste der Verband in derselben Zeit einen langwierigen Strike von Mai bis October 1896 aushalten, in dessen Verlauf 842 Mitglieder und 608 Kinder mit 58 297 Mk. zu unterstützen waren. Dazu kamen noch von 1895 bis Ende 1897 4934 Arbeitslose und Gemassregelte, die zusammen auf 56 Jahre und 4 Monate von dem Verbandszwecke über Wasser gehalten wurden. Die meisten Arbeitslosen gehörten dabei noch der ersten Classe an. Durch diese traurige Sachlage sah sich die Verbandsleitung genötigt, zur Deckung der Kosten des Strikes und der Gemassregeltenunterstützung von jedem Mitglied einen Zuschuss von 5,20 Mk. zu erheben. Es ist geradezu bewundernswert, dass weder die trüben Erfahrungen, noch die kolossalen Anforderungen an den Opfermut der Collegen das Vertrauen derselben auf die Organisation erschüttern konnten. Bei aller Hochachtung vor dem grossen Idealismus der Hutmacher muss aber doch hervorgehoben werden, dass nicht zum mindesten die Bindekraft der wohlorganisierten Unterstützungseinrichtungen die Mitglieder so innig mit dem Verbandszwecke verknüpfte.

Es war nur selbstverständlich, dass der nächstfolgende Verbandstag die



Leistungen der Casse noch mehr einschränken musste. Die Unterstützungen nach einer halbjährigen Carenzeit kamen nun ganz in Wegfall; ausserdem mussten die weiblichen Mitglieder auf eine reguläre Arbeitslosenunterstützung verzichten und waren statt dessen auf eine freiwillige Hilfeleistung in Notfällen angewiesen. Dafür wurde aber auch der Beitrag zur dritten Classe um 5 Pfg. erniedrigt, während er für die zweite Classe um 5 Pfg. erhöht wurde. Um den Verband in Aussicht auf künftige Strikes kampfesfähig zu erhalten, beschloss man, 15 % der Einnahmen als einen besonderen Strikefonds festzulegen und diesen ausserdem durch freiwillige Beiträge von 10 Pfg. wöchentlich zu verstärken. Auch sollte von nun an die Strikeunterstützung erst nach 26wöchentlicher Beitragsleistung gewährt werden und dann für männliche Mitglieder 10 Mk. nebst einem Zuschuss von 1 Mk. für jedes volksschulpflichtige Kind, für weibliche Mitglieder 6 Mk. wöchentlich betragen. Noch weitere Sicherheitsmassregeln gegen unüberlegte Strikes wurden auf der letzten Generalversammlung 1901 getroffen. Die dort vorgenommene Wiedererhöhung der Unterstützungsleistungen zeugt übrigens von einem erfreulichen Aufschwung des Verbandes. Obgleich 10 000 Mk. der durch den Concurs der Deutschen Hutfabrik schwer geschädigten Invalidencasse zugewiesen wurden, hatte der Verein 1901 ein Vermögen von 65 225,63 Mk., pro Kopf 24,77 Mk. Die Dauer der Bezugsberechtigung wurde sowohl für die Reise-, als auch für die Arbeitslosenunterstützung verlängert und zwar für Reisende in der ersten Beitragsklasse von 120 auf 156, in der zweiten von 60 auf 78 Tage, für Arbeitslose am Orte in beiden männlichen Beitragsklassen von 10 auf 13 Wochen. Mit dieser Mehrleistung ging eine Herabsetzung des Eintrittsgeldes der ersten Classe von 2,25 Mk. auf 1,25 Mk. Hand in Hand. Die Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung für die Beitragsklasse der weiblichen Mitglieder hatte sich als durchaus verfehlt erwiesen. Die organisierten Colleginnen verloren das Interesse am Verband, und die Agitation unter den indifferenten Arbeiterinnen entbehrte der materiellen Zugkraft. Daher wurde der Beitrag für die dritte Classe wieder von 10 auf 15 Pfg. heraufgesetzt und dafür 4 Mk. Arbeitslosenunterstützung auf 5 Wochen geboten. Gemassregelte können von nun an bis zu 18 Mk. wöchentlich erhalten. Eine weitere Differenzierung des Unterstützungswesens dürfte wohl in den nächsten Jahren in der Form vorgenommen werden, dass neben den scalisierten Beitragsklassen auch noch nach dem Vorbild der Buchdrucker und Handschuhmacher verschiedene Classen nach der Dauer der Verbandszugehörigkeit eingerichtet werden. Die Tendenz zu einem derartigen Ausbau nahm ja schon in den Beschlüssen des Jahres 1895 (Abstufung der Unterstützung nach einer halb- und einer ganzjährigen Beitragsleistung) greifbare Gestalt an. Verworfen wurde ein Antrag, die Arbeitslosencasse, wie vor 1895, wieder von dem Verbandsverbande getrennt zu verwalten, weil eine reine Kampforganisation ohne das Fundament der Arbeitslosenunterstützung als ein gefährliches Experiment erschien.

Heute hat der Verband der Hutmacher eine Mitgliederzahl von 2633 aufzuweisen, das bedeutet seit 1889 eine Zunahme um 42 %. Für 1900 giebt die Generalcommission 21,18 % der Berufscollegen als gewerkschaftlich organisiert an. Lässt man die Ungelernten und die weiblichen Hilfsarbeiter ausser acht, so dürfte sich der Procentsatz der organisierten gelernten Hutmacher bei Zugrundelegung der jetzigen Zahl der Beschäftigten auf etwa 95 belaufen. Seit 1886 hat der Verband an mehr denn 7000 Arbeitslose 251 055 Mk. Unterstützung verausgabt.

\*

Die Gruppe der Gewerkschaften, welche als Pioniere der Arbeitslosenunterstützung bezeichnet werden können, wird durch die Kupferschmiede abgeschlossen. Der Unterstützungsverein der deutschen Kupferschmiede hatte

seit 1886, d. h. von Anfang an den Zweck, die Collegen auf der Reise und bei Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Die Reiseunterstützung trat sogleich, die Arbeitslosenunterstützung nach einjähriger Fondssammlung in Kraft. Da die Zugehörigkeit zur Arbeitslosenversicherungscasse eine facultative war, enthielten sich von 44 Zahlstellen 33 der Beitragsleistung für dieselbe, während die Reiseunterstützungscasse einen so grossen Andrang zu verzeichnen hatte, dass es notwendig wurde, die Leistungen auf die Hälfte zu reducieren. In einem Jahre, 1887—1888, kamen an Reisende 7557 Mk., an Arbeitslose am Orte nur 1976 Mk. zur Verteilung. Statutarisch festgelegt wurden die Unterstützungssätze und die Beitragsleistungen im Jahre 1888. Man einigte sich auf einen Beitrag von 20 Pfg. — 15 Pfg. für die Reiseunterstützungscasse und 5 Pfg. für die Arbeitslosenunterstützungscasse — und ein Eintrittsgeld von 15 Mk. Wiedereintretende hatten nur 6 Mk. Aufnahmegebühr zu entrichten, dafür aber die rückständigen Beiträge nachzuzahlen und trotzdem die für Neueintretende gültige Carenzeit von 13 Wochen vor Bezug der Reiseunterstützung durchzumachen. Der niedrige Beitrag steht in einem unangenehmen Missverhältnis zu dem fast zünftisch hohen Eintrittsgeld. Diesen Uebelstand scheinen auch die weitsichtigeren Verbandsmitglieder von Anfang an schwer empfunden zu haben, denn auf jeder der nachfolgenden Generalversammlungen wurden unzählige Anträge auf Herabsetzung des Einschreibegeldes und angemessene Erhöhung der Beiträge gestellt. Man beschloss, die Reiseunterstützung von 2 auf 3 Pfg. pro Kilometer zu erhöhen und für Arbeitslose am Orte nach einem Jahre Beitragsleistung und nach 14 Tagen der Arbeitslosigkeit täglich 1 Mk. bis zu 13 Wochen zu gewähren. Nur bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit wurde eine reguläre Arbeitslosenunterstützung gewährt, und es war daher geboten, die wegen Aufrechthaltung des Tarifs gemassregelten Collegen in eine besondere Unterstützungscasse einzureihen. Sie erhielten ohne Carenzeit täglich 1,50 Mk. auf 10 Wochen à 7 Tage und im Falle der Abreise ein einmal auszahlendes Reisegeld.

Einen gewaltigen Schritt nach vorwärts machte die Organisation durch die Beschlüsse des Jahres 1892. Die zünftischen Eierschalen wurden abgeschüttelt, die facultativen Einzelcassen wurden zu einem gewerkschaftlichen Centralverband vereinigt, das Eintrittsgeld erfuhr eine Ermässigung auf 10 Mk., und der Beitrag wurde auf 25 Pfg. erhöht. Statt 7 Mk. wurden 7,50 Mk. pro Woche als Arbeitslosenunterstützung vorgesehen, doch wurde die Durchführung dieser Erhöhung, wie es scheint, von den jeweiligen Cassenverhältnissen abhängig gemacht. Die Errichtung eines centralistischen Arbeitsnachweises zum Zweck der besseren Controle über die Arbeitslosen wurde im Princip beschlossen. Mit einem Vermögen von 16 301,83 Mk. (14 695,04 Mk. Bestand der aufgelösten Reiscasse, 1606,79 Mk. Bestand der eingegangenen Arbeitslosenunterstützungscasse) begann der neugeschaffene Centralverband seine Thätigkeit. Eine weitere Herabsetzung des Eintrittsgeldes auf 5 Mk. und die Einführung von Saisonbeiträgen — im Winter 25, im Sommer 30 Pfg. — brachte der Verbandstag 1895. Für die Reiseunterstützungsempfänger wurde die Wartezeit auf ein halbes Jahr verlängert, dafür gewährte der Verband ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft an hohen Feiertagen, z. B. am 1. Mai, allen Arbeitslosen eine Festgabe von 2 Mk. Im Verlaufe des folgenden Jahres trat die verhältnismässig hohe Zahl von 749 Mitgliedern dem Verbande bei, was vom Centralvorstand mit vollem Recht der Herabsetzung des Eintrittsgeldes zugeschrieben wird. Im Rechenschaftsbericht äussert derselbe: „Damit ist erwiesen, dass nicht die hohen Eintrittsgelder, sondern die vermehrten Beiträge die Stabilität des Vereins und seine Cassenverhältnisse fördern.“

In diesem Sinne entschied auch die Generalversammlung 1898. Trotz des beliebten und kritiklos nachgesprochenen Einwandes, dass eine Beitrags-

erhöhung die Organisation ins Hirsch-Dunckersche Lager hinüberführe, wurde der Wochenbeitrag für das ganze Jahr auf 30 Pfg. festgesetzt. Mit übergrosser Majorität wurde auch ein Antrag abgelehnt, welcher denjenigen Mitgliedern, die innerhalb von 5 Jahren keine Unterstützung erhalten hatten, eine Beitragsermässigung zu teil werden lassen wollte. Damit hat der Verband documentiert, dass eine Gewerkschaft keine Versicherungsanstalt, sondern eine Organisation zur Unterstützung der Opfer unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und unseres socialen Kampfes ist. Ebensowenig konnten sich die Delegierten dazu verstehen, den Wiedereintretenden das Nachbezahlen der rückständigen Beiträge zu erlassen. Etwas rigoros muss uns dagegen die Bestimmung erscheinen, welche für den Fall, dass das Eintrittsgeld nicht innerhalb dreier Monate voll eingezahlt ist, die bis dahin geleisteten Ratenzahlungen der Filialcasse als verfallen zuweist. Die Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf Kranke, d. h. ihre teilweise Umwandlung in einen Krankenzuschuss, fand keinen Anklang, auch erschien eine Erhöhung derselben nicht thunlich. Die Strikeunterstützung sollte erst am fünfzehnten Tage nach der Arbeitsniederlegung in Kraft treten und dann 12 Mk. wöchentlich auf 10 Wochen betragen. Die obligatorische Einführung der Sterbecasse machte eine Beitragserhöhung um 5 Pfg. notwendig, und die anerkennenswerte Erhöhung der Unterstützungen, welche dieses Jahr erfolgte, wurde durch die definitive Festsetzung eines Wochenbeitrags von 40 Pfg. ermöglicht. Jetzt haben auch die Kupferschmiede die Unterstützungsleistungen nach der Dauer der Mitgliedschaft in drei Classen eingeteilt. Nach einem Jahre giebt es 6 Mk., nach 2 Jahren 7,50 Mk. und nach 5 Jahren Beitragsleistung 9 Mk. pro Woche. Statt 3 Pfg. werden nun den reisenden Collegen 4 Pfg. pro Kilometer gewährt, und die Einschränkung der Unterstützungsdauer für Strikende auf 10 Wochen ist erfreulicherweise gefallen, da sie sich als praktisch undurchführbar erwies; auch erhalten Strikende jetzt vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an Unterstützung. Das Eintrittsgeld, welches, wie erinnerlich sein dürfte, anfangs die für einen Arbeiter fast unerschwingliche Summe von 15 Mk. betrug, ist jetzt auf 3 Mk. festgesetzt.

Durch alle diese Reformen hat diese Berufsvereinigung bewiesen, wie sich eine Organisation aus engen zünftischen Schranken heraus allmählich zu einem gewerkschaftlichen Centralverband emporentwickelt, der den Forderungen unserer Zeit entspricht.

Bei 3462 Mitgliedern verfügen die Kupferschmiede über das ansehnliche Vermögen von 96 961 Mk. (28 Mk. pro Kopf). Seit 1886 hat sich die Mitgliederzahl um 202 % vermehrt. Hilfsarbeiter und weibliche Arbeiter mit eingerechnet, waren im Jahre 1900 48 %<sup>5)</sup> der Kupferschmiede organisiert. Die Gesamtausgaben für Arbeitslosenunterstützung betragen von 1887 bis 1900 103 727 Mk. (bis 1895 sind die Ausgaben für Strikende und Gemassregelte der Arbeitslosenunterstützung zugezählt); die Zahl der Unterstützten schwankte zwischen 190 und 250 pro Jahr.

Der Entwicklung der Arbeitslosenunterstützung in diesen vier Gewerkschaftsverbänden wurde deswegen eine so eingehende Besprechung zu teil, weil sie bahnbrechend für eine grosse Zahl anderer deutscher Berufsorganisationen war. Wer diese Arbeiter beim unverzagten, sicheren Aufbau ihres Unterstützungswesens beobachtet, wer ihre Kämpfe und Misserfolge mit ihnen durchringt, wer sie nach so manchen unerwarteten Schicksalsschlägen immer wieder ihre ganzen Kräfte zusammenraffen sieht, der kann nicht an der abgebrauchten Redensart festhalten, dass die Arbeitslosenunterstützung ein conservatives Element in der vorwärtstrebenden Gewerkschaftsbewegung sei. Nicht erstarrte, althergebrachte Formen und Traditionen sind die Unter-

<sup>5)</sup> Die Generalcommission giebt in ihrer schon erwähnten Statistik 56,92 % an.

stützungseinrichtungen dieser Verbände; sie wurden stets, wenn auch unter noch so schweren Kämpfen, der allgemeinen Entwicklung und den besondern Verhältnissen der einzelnen Berufe angepasst, und sie werden auch in Zukunft nach den gegebenen Bedürfnissen umgeändert und verbessert werden.

[Fortsetzung im nächsten Hefte.]

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben.

#### Politik.

Die Aussichten des Zolltarifs werden von Woche zu Woche ungünstiger, namentlich da sich herausstellt, dass die schutzzöllnerischen Parteien bis jetzt keine Vereinbarung zustande brachten, zu der sich eine Majorität und die Regierung bekennen würden. In der Zolltarifcommission sind es vielmehr gegenwärtig gerade die schutzzöllnerischen Heissporne, die durch ihr Auftreten sogar die Regierung in das Lager der Opposition drängen. Die Ratlosigkeit und Schwäche der Regierung gegenüber den extremen Ansprüchen der Agrarier entbehrt nicht des komischen Beigeschmacks. Um sich das Wohlwollen der agrarischen Parteien zu sichern, hat der Reichskanzler sich bewegen lassen, Minimalpositionen in den Zolltarif einzustellen. Aber sein für das deutsche Wirtschaftsleben gefährliches Entgegenkommen gegen die Agrarier hat ihm nur Spott und Hohn gerade in den Kreisen eingetragen, für die er zu arbeiten gedachte. Es nützt nichts mehr, wenn jetzt Graf Bülow den Agrariern ein Ultimatum stellt, als welches seine Rede beim Festessen des Landwirtschaftsrats aufgefasst wird. Der Bund der Landwirte, dessen Generalversammlung am 10. Februar im Circus Busch stattgefunden hat, erklärt ihm nachdrücklichst, dass die Zolltarifvorlage der verbündeten Regierungen für die deutsche Landwirtschaft nicht annehmbar sei und dass ihre schlanke Ablehnung zu erfolgen habe, falls nicht höhere Zollsätze für landwirtschaftliche Erzeugnisse concediert würden. Der Reichskanzler muss es sich sogar vom Abgeordneten Dr. Hahn gefallen lassen, dass er ihn nicht nur mit dem bei den Agrariern verhassten Kanzler ohne Ar und Halm in Parallele stellt, sondern ihn mit diesem direct verwechselt. Nach dieser Generalversammlung des Bundes der Landwirte ist es nicht so leicht anzunehmen, dass die strammen Agrarier einschwenken und sich zu den Sätzen der Regierungsvorlage bekehren werden.

Durch die Publication eines Geheimerrlasses des Staatssecretairs des Reichsmarineamtes im Vorwärts wurde bekannt, dass der Staatssecretair von Tirpitz bei der Begründung der letzten Flottenvorlage dem Reichstage wesentliche Angaben über die Höhe der Kosten verschwiegen hatte, obwohl diese schon bei der Einbringung der Vorlage hätten in Ansatz gebracht werden müssen. Der betreffende Passus des Erlasses lautet nämlich wie folgt: „Eine parallel laufende planmässige Steigerung der Indienhaltungen, im besonderen der möglichst beschleunigte organisatorische Aufbau der Schlachtflotte musste in den Berechnungen vorläufig ausser acht gelassen werden, da eine dem anwachsenden Schiffsbestand entsprechende Steigerung der Indienhaltungen für die Jahre 1905 bis 1910 so hohe Bedarfszahlen für die fortdauernden Ausgaben ergeben hätte, dass die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolgedessen aufs äusserste gefährdet worden wäre.“ Dieser Passus kann gar nicht missverstanden werden. Es ist klipp und klar darin gesagt: der Reichstag hätte voraussichtlich die Flottenvorlage nicht angenommen, wenn alle aus dem Flottengesetz resultierenden Ausgaben ihm von vornherein vorgerechnet worden wären. Trotz dieses klaren Inhaltes haben sich nun sowohl der Staatssecretair von Tirpitz als auch die Wortführer sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Freisinnigen Volkspartei und der Socialdemokratie die erdenklichste Mühe gegeben, den klaren Sinn des oben citierten Passus durch alle möglichen Verdrehungen und Abschweifungen unkenntlich zu machen. In dem Ekel, der den Abgeordneten Richter über diese Vertuschungen des klaren Sachverhalts erfasste, fragte er den Reichstag, ob es sich denn bei der ganzen Angelegenheit überhaupt um eine Parteifrage handle. Er verneinte das und meinte, es handle sich vielmehr um eine Frage der parlamentarischen Controle. Man könnte noch weiter gehen und behaupten, dass es sich um eine einfache Frage der Ehrlichkeit handelte. Wir bestreiten im politischen Leben gewiss

niemand das Recht, sich aus einer unangenehmen Situation herauszureden, so gut er es vermag. Die moralischen Begriffe sind in der politischen Arena ebenso fadenscheiniger Natur, wie im geschäftlichen Leben. Aber wenn eine Sache so offenkundig liegt, wie hier und man trotzdem noch vor der Öffentlichkeit den Mut hat abzustreiten, dass weiss weiss und schwarz schwarz ist, dann ist die politische Moral auf einem Niveau angekommen, demgegenüber die viel verlästerte Geschäftsmoral geradezu eine Tugend ist. Und dass die Centrapartei, der besondere Anwalt von Frömmigkeit und christlicher Ethik, bei dem Vertuschungsspiel sich ganz besonders hervorgethan hat, das ist um so charakteristischer für die innere Unwahrhaftigkeit einer Partei, deren gesamte Presse angesichts der Publication des Tirpitzschen Erlasses zuerst völlig unter dem Eindruck gestanden hatte, dass in der That der Reichstag getäuscht worden sei. Mit der Verteidigung des Geheimnisses des Staatssecretairs des Reichsmarineamtes hat sich die Centrapartei einen Streich geleistet, der ihr bei den nächsten Wahlen teuer zu stehen kommen wird, um so mehr, als ihr Redner, der Abgeordnete Müller-Fulda, der Regierung noch gute Ratschläge gab, wie sie es anzustellen habe, um Marinevorlagen vorzubereiten, ohne dabei die Öffentlichkeit zu alarmieren. Der Abgeordnete Müller-Fulda sagte nämlich, was wir hier noch festnageln wollen, wörtlich: „Ich glaube, es war gerade jetzt ein sehr wenig geeigneter Moment, dass man jetzt, wo wir uns in einer wahren Finanzcalamität befinden, wo wir ein grosses Deficit haben, wo wir mit Mindereinnahmen bei der Post und anderen Ressorts rechnen müssen und auf der andern Seite die notwendigen Ausgaben nicht vermindern können, mit neuen Auslandskreuzern kommt, mit einer Angelegenheit, die zwar erst in drei bis vier Jahren praktisch werden soll. Ich meine, wenn davon überhaupt später einmal die Rede sein soll, sollte man es so lange als möglich hinausschieben und auch nicht Jahre vorher schon sagen: In so und soviel Jahren kommt ein Auslandsflottengesetz! Das schafft doch nur noch mehr Schwierigkeiten, wenn man so lange im voraus schon solche Sachen ankündigt, die vielleicht niemals ihre Verwirklichung finden. Ich glaube deshalb damit schliessen zu sollen, dass wir uns dagegen wehren, dass im Jahre 1902 bereits eine Forderung für Auslandschiffe für das Jahr 1905 angekündigt wird.“ Wir glauben, dass es dem Centrum sehr unangenehm ist, dass im nächsten Wahlkampf eine Flottenvorlage

schon mit in Rechnung gezogen werden muss. Für die Centrapolitik wäre es allerdings weit passender gewesen, wenn eine solche Vorlage erst nach den Wahlen am politischen Horizont aufgetaucht wäre

Zwischen Venezuela und Deutschland spielt seit einiger Zeit ein Conflict, der von der chauvinistischen Presse übermässig aufgebauscht wird. Deutschland hat Forderungen an Venezuela, und der Präsident Castro weigert sich nicht nur, diese zu bezahlen, er hat auch den Verkehr auf der mit deutschem Gelde gebauten und von Deutschen betriebenen Eisenbahn einstellen lassen. Welche Gründe die deutsche Regierung nun veranlasst haben, gerade gegenwärtig, wo das ganze venezolanische Land sich im Zustand der Revolte befindet, dem Präsidenten Castro die Pistole auf die Brust zu setzen, während in anderen Fällen die Regierung für die Rechte der deutschen Gläubiger sich nicht engagiert, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Genug, Deutschland hat vier grosse Kriegsschiffe entsandt, und es wurde sogar schon von einer Blockade der Hafen von La Guayana und Maracaibo gesprochen. An dem ganzen Conflict ist bis jetzt eine Zwischenepisode viel interessanter, als die angekündigte Action gegen Venezuela. Die deutsche Regierung hat sich nämlich erst von der Regierung der Vereinigten Staaten quasi die Erlaubnis geholt, gegen den süd-amerikanischen Staat vorgehen zu dürfen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist über die Art, wie Deutschland von Venezuela Genugthuung verlangen wolle, rechtzeitig und befriedigend unterrichtet worden. Es sollen auch die Erklärungen des deutschen Botschafters in Washington in durchaus zufriedenstellender Weise aufgenommen worden sein. So sagt wenigstens die deutsche officiöse Presse. Da steht nichts davon, dass dem deutschen Gesandten erklärt worden sei, dass die Vereinigten Staaten nicht günstig auf die Bemühungen europäischer Mächte sähen, von kleineren amerikanischen Staatswesen auf dem Wege der Gewalt Schulden einzuziehen. Und noch merkwürdiger! Nach den ersten lauten Drohungen gegen Venezuela in der officiösen Presse ist es auf einmal so still geworden, und man deutet an, dass die Vereinigten Staaten es vermocht hätten, Deutschland von seinem Vorhaben abzubringen. Es wäre äusserst lehrreich für die Charakterisierung unserer auswärtigen Politik, zu erfahren, ob der Verlauf der Dinge so, wie geschildert, vor sich gegangen ist. Dann hätte nicht nur die americansche Regierung von Deutschland eine billige An-

erkenntnis ihrer Monroedoctrin, sondern Deutschland hätte ausserdem eine diplomatische Schlappe erhalten. Beides war nicht vonnöten und wäre vermieden worden, wenn nicht die deutsche Regierung mit einem Male so grosses Interesse für die Ansprüche der deutschen Gläubiger in Venezuela gezeigt hätte.

*Richard Calwer.*

### Wirtschaft.

Das Reich und Preussen haben ihre Anleihen 60fach überzeichnet gesehen. Am 4. Februar hat die Oesterreichisch-Ungarische Bank ihren Discout von 4 auf  $3\frac{1}{2}\%$  herabgesetzt. Die englische Bank folgte, indem sie am 6. Februar ihren Minimalatz von  $3\frac{1}{2}\%$  auf  $3\%$  reducierte. Die Deutsche Reichsbank hat durch die Einzahlung der heimischen Anleihen einen stärkeren Geldzufluss wie sonst zu erwarten; man rechnet darum auch hier mit einer weiteren Discoutermässigung, nachdem seit dem 18. Januar der Zinsfuss  $3\frac{1}{2}\%$  beträgt. So sind die Banken, deren Disconterhöhungen während der fetten Jahre so getreulich die Kraftanstrengungen der Industrie und des Handels widerspiegeln, ziemlich rasch wieder auf die unterste Stufe des Zinsfusses hinabgeglitten.

Staat und Commune nutzen diesen „Geldüberfluss“ für ihre Zwecke aus. Dem Reiche und Preussen ist Bayern mit einer Anleihe gefolgt, der Bremer Senat hat die Emission von 30 Millionen Mark beschlossen; Hamburg kündigt einen Bedarf von 50 bis 55 Millionen an. Die Städteanleihen mehren sich an der Berliner Börse zusehends. Auch das Ausland soll in stärkerer Masse als Anlagefeld für das deutsche Leihcapital aufgeschlossen werden. Die Deutsche Bank soll in Wien Verhandlungen über die Wiener Stadtanleihe pflegen. „Ausserdem schwirren die vielfältigsten Gerüchte über andere ausländische Emissionen unter Beteiligung deutscher Banken durch die Luft, und die Speculation entwickelt einen leidenschaftlichen Eifer, um solche Geschäfte in den Curven der leitenden Berliner Emissionsbanken zum Ausdruck zu bringen. Vorläufig bietet sich noch recht reichliches Material in soliden Papieren dieser Art den Banken dar; die Befürchtung ist aber nicht grundlos, dass dieselben allmählich, wenn der Geldüberfluss und die Neigung der Capitalisten andauert, einen höheren Zinsgenuss selbst auf Kosten einer geringeren inneren Sicherheit sich zu sichern, daraufhin, sowie durch Hoffnungen auf besseren Vermittlungsverdienst sich wieder, wie fast immer in ähnlichen Perioden,

in Geschäfte hineindrängen lassen könnten, die ein mehr oder weniger grosses capitalistisches Risiko für die Uebernahmehanken wie auch für deren Abnehmer in sich schliessen“ (Vossische Zeitung). Die Hauptleidtragenden werden allerdings zweifellos die „Abnehmer“ sein, wie sie auch nach 1890 ihre exotischen Werte zusammenschmelzen sahen, während so manche Bank in majestätischem Prachtbau sich ein „Denkmal für gefallene Portugiesen“ errichten konnte.

Auch der Jahresbericht der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin ist erschienen. Ueber die allgemeine Lage im Jahre 1901 äussert er sich wie folgt: „Eine reichlich fünfjährige, überaus lebhaft und glänzende Aufwärtsbewegung in fast allen Zweigen der Industrie und des Handels unseres Vaterlandes war um die Mitte des Jahres 1900 zum Stillstand gekommen und allmählich in die absteigende Richtung übergegangen. In dieser hat der Gang der Geschäfte in dem jetzt unserer Berichterstattung unterliegenden Jahre 1901 durchweg verharrt, sodass dasselbe von allen Geschäftszweigen mit verschwindenden Ausnahmen eine ungünstige Beurteilung erfährt. Freilich mag dies Urteil hier und da wohl zu sehr durch den Gegensatz der ausnehmend guten vorhergegangenen Zeiten beeinflusst sein, welche man füglich nicht als Norm und Massstab ansehen darf.“ Charakteristisch ist hierbei weiter die starke Betonung der Bedeutung des inneren Marktes. Die Hochconjunctur habe „ihre stärksten Wurzeln im deutschen Wirtschaftsgebiete selbst“ gehabt; „ebenso vollzog sich nun auch der Rückgang wesentlich durch eine allgemeine Einschränkung der Umsätze auf dem inneren deutschen Markte, während die Ausfuhr sogar noch gesteigert werden konnte. . . Die Zunahme der Ausfuhr erklärt sich nicht so sehr aus günstiger Lage der ausländischen Märkte, als aus dem Stocken des inländischen Absatzes, welches zu äussersten Anstrengungen zwang, um für den daheim nicht mehr unterzubringenden Teil der Production Abnehmer im Auslande zu finden. Dergestalt erzwungene Exportgeschäfte liessen natürlich häufig wenig Gewinn oder brachten gar Verluste, die man auf sich nahm, um den inländischen Markt zu entlasten und einer weitergehenden Productionseinschränkung vorzubeugen. . . Die Kaufkraft der in Industrie und Handel thätigen Bevölkerung war allgemein stark zurückgegangen. Zum Unglück kam auch in weiten Teilen des Landes eine

Schwächung der Kaufkraft bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung hinzu, die wegen des Erfrierens der Saaten grosse Verluste an Saatgut sowie an aufgewandter Arbeit erlitten hatte und meist nur unbefriedigende Ernten einbrachte.“

Die hier erwähnte **Forcierung der Ausfuhr** ist durch die unterdes veröffentlichte amtliche Statistik des deutschen Aussenhandels im allgemeinen bestätigt worden, wenn auch gegen 1900, das bereits ein Jahr der Krise und der Ausfuhrsteigerung war, kein Fortschritt, sondern sogar ein geringer Abfall zu bemerken ist. Deutschland exportierte nämlich, die Gewichtsmengen zu Grunde gelegt:

1898	300 943 183	Doppelcentner
1899	304 032 263	„
1900	326 817 468	„
1901	323 634 945	„

Geht man in die Einzelheiten der Ziffern ein, so zeigt sich allerdings eine starke Ungleichheit betreffs der einzelnen Productionszweige. Die Zunahme der Ausfuhr ist vor allem bezeichnend für das Eisengewerbe. Deutschland stiess 1901 nicht weniger wie 2 347 241 t Eisen- und Eisenwaren nach dem Ausland ab gegen 1 548 558 t im Jahre 1900 und 1 509 887 t im Jahre 1899, sodass eine Zunahme der Eisenausfuhr um nahezu 800 000 t oder 51 % erzielt worden ist. Selbst nach England sind beträchtliche Mengen abgeflossen (464 306 t gegen 141 830 t im Jahre 1900). Die Zunahme der Ausfuhr erstreckt sich auf alle Arten von Eisen, besonders aber Bruch Eisen, Stabeisen, Luppeneisen, Platten und Blechen. Die Schienenausfuhr ist von 155 656 auf 180 978 t gestiegen; daran sind die Niederlande mit 35 407 (21 942), England mit 28 475 (23 994) und Niederl. Indien mit 23 646 (20 189) t beteiligt. Der Wert der gesamten Eiseneinfuhr ist auf 78,3 (1900 137,4), der der gesamten Eisenausfuhr auf 606,8 (479,6) Millionen Mark angegeben, allerdings sind die Ergebnisse nur als „vorläufige“ zu betrachten. — Ebenso ist der Ueberschuss der Kohlenausfuhr über die Einfuhr von 64,7 Millionen Mark im Jahre 1900 auf 82,0 Millionen Mark angeschwollen.

Dafür zeigt sonst die Industrie recht häufig niedrigere Ausfuhrziffern. Die Ausfuhr fertiger Textilwaren erfuhr einen Rückgang: bei den Baumwollenwaren um etwa 18 Millionen, bei den Wollwaren um 4 Millionen, bei den halbseidenen Waren um 8 Millionen Mark. Ferner beträgt der Rückgang: bei Glas und Glaswaren 70 727

Doppelcentner, bei Thonwaren 646 423, bei Papier- und Pappwaren 293 751, bei Leinwand und Leinwaren 20 963, bei Kleidern und Wäsche 5872, bei Seife und Parfümerieen 1729, bei Stroh- und Bastwaren 3285 Doppelcentner. Kurzwaren und Quincallerieen hatten eine kleine Zunahme der Ausfuhr um 2213 Doppelcentner.

Es verlohnt sich, auch auf die Preisbewegung der Haupthandelswaren im Jahre 1901 nochmals zurückzukommen, da nunmehr die Sauerbeck'schen Indexziffern abschliessend vorliegen. Diese gehen bekanntlich, unter Berücksichtigung von 45 als typisch betrachteten Waren, vom Durchschnittspreis der elf Jahre 1867-1877 (=100) aus. Es ergeben sich dann seit 1891 folgende Verhältniszahlen:

1891	. . . . . 72	1897	. . . . . 62
1892	. . . . . 68	1898	. . . . . 64
1893	. . . . . 68	1899	. . . . . 68
1894	. . . . . 63	1900	. . . . . 75
1895	. . . . . 62	1901	. . . . . 70
1896	. . . . . 61		

Danach stellten sich 1901 die Preise der Hauptwaren durchschnittlich 7% niedriger als im Vorjahre und 30% niedriger als in der Normalperiode von 1867 bis 1877. Die Durchschnittsindexzahl für die zehn Jahre von 1891 bis 1900 berechnet sich auf 66, demnach waren die Waren im Jahre 1901 um 6% teurer als im vorhergehenden Jahrzehnt. — Der Rückgang in den Preisen dem Vorjahre gegenüber wurde hauptsächlich durch die Verbilligung von Erzeugnissen der Mineralien- und Textilindustrie, sowie von Zucker, Kaffee und Thee herbeigeführt. Für Getreide, Fleisch und die Gruppe verschiedene Materialien sind die Preise ungefähr gleich geblieben, da ein geringer Rückgang bei Weizen, Reis, Rind- und Hammelfleisch durch Steigerungen bei Mais, Hafer, Schweinefleisch und Butter ausgeglichen wurde. — Nach Monaten gegliedert zeigt sich folgendes Bild: Im Januar 1901 stellte sich die Indexzahl auf 72,2, sie ging bis zum Juli zurück, wo sie 69,5 erreichte, hob sich im August auf 69,8, um dann allmählich weiter zu sinken bis auf 68,4 im December. Dem letzten Monat von 1900 mit 73,4 gegenüber hat also im Jahre 1901 ein fast stetiger Rückgang um 7% stattgefunden: dabei stellen sich Nahrungsmittel um 4½%, andere Waren um 8½% niedriger als vor einem Jahre.

Die Börse hat im verflossenen Berichtmonat weiter die Empfindlichkeit gezeigt, die ihr in Perioden matten Geschäftsganges

und für die er deshalb schadenersatzpflichtig sei, und zwar aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Damals wurde schon vorgeschlagen, den Gesetzesspiess bei erster bester Gelegenheit gegen die Unternehmer umzukehren.

Diese prachtvolle Gelegenheit bot sich in der bekannten Hamburger Werftarbeiterausperrung. Die massgebenden Factoren in der Metallarbeiterorganisation pflogen eingehende Verhandlungen mit namhaften Juristen und Männern der Praxis, und das Resultat dieser monatelangen Beratungen war schliesslich, dass elf der im vorigen Sommer ausgesperrten Werftarbeiter, die bei der Hamburg-America-Linie oder auf der Werft von Blohm & Voss in Arbeit gestanden hatten, durch den Rechtsanwalt Dr. von Oldershausen gegen die eben genannten beiden Firmen eine Schadenersatzklage in Höhe von 3202,40 Mk. anstregten. Es wurde ebenfalls beantragt, die beiden Beklagten solidarisch zur Zahlung des Schadenersatzes zu verurteilen. Wäre dieser Process — woran sehr hervorragende Juristen nicht zweifelten — gewonnen worden, so hätten auch die übrigen damals ausgesperrten Werftarbeiter eine gleiche Klage gegen die respectiven Unternehmer angestrengt, und dann hätte das Klageobject sich auf mehrere Millionen belaufen. In dem am 3. Januar abgehaltenen Termin sind aber die Kläger abgewiesen worden. Nun wird sich das Reichsgericht mit dieser Angelegenheit zu befassen haben, und man darf auf den Ausgang der Sache gespannt sein.

Auch mit den schwarzen Listen der Unternehmer wird sich nunmehr das Reichsgericht zu befassen haben, nachdem in der bekannten Angelegenheit der früheren Arbeiter der Düsseldorfer Emaillierfirma Wortmann & Elbers das Landgericht in Düsseldorf, wie auch das Oberlandesgericht in Köln übereinstimmend dahin entschieden haben, dass in der Verbreitung solcher Listen eine strafbare Handlung nicht zu erblicken sei. Gegen diese Entscheide hat der Deutsche Gewerkeverein (Hirsch-Duncker) das Urteil des Reichsgerichts anrufen.

Ueber die Stärke der Gewerkschaftsbewegung beider Welten wurden in den letzten Wochen seitens der Presse Zahlen gebracht, die auf Vollständigkeit und absolute Sicherheit allerdings keinen Anspruch machen können. Im Correspondenzblatt der Generalcommission erscheint folgende Zusammenstellung mit dem Bemerkten, dass eine genauere und vollständige Uebersicht noch im Laufe des Jahres erfolgen soll. Zur Zeit fehlen noch die Ziffern von

Australien, Japan, Portugal, Russland und Südafrica. Hier ist die Tabelle:

	Mitglieder
Belgien . . . . .	(1901) 84896
Dänemark . . . . .	(Mitte 1901) 96483
Deutschland (Jahresdurchschn. 1900)	995435
Frankreich . . . . .	(Ende 1900) 588832
Galizien . . . . .	(1901) 6907
Grossbritannien . . . . .	(Ende 1900) 1905116
Italien . . . . .	(1901) 262000
Niederlande . . . . .	(1900) ca. 18000
Norwegen . . . . .	(1901) 13499
Oesterreich . . . . .	(Ende 1900) 99308
Schweden . . . . .	(1901) 67000
Schweiz . . . . .	(1899) 54562
Spanien . . . . .	(Oct. 1901) 31558
Ungarn . . . . .	(1901) 8222
Vereinigte Staaten von Nordamerica, z. T. auch Canada (Ende 1900)	1614225

Ueber Massregelungen von Gewerkschaftern liegen aus den letzten Wochen folgende Meldungen vor: Schiffszimmerer-Schönebeck; Bildhauer-Erfurt; Strassenbahner-Breslau; Eisenbahner-Dresden; Gemeindearbeiter-Hamburg; Steingutwarenarbeiter-Magdeburg u. a. m. In den meisten Fällen handelte es sich um Verbandszugehörigkeit. Eine recht eigentümliche Massnahme beliebte die Direction des Gaswerks Grasbrook in Hamburg. Sie entliess den Feuerhausarbeiter Christofzik, weil derselbe eine Wahl als Beisitzer zum Schiedsgericht für Arbeiterversicherung angenommen hatte.

Die Errichtung eines Gewerkschaftshauses wird nunmehr auch in Cöln zur Thatsache werden. In Cöln sind die Localverhältnisse für die Arbeiterorganisationen seit Jahren sehr ungünstig; zeitweise sind nicht nur der Socialdemokratische Verein, sondern auch verschiedene Gewerkschaften völlig obdachlos gewesen, was schon frühzeitig zur Schaffung eines Localfonds und zu eingehenden Besprechungen über die Frage der Gründung eines eigenen Heims Veranlassung gab. Die zur Betreibung dieser Angelegenheit eingesetzte Localcommission hat jetzt berichtet, dass ihr zur Gründung eines eigenen Heims genügend Capital zur Verfügung steht, um der Realisierung des Projectes näher treten zu können. Man hat den Cölner Gewerkschaften allen Erfolg gewünscht, jedoch auch gleichzeitig unter Hinweis auf die Zusammenbrüche der Gewerkschaftshäuser in Fürth und Pforzheim zur Vorsicht gemahnt.

Die Coburger Gewerkschaften wollen ebenfalls ein Gewerkschaftshaus bauen. Hier



wie anderswo hat es nicht an Bremsversuchen gefehlt. Man hat sich stellenweise in der That sehr nachdenklich stimmen lassen durch Fürth und Pforzheim. Was Pforzheim anlangt, so ist zu bemerken, dass dort das Geschäft im Anfang sich sehr gut anliess und zu den besten Hoffnungen berechtigte. Persönliche Plänkeleien und vor allen Dingen innere organisatorische Missgriffe führten aber zum Ruin. Andererseits fällt eine wenig günstige Lage ins Gewicht, und so wird es sich darum handeln, von vornherein derartige Fehler zu vermeiden.

**Der Conflict in der Berliner Holzindustrie** ist durch folgende Vereinbarung zwischen den Vorsitzenden der Arbeitgeberorganisationen und den Vertretern des Holzarbeiterverbandes beendet worden:

1. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, bei allen Werkstattendifferenzen mit dem Holzarbeiterverband zur Beseitigung derselben in Verhandlung zu treten.

2. Während der Verhandlungen dürfen weder Sperren verhängt noch Posten gestellt werden; auch sollen Neueinstellungen während dieser Zeit nicht vorgenommen werden.

3. Bei allen Differenzen dürfen die in Frage kommenden Arbeiter während der Verhandlungen die Arbeit nicht niederlegen.

4. Der Holzarbeiterverband zieht die bestehenden Sperren und Strikeposten zurück.

In Hamburg tagte vom 26. bis zum 30. Januar d. J. die 7. Generalversammlung des Hafnarbeiterverbandes. 28 Delegierte waren vertreten. Am Schlusse des Jahres 1901 waren 14560 zahlende Mitglieder vorhanden. Es wird noch über lebhaftes Fluctuation geklagt, aber immerhin ist gegen früher eine bedeutende Besserung eingetreten, die wohl mit Recht der erfolgten Beitragserhöhung zuzuschreiben ist.

Mit dem Transportarbeiterverbande ist in puncto Agitation ein gemeinschaftliches Vorgehen vereinbart worden. Der Beitrag wurde um 20 Pf. pro Quartal und das Eintrittsgeld von 50 Pf. auf 1 Mk. erhöht. Das Verbandsorgan soll für die Folgezeit doppelt so häufig, wie bisher, erscheinen. Ferner wurde beschlossen, einen dritten Beamten im Verbandsbureau anzustellen. Die Gehälter sollen 1800—2100 Mk. betragen.

Die deutsche Strikebewegung bietet zur Zeit keinen erheblichen Stoff zur Berichterstattung. Entsprechend der ganzen Conjunctur wird nur in ganz besonderen Fällen zum äussersten geschritten. Ausgesperrt sind seit längerer Zeit 40 Töpfer in Möhlau.

Grösseren Umfang kann der Strike bezw. die Aussperrung der Weber in Remscheid annehmen. Die übrigen schwebenden Conflictc sind meist partieller Natur und von kleinerem Umfange.

Aus der ausländischen Strikebewegung sind zu erwähnen: Eisengiesser-Florenz, dänische Schiffsheizer, Strassenbahner-Genua, 2000 Weber in Enschede (Holland) und 8000 Diamantarbeiter-Amsterdam, für welche letztere die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands einen Aufruf zur Unterstützung erlassen hat. Der Strike in der Waggonfabrik zu Arlöf in Schweden ist nach 14monatiger Dauer zu gunsten der Arbeiter beendet.

**Kurze Chronik.** In letzter Zeit fanden mehrere Arbeitslosenzählungen statt. Es wurden gezählt: in Dresden 10170, Nürnberg 4891, Gotha 700, Mühlhausen i. Th. 418, Worms 204, Weimar 326, Fürth 1009, München 9800, Berlin 59542 Arbeitslose. — Die Zeitschrift der Graveure und Ciseleure erscheint vom 1. April ab monatlich dreimal anstatt, wie bisher, zweimal. — Im Holzarbeiterverbande wird zur Zeit die Arbeitslosenunterstützung discutirt. — In der Steinarbeiterorganisation, die bekanntlich bisher an der losen (Kesslerschen) Form des Vertrauensmännersystems festhielt, mehren sich die Stimmen für Schaffung einer festen Centralisation. — Die deutschen Tabakarbeiter bereiten eine Protestbewegung gegen eine etwaige Erhöhung des Tabakzolles vor. *Heinrich Bürger.*

### Genossenschaftsbewegung.

Die Vertreter der vom Verbandsanwalt Dr. Crüger angegriffenen Richtung in der deutschen Genossenschaftsbewegung haben den ihnen hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen; der Kampf ist auf der ganzen Linie entbrannt. In No. 4 des Wochenberichts beginnt Heinrich Kauffmann eine Artikelserie, die sich mit den zahlreichen Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten der Crügerschen Angriffe beschäftigt. No. 4 und 5 der Blätter für Genossenschaftswesen bringen längere Artikel von Georg Fell und A. von Elm, in denen eine Reihe thatsächlicher historischer Unrichtigkeiten in der Darstellung Crügers nachgewiesen und die eigentümliche Citierkunst des Herrn Anwalts näher beleuchtet werden. Ganz vortrefflich sind die Ausführungen des Herrn Prof. Dr. Staudinger-Darmstadt in Nr. 6 des Wochenberichts. Er schät zunächst den ganzen Kernpunct der Streitfrage heraus, indem er

scharf unterscheidet zwischen politisch-socialistisch und wirtschaftlich-socialistisch (vergl. damit auch das in der December-Rundschau über diesen Punct Gesagte). In seinem Neujahrsartikel betont nämlich Herr Dr. Crüger ausdrücklich, dass es ihm nicht nur darauf ankomme, die Parteipolitik aus den Consumvereinen auszuschliessen, sondern dass er auch verlangen müsse, dass die dem Allgemeinen Verbands angehörenden Consumvereine sich als ein Glied der heutigen Wirtschaftsordnung betrachten und nicht in einer Umgestaltung derselben (im socialistischen Sinne *G. D.*) ihr Endziel suchen. Das Verbot einer socialistischen Parteipolitik in den Consumvereinen erkennt Prof. Staudinger selbstverständlich als berechtigt an. Anders liegt der Fall bezüglich der wirtschaftlichen Tendenz der Consumvereine. Staudinger bemerkt hierzu: „Alle Genossenschaften stehen als solche als Glieder in der heutigen Wirtschaftsordnung und können sich nicht nach Belieben aus diesem Zusammenhang lösen. Aber ebenso haben auch alle Genossenschaften ihrer Natur nach eine Tendenz auf Umgestaltung der bisher bestehenden Wirtschaftsordnung, denn sie setzen allesamt, die einen in engerem, die anderen in weiterem Umfange an Stelle des bisher freien Spiels wirtschaftlicher Individualkräfte das socialistische Princip, d. i. das Princip des Zusammenwirkens, der Genossenschaftlichkeit.“ Dr. Crüger steht nicht auf diesem theoretischen Standpunkt; das ist sein gutes Recht. Nicht aber ist er berechtigt, anderen Leuten, die diesen Standpunkt einnehmen, gewisse Hoffnungen, die sie infolgedessen an die Consumgenossenschaftsbewegung knüpfen, zu verbieten, d. h. Consumvereine, von deren Leitung er annimmt, dass sie in ihrer Mehrheit derartigen wirtschaftlichen Anschauungen huldigt, die Aufnahme in den Allgemeinen Verband zu verweigern. Er darf dies so lange nicht, als es ihm nicht gelungen ist, nachzuweisen, dass diese Vereine praktisch den Rahmen des Genossenschaftsgesetzes überschreiten. Darauf allein kam es an. Herr Crüger hat aber diesen Nachweis in keinem einzigen Falle auch nur versucht. Und dadurch kennzeichnet sich sein ganzes Gerede als das, was es ist: eine Umschreibung seiner Befürchtung, dass es eines Tages mit der freisinnigen Parteiherrschaft im Allgemeinen Verbands ein Ende haben könne.

\*

Im Januar fanden drei **Conferenzen der Lagerhalter** des Bezirks Halle, des Vogtlandes und der Provinz Brandenburg statt.

Die Versammlung in Halle führte zu dem Beschluss, eine Conferenz des Bezirks anzubahnen, zu der auch die Verwaltungen eingeladen werden sollen, um über eine gesunde Regelung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses zu beraten. Auch die in Netzkau abgehaltene Versammlung der vogtländischen Angestellten beschloss, mit den Verwaltungen der Consumvereine in Unterhandlungen zu treten, um folgende Reformen anzustreben: 1. Festsetzung einer von sämtlichen Consumvereinen einzuhaltenden Höchstgrenze für die Dividenden; 2. Regelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten mit deren Organisation, Beseitigung der Entlohnung nach Procenten des Umsatzes; 3. Einführung besserer bzw. präciserer Geschäftseinrichtungen und Gewohnheiten. — Forderung 3 ist selbstverständlich. Die Bewilligung der Forderung 1, sofern dabei eine gegen denweise Festsetzung der Dividendenhöhe vorgenommen wird, wäre gleichfalls sehr empfehlenswert, da hierdurch der ungesunden Dividendenwirtschaft mancher Consumvereine, unter denen die unter einem gewissen Zwang von seiten der Mitglieder stehenden Verwaltungen oft selbst am schwersten leiden, vorgebeugt würde. Forderung 2 muss in ihrem ersten Teile gleichfalls zugestimmt werden, dagegen erscheint uns eine vollständige Beseitigung der Entlohnung nach Procenten des Umsatzes nicht opportun. Gewiss ist es falsch, die Angestellten ausschliesslich nach diesem System zu besolden. Wohl aber erscheint eine Regelung der Besoldungsfrage, nach der etwa  $\frac{3}{4}$  des Gehaltes fest normiert, das letzte Viertel aber in Form von Umsatzprocenten gewährt wird, als die beste, weil der menschlichen Natur am meisten entsprechend. Dem betreffenden Verkäufer wird dadurch ein sicheres Einkommen garantiert, zugleich aber wird ihm die zu erwartende Umsatzantieme zu besonders tüchtigen Verkaufsleistungen im Interesse der Genossenschaft anspornen und dafür belohnen.

Weniger friedlich, als die beiden besprochenen, verlief die in Berlin abgehaltene Conferenz der Lagerhalter Brandenburgs, in der es zu äusserst scharfen Auseinandersetzungen mit den gleichfalls anwesenden Vertretern der Consumvereinsverwaltungen kam.

Unter heftigen Angriffen auf die Consumvereinsverwaltungen wurden von den Lagerhaltern folgende Mindestforderungen vertreten: Achtuhrladenschluss, Geschäftsschluss an Sonn- und Feiertagen und über Mittag während zweier Stunden, wöchentliche Geschäftszeit (nicht Arbeitszeit!) von höchstens 66 Stunden, ein freier Tag für die Lagerhalter monatlich. Ferner wurde ver-

langt: Abschaffung der Besoldung nach Umsatzprocenten, Neuregelung des Mancosatzes, Abschaffung der Cautionsstellung.

So richtig es ist, dass in manchen Consumvereinen die Lage der Angestellten noch sehr schlimm ist, und so richtig es weiter ist, dass die Angestellten das Recht und die Pflicht haben, mittels ihrer Organisationen die Beseitigung solcher Zustände anzustreben, so wahr ist es aber auch, dass im Durchschnitt in den Consumvereinen im Vergleich mit Privatgeschäften sehr günstige Arbeitsbedingungen herrschen. Ideal sind auch hier die Zustände noch nicht, das wissen wir, und über manche der obengenannten Punkte lässt sich ja reden. So sind in mehreren Städten bereits die Consumvereine den anderen Geschäftsleuten mit der Einführung des Achtuhrlandenschlusses vorausgegangen. Eine 2stündige Mittagspause lässt sich für die Angestellten ermöglichen auch die unter Umständen nicht angängige Schliessung des Geschäfts, da fast überall den Lagerhaltern Hilfskräfte beigegeben sind. Da, wo sich die Sonntagsruhe nicht ganz einführen lässt, könnte ein halber freier Tag in der Woche als Entschädigung gewährt werden. Die Besoldungsfrage ist oben bereits besprochen worden. Ganz abzulehnen wäre allerdings die Abschaffung der Cautionspflicht, solange nicht die Lagerhalter ein anderes Mittel anzugeben wissen, um die Consumvereine gegen die leider noch so häufig vorkommenden Inventurdeficite zu schützen. (Vielleicht hat der Lagerhalterverband Lust, die Haftpflicht solidarisch zu übernehmen?) Wenn aber alle diese Forderungen ohne Rücksicht auf die geschäftliche Lage der Vereine und die Concurrrenz und noch dazu in einer Weise öffentlich erhoben werden, die, wie der Wochenbericht sehr richtig bemerkt, nur Wasser auf die Mühle der Genossenschaftsgegner liefert, so kann das nur auf beiden Seiten unnötige Erbitterung erzeugen und der schnellen Erreichung des jeweilig Möglichen hinderlich sein. Vielleicht ist derjenige Weg der Verständigung der beste, den die Verwaltung des Löbtauer Consumvereins jetzt ihren Angestellten vorgeschlagen hat: nämlich die Bildung von Commissionen für die verschiedenen Angestelltenkategorien, die regelmässig mit den Verwaltungen gemeinschaftliche Sitzungen abhalten.

**Kurze Chronik.** Am 21. Januar fand in Leipzig eine Conferenz statt mit der Tagesordnung: Verschmelzung sämtlicher Leipziger Consumvereine. Principiell fand die Verschmelzung allgemeine Zustimmung, doch lehnte die Plagwitzer Verwaltung

es ab, dieselbe in einem Tempo auszuführen, das die Existenz ihres Vereins selbst gefährden könnte. — Neue Consumvereine wurden constituirt in Hersfeld, Holt, Derneburg, Gräfinau, Rheydt, 2 in der Umgebung von München-Gladbach, Ronnbach und in mehreren kleineren Ortschaften. Die Bewohner von Celle und von Lauenburg haben die Gründung von Consumvereinen in Aussicht genommen. — Am 23. Januar eröffnete die schottische Grosseinkaufsgesellschaft eine neue Fabrik für Stärkhemden, Kragen und Manschetten in Leith. Der Betrieb des Werks wird gemeinschaftlich mit der englischen Grosseinkaufsgesellschaft stattfinden. — Vom 25. Januar bis zum 1. Februar fand in Bolton eine Ausstellung genossenschaftlicher Producte statt, an der sich auch eine grosse Anzahl von Productivgenossenschaften beteiligte. — Die ersten beiden Nummern des von der Direction des Verbandes schweizerischer Consumvereine herausgegebenen Genossenschaftlichen Volksblattes sind erschienen und enthalten genossenschaftliche Nachrichten aus der Schweiz und dem Auslande, mundartliche Briefe einer Genossenschaftsfrau, Feuilletons etc. Das Blatt, das für die Verbandsvereine in Basel, Biel, Chur, Liestal, Luzern, Olten und Schaffhausen in Specialausgaben erscheint, hat bereits eine Auflage von 40000 Exemplaren. — Der grösste schweizerische Consumverein, der Baseler Allgemeine Consumverein, hat im Jahre 1901 seinen Mitgliederbestand um ca. 700 vermehrt und umfasst jetzt 21400 Familien. Der Umsatz betrug 10736000 Frs., d. i.  $\frac{1}{2}$  Million mehr, als im Vorjahre. — Die vor 2 Jahren nach dem Muster der belgischen Consumvereine gegründete Socialistische Genossenschaft Vorwärts in Bern hat ihre Liquidation beschlossen. Der Zusammenbruch ist zurückzuführen auf die über der Propaganda utopistischer Ziele vollständig vernachlässigte Buch- und kaufmännische Geschäftsführung. Die letzte Bilanz weist ein Deficit von ca. 20000 Frs. auf, das vermutlich für eine grosse Anzahl von Arbeitervereinen, Gewerkschaften und Privatleuten, die ihre Spareinlagen dort gemacht hatten, den gänzlichen oder teilweisen Verlust derselben bedeutet. *Gertrud David.*

### Sociale Communalpolitik.

Im Strassburger Gemeinderat war von socialistischer Seite der Antrag gestellt worden, bei den von der Stadt zu vergebenden Arbeiten Minimallohnsätze für gelernte und ungelernete Arbeiter festzusetzen, um den Lohnherabsetzungen — einer Folge des gegenwärtigen Ueberangebotes von Arbeitskräften —

entgegenzuwirken. Der Gemeinderat hatte infolgedessen eine Commission zur Beratung der Anträge eingesetzt, und von dieser Commission wurde dann dem Gemeinderat eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Die Commission empfahl, für ungelernete Arbeiter einen Stundenlohn von 27 Pfg. gegen 30 Pfg., wie von den ursprünglichen Antragstellern vorgeschlagen, und einen Taglohn von 2 Mk. 50 Pfg. als Minimalsätze festzulegen. Für die Feststellung der Lohnsätze für gelernte Arbeiter soll eine besondere Lohncommission gewählt werden, der je drei auf die Dauer eines Jahres gewählte Arbeiter und Arbeitgeber angehören sollen. In der Debatte führte der Vertreter des Stadtbauamtes aus, dass die Verwaltung die Einführung von Minimallöhnen in die Submissionsverträge mit Freuden begrüßen würde. Der Stadt würden seitens der Unternehmer hohe Stundenlöhne angerechnet, während diese für niedrigere Löhne minderwertige Arbeiter beschäftigten, deren Arbeit weniger wert sei. Der Gemeinderat nahm die Anträge der Commission an und wählte sofort die Lohncommission. Wenn wir von der Höhe des Lohnsatzes, die zu niedrig erscheint, hier absehen, so verdient der Strassburger Gemeinderat alle Anerkennung für sein Vorgehen. In der That ist Strassburg die erste deutsche Stadt, die also das Princip der „anständigen Lohnclause“ anerkannt hat und in ihre Submissionsverträge aufnehmen wird. Der Bericht des Central Bureau voor Sociale Adviezen (Juni 1901), unseres Wissens die letzte veröffentlichte Zusammenstellung des Materials, betreffend die Durchführung der „anständigen Lohnclause“, weiss von Deutschland nur die folgenden winzigen Anfänge zu berichten: das Kaiserliche Canalamt in Kiel, das preussische Handelsministerium, die hessischen und sächsischen Ministerien des Innern vergeben Drucksachen nur an tariftreue Firmen. Das ist alles, was bisher in deutschen Staaten in dieser Richtung geschehen ist. Etwas, aber auch nicht viel mehr, ist von den deutschen Städten geleistet worden. Leipzig, Frankfurt a. M., Hannover vergeben Druckarbeiten nur an tariftreue Firmen. In Karlsruhe (Grundsätze für die Vergebung städtischer Arbeiten und Lieferungen) werden solche Firmen, die notorisch die Arbeiter mit Bezug auf Lohn, Arbeitszeit etc. schlecht behandeln, von den Submissionen ausgeschlossen. Die Gemeindeverwaltung nimmt daher das Recht für sich in Anspruch, die Arbeitsbedingungen der submitterenden Unternehmer zu prüfen. Eine ähnliche Einrichtung existiert in Braunschweig, wo z. B. bei Canalarbeiten die Zeit- und Stücklöhne den Offerten beigelegt werden

müssen. Im grossen und ganzen zeigt Deutschland, dessen Socialreform von officiellen Lobrednern über den Schellendaus gepriesen wird, in dieser wichtigen Frage eine klägliche Rückständigkeit der staatlichen wie der Gemeindeverwaltungen gegenüber anderen Ländern wie England, Belgien, Frankreich, Holland etc.

Kehren wir zu den Strassburger Beschlüssen zurück. Wie bereits erwähnt, war die Absicht der socialistischen Antragsteller, durch die Einfügung der Lohnclause die Lohnrückerei wenigstens für bestimmte Gebiete, nämlich die Gemeindearbeiten, auszuschliessen. Daher erklärt es sich denn wohl auch, dass zunächst nur die Lohnsätze Berücksichtigung fanden. Damit ist aber nur Stückwerk geliefert. Sogut wie der Lohn, verdient auch die Arbeitszeit, überhaupt der ganze Complex der Arbeitsbedingungen in den Submissionsbedingungen festgelegt zu werden. Es handelt sich also, ausser um den Lohn und die Arbeitszeit, um die Regelung der Ueberzeitarbeit, die Fürsorge für Essenspausen, die Bevorzugung der ortsansässigen Arbeiter bei Arbeiten, die durch Unternehmer in der Stadt ausgeführt werden, das Verbot der Sonntagsarbeit, die Regelung des Strafgederwesens, das Verbot, zwischen organisierten und nichtorganisierten Arbeitern einen Unterschied zu machen, etc. Noch einer anderen Ausdehnung ist die „Lohnclause“ insofern fähig, als sie nicht nur bei der Vergebung von Arbeiten, sondern ebenso bei der Vergebung von Warenlieferungen in Anwendung kommen kann. Nach beiden Richtungen hin bleibt also der Strassburger Beschluss in den Anfängen stehen. Von nicht geringer Bedeutung ist ferner die Art und Weise, wie die aufzunehmenden Arbeitsbedingungen bestimmt werden. Es ist ein grosser Unterschied, ob das die Gemeindeverwaltung nach ihrem Willen und Gewissen thut oder ob die organisierten Kräfte der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, zu dieser Festsetzung herangezogen werden. Es wird selbstverständlich sehr schwierig sein, in den Gewerben, in denen überhaupt keine Organisation besteht, die richtigen Minimallohnsätze zu finden, d. h. sich ebensowohl von zu hoch geschraubten Sätzen, wie von zu niedrigen fernzuhalten. Im allgemeinen wird die Gefahr wohl mehr nach der zweiten Richtung hin bestehen. Unsere Gemeindebehörden, in denen die Bourgeoisie noch so gut wie unumschränkt herrscht, sind nicht gerade besonders geneigt, durch Erhöhung der Minimallöhne bei städtischen Arbeitern das allgemeine Lohnniveau zu heben. Wo Tarifverträge vorliegen, ist die Sache sehr ein-

fach; wo das nicht der Fall ist, wird es die Aufgabe der städtischen Lohncommission sein, im Einvernehmen mit der organisierten Arbeiterschaft und den Unternehmerverbänden die Lohnsätze festzulegen. Die Wahl von drei Arbeitern und drei Unternehmern in die Lohncommission, wie in Strassburg, scheint uns deshalb nicht zweckmässig, da ja diese Arbeiter und Unternehmer doch nur für ihr Gewerbe sachverständig sein können, für die übrigen Gewerbe aber ebenso wenig Fachmänner sind, wie die anderen Mitglieder der Lohncommission. Würde der Lohncommission vorgeschrieben, dass sie die Lohnsätze durch ein contradictorisches Verfahren unter Anhörung beider Parteien zu finden hätte, so könnte von der Wahl von Arbeitern und Arbeitgebern, die ausserhalb der Gemeindebehörden stehen, in die Lohncommission abgesehen werden.

\*

Gegenüber dieser fortschrittlichen Arbeiterpolitik Strassburgs nimmt sich ein Erlass des Berliner Oberbürgermeisters Kirschner höchst sonderbar aus, der allerdings bereits vom 25. October 1901 datiert, aber erst vor kurzem an das Licht der Öffentlichkeit gelangte. Der Erlass ist so charakteristisch für den vollständigen Mangel an socialpolitischem Verständnis, dass wir die drei wichtigsten Bestimmungen hier wörtlich folgen lassen:

1. „Die Rechtswirkung des § 616 Bürgerlichen Gesetzbuchs, der kein zwingendes, sondern nachgiebiges Recht bildet, ist durch die Arbeitsordnung oder den sonstigen Dienstvertrag auszuschliessen.“ Die Stadt Berlin stellt sich damit in eine Reihe mit der Classe von Unternehmern, denen das recht schwächliche sociale Empfinden des Bürgerlichen Gesetzbuches noch zu weit geht und die von ihrer wirtschaftlichen Macht Gebrauch machen, um die Arbeiter zum Verzicht auf ein ihnen vom Gesetzgeber verliehenes Recht zu zwingen.

2. „In Krankheitsfällen ist der Lohn stets nur nach Abzug des Krankengeldes und in der Regel nicht länger als 4 Wochen zu gewähren.“ Gegenüber anderen Städten, in denen der Lohn auf die Dauer von 26 Wochen, wie in Strassburg, oder von 3 Monaten, wie in Mannheim, gezahlt wird, steht das finanziell viel besser situierte Berlin mit seinen 4 Wochen recht kläglich da. Es soll allerdings zugegeben werden, dass andere Städte noch Geringeres leisten. Der Abzug des Krankengeldes vom Lohn ist socialpolitisch nicht zu begründen. Der Aufwand für die Stadt Berlin wird dadurch allerdings herabgesetzt, aber auf Kosten der Arbeiter. Krankheiten sind stets mit besonderem Geldaufwand verbunden, und da die Arbeitslöhne wenig-

stens heutzutage noch nicht so bemessen sind, dass die durch die Krankheit verursachten Kosten vom Arbeiter ohne Schwierigkeit getragen werden könnten, so ist der Abzug des Krankengeldes vom Lohn durchaus zu verwerfen. Er lässt sich auch durch die noch ungünstigeren Verhältnisse der nichtstädtischen Arbeiter nicht rechtfertigen. Die Stadt ist eben kein gewöhnlicher Privatunternehmer oder sollte es wenigstens nicht sein; und den standard of life der einen Classe nicht heben zu wollen, weil es anderen noch schlechter geht, ist eine Auffassung, die nur von Böswilligkeit oder Hang zur Unthätigkeit eingegeben sein kann.

3. „In Fällen der militairischen Einziehung zu den 12 bis 14 Tage währenden Landwehrrübungen ist der Lohn nach Abzug reichsgesetzlicher Unterstützungen fortzuzahlen. Bei der Einberufung zu der Reserve oder anderen längeren Uebungen ist das Arbeitsverhältnis aufzulösen.“ Auch hier wieder der Abzug der vom Reich gezahlten Unterstützung vom Lohn! Geradezu scandalös ist aber die Bestimmung, das Arbeitsverhältnis aufzulösen, wenn die militairische Uebung länger als 14 Tage dauert. Wir glauben kaum, dass der Magistrat seinen höheren Beamten die Gage am Gehalt kürzt, die sie als Reserveofficiere empfangen; noch viel weniger denkt er daran, sie zu entlassen, wenn sie zu ihren achtwöchentlichen Uebungen einrücken. Und hier handelt es sich um Uebungen, die nur gemacht werden, um den hohen, für das civile Leben auch so „unentbehrlichen“ Rang eines Reserveofficiers zu erreichen. Dort beim Arbeiter ist es der bittere Zwang, der ihn aus seinem Arbeitsverhältnis herausreisst; ihn aber setzt die Berliner Commune auf die Strasse, wahrscheinlich, um ihm die schwere Pflichterfüllung möglichst zu erleichtern, wenn er weiss, dass seine Frau und Kinder daheim nichts zu brechen und zu beissen haben.

Denselben antisocialen Geist, wie diese Bestimmungen, atmet der Dienstvertrag, der mit den städtischen Krankenpflegern abgeschlossen wird. Die Verhandlungen im Reichstag über die Berliner Krankenhäuser haben diese Ungeheuerlichkeit ans Licht gezogen, die sich würdig den fast ungläublichen Zuständen anreihet, die in diesen Regel zu sein scheinen. Die ungeheuerlichste Bestimmung, nach der sich die Krankenpfleger der preussischen Gesindeordnung unterwerfen mussten, ist allerdings vor zwei Jahren aufgehoben worden. Dass sie aber so lange bestehen bleiben konnte, ist charakteristisch genug.

\*

Am 29. Januar hatte die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung über zwei Vorlagen des Magistrats zu beschliessen; die eine beantragte eine Gehaltserhöhung bestimmter Classen der städtischen Lehrer und Lehrerinnen mit einem Mehraufwand von rund 60000 Mk. und die andere für Deckung dieses Mehraufwandes eine Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen. Wir haben es nur mit der letzteren zu thun. Nach der Magistratsvorlage soll in Zukunft das Schulgeld für das Lehrerinnenseminar, die Oberrealschule, die Realschulen und die höheren Mädchenschulen auf 120 Mk. erhöht und in allen neunclassigen höheren Knabenschulen auf 150 Mk. festgesetzt werden. Von den Schülern, die ihren Wohnsitz nicht in Frankfurt a. M. haben, soll ein Zuschlag von 50 Mk. für die höheren Knaben- und Mädchenschulen, von 20 Mk. für die Mittelschulen in Zukunft zur Erhebung kommen. Als Gegengewicht gegen diese Schulgeld-erhöhung soll eine kleine Erhöhung der Zahl der Freistellen stattfinden, so dass in Zukunft 4% des veranlagten Schulgeldes statt, wie bisher, 2 an den höheren bzw. 1,5% an den Mittelschulen, für Freistellen verwendet werden können. Die ganze Tendenz der Vorlage ist eine plutokratische. Die höhere Bildung soll noch mehr, als das zuvor der Fall war, zu einem Privileg der besitzenden Classen gemacht, der kleine Mittelstand, dessen Kinder in der Hauptsache die Classen der höheren und mittleren Schulen füllen, von derselben ausgeschlossen werden. Dass davon zugleich die naturgemäss geringe Zahl der Kinder getroffen wird, die aus der besser bezahlten qualifizierten Arbeiterschaft stammen, ist ein Effect, der mit gewollt und vielleicht nicht ungerne gesehen ist. Statt durch Herabsetzung des Schulgeldes die Räume der höheren Schulen einem breiteren Zufluss von Talenten aus den grossen, weniger begüterten Classen zu öffnen, die an Talenten procentual mindestens ebenso reich sind, wie die Classe der Grossbourgeoisie, sperrt man dieselben mit dem Riegel des höheren Schulgeldes und reserviert die Plätze, die dem Talent gebühren sollten, der Mittelmässigkeit und Unfähigkeit, sofern sie nur die vorgeschriebenen goldenen Doublonen in die Schulcasse abzuführen vermögen. Dass dadurch das geistige Niveau der aus den höheren Schulen sich recrutierenden Berufsstände herabgedrückt wird, scheint der Magistrat ebensowenig bedacht zu haben, wie er sich klar gemacht hat, dass damit den Bestrebungen auf die Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs und der Lehrmittel ein grösseres neues Hindernis in den Weg gelegt wird.

Nun hat ja der Magistrat sein Vorgehen damit verteidigt, dass mit der Erhöhung des Schulgeldes zugleich die Zahl der Freistellen vermehrt worden sei. Ganz abgesehen aber von dem ausserordentlich niedrigen Procentsatz von 4% ist es nicht jedermanns Sache, sich um Freistellen zu bewerben. Gar mancher Familienvater, der bereit und im Stande wäre, ein niedrigeres Schulgeld zu bezahlen, wird sich bedenken, die Wohlthätigkeit für sich in Anspruch zu nehmen, auch wenn die Wohlthat ihm von der Stadtgemeinde gewährt wird. In dem Institut der Freistellen, wie es heutzutage geartet ist, haben wir ein Erbstück der Vergangenheit, das den Geist des alten Patriarchalismus in sich trägt, den modernen socialpolitischen aber gänzlich vermissen lässt. In der Reform dieser Einrichtung, die mit zahlreichen Missbräuchen eng verbunden ist, hätte der Frankfurter Magistrat ein besseres Object für seine Thätigkeit gehabt, als in der Schulgeldvertheuerung; hier wäre ihm Gelegenheit gewesen, der socialpolitisch fortgeschrittenen Auffassung, deren er sich so gern rühmt, in einer vorbildlichen That zum Ausdruck zu verhelfen. Mit der Entkleidung der Freistellen von dem Charakter einer Armenfürsorge oder patriarchalischen Wohlthätigkeitspflege hätte sich das Institut dahin ausbilden lassen, dass es den Uebergang von unseren heutigen Zuständen, wo die höhere wissenschaftliche Ausbildung ein Privileg des Geldbeutels ist und ohne jede Beziehung zur Begabung der Schüler steht, zu den idealen Zuständen vermittelt hätte, wo jene, frei von den goldenen Fesseln, nur dem Talente gewährt wird. Ganz unverständlich ist schliesslich noch die Bestimmung, die die auswärtigen Schüler mit 50 bzw. 20 Mk. Zuschlag bestraft. Will der Frankfurter Magistrat die Wohnungsnot noch künstlich steigern, indem er die Familienväter durch das höhere Schulgeld zwingt, ihren Wohnsitz in Frankfurt zu nehmen?

\*  
**Kurze Chronik.** Die Gasautomaten, die in München in den Wohnhäusern des Vereins zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse aufgestellt sind, haben sich so gut bewährt, dass weitere 500 Apparate aufgestellt werden sollen. Bei der Einführung der Gasautomaten haben unsere Stadtverwaltungen eine überraschende Rückständigkeit und Schwerfälligkeit gezeigt. Es ist doch fast unglaublich, wenn jetzt noch jahrelange Versuche gemacht werden, ehe man sich zu einer ausgedehnteren Einführung dieser Apparate entschliesst. — Die Giessener Stadtverordnetenversammlung hat die Bildung einer socialpolitischen Commission beschlossen. —

In Elberfeld soll eine Ruhegeld- und Hinterbliebenenversorgung für Personen ohne Rücksicht des Geschlechts eingeführt werden, die, ohne Gemeindebeamte zu sein, ständig von der Stadt beschäftigt werden. — Die Frankfurter Gesundheitscommission hat beschlossen, ca. 1200 ein- und zweizimmerige Wohnungen in 4 Bezirken der Stadt durch Aerzte und Beamte der Baupolizei nach einem Formular untersuchen zu lassen. *Hugo Lindemann.*

## Wissenschaft.

### Naturwissenschaften.

Der neuromantischen Strömung in der Kunst und in der Mode zahlt jetzt auch die Naturwissenschaft ihren Tribut. Seit einiger Zeit macht sich in der Biologie ein sogenannter *Neovitalismus* bemerkbar. Der Vitalismus, die Lehre von der Lebenskraft, hat in den ersten Jahrzehnten des abgelaufenen Jahrhunderts eine grosse, aber wenig glückliche Rolle gespielt. Die Lebenskraft erschien als eine selbständige Macht, die in das mechanische Getriebe des Körpers eingriff und das Räderwerk in Bewegung setzte, ähnlich wie verschieden benannte Geister und Götzen die Maschine des Weltalls in Gang bringen und im Gange erhalten sollten. Es zeigte sich schliesslich, dass viele Lebensprocesse, die man der Wirkung der Lebenskraft zugeschrieben hatte, einer rein mechanischen Erklärung zugänglich waren und dass andere, die nicht erklärt werden konnten, durch Annahme einer Lebenskraft auch nicht verständlicher wurden. Seit Einführung einer wirklich exacten Methode in die Naturwissenschaft, also seit etwa 1840, ist die Lebenskraft arg in Verruf gekommen. Um so befremdlicher ist es, wenn jetzt von neuem vitalistische Strömungen auftauchen. Aber es ist nicht gut denkbar, dass Ansichten, wie sie z. B. der Kieler Professor Reinke vertritt und letzthin auch auf der Naturforscherversammlung geäussert hat, in der Naturwissenschaft massgebend werden könnten. Wenn man schon O. Hertwig darin beistimmen muss, dass Physik und Chemie nicht genügen, um alle Lebenserscheinungen zu erklären, so ist das doch nicht so zu verstehen, als ob sogenannte übernatürliche Kräfte zur Erklärung herbeigezogen werden müssten. Es kommen neben den physicalisch-chemischen Processen des Lebens geistige Begleiterscheinungen vor, die zwar mit jenen in unlöslichem Zusammenhang stehen, aber doch nicht aus ihnen mit den Hilfsmitteln der Mechanik erklärt werden können. Dieser Standpunct ist aber ein ganz anderer, als der des Vitalismus, der eine selbständige,

aussernatürliche Kraft zur Erklärung der organischen Bildungen annimmt. Letzteren zu widerlegen, hat eigentlich jetzt keinen Sinn mehr. Hier scheidet sich die alte Welt von der neuen. Immerhin ist es dankenswert, wenn ein Mann wie O. Bütschli in seiner Abhandlung: *Mechanismus und Vitalismus* (Leipzig 1901) die Geister der Naturforscher wieder einmal aufrüttelt, damit sie nicht in die Romantik von vor hundert Jahren zurückfallen.

Ein recht interessantes Beispiel für die Veränderung eines Instinctes führt Schenkel-Prévôt in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift (No. 19) an, indem er sich dabei auf die Beobachtungen des Franzosen Pouchet beruft. Dieser bemerkte, dass der Nestbau der Hausschwalbe in neuester Zeit ein ganz anderer ist, als in früheren Jahrzehnten. Die Nester, die er in seiner Kindheit beobachtet und gesammelt hatte, die er noch heute an alten Kirchen und Türmen in halbverfallenen Zustände fand, waren nach einem ganz andern Princip gebaut, als die neueren Nester. Die früheren besaßen eine Kugelform — nur die Seite, an der das Nest an der Wand befestigt war, zeigte natürlich eine Abplattung. Der Eingang dazu bestand in einem kleinen runden Loch an der oberen Seite des Nestes, gerade gross genug, um das Tier durchzulassen. Die neueren Nester dagegen sind oval gebaut, und auch der Eingang ist nicht ein kleines rundes Loch, sondern eine 9 bis 10 cm lange Querspalte. Ohne Zweifel bedeutet diese Bauart eine wesentliche Verbesserung. Das neue Heim ist weit komfortabler. Die Jungen müssen in demselben nicht übereinander hocken, sondern sie haben mehr Platz, und wenn eines der Alten einfliegt, so sperrt es dadurch nicht gänzlich die Luft von dem Nestraum ab. Durch die Spalte können die Jungen alle neben einander die Köpfe hervorstrecken, frische Luft schöpfen und sehen, was in der Umgegend vorgeht. Es wird auch die Gefahr vermindert, dass die Jungen infolge von Uebereinanderhocken oder sonstiger Luftabsperrung ersticken.

Die Schwalben haben ohne Zweifel schon einmal eine wesentliche Veränderung ihrer Lebensgewohnheiten durchgemacht. Als die Menschen noch keine standhaften Häuser bauten, konnten natürlich auch die Schwalben ihre heutige Gewohnheit, mit dem Menschen unter einem Dach zu leben, noch nicht besitzen. Selbst die Pfahlbauten boten den Schwalben nicht Sicherheit und Schutz genug, um an ihnen ihre Nester zu errichten. Früher bauten diese Vögel ohne Zweifel ihre Nester

an Felswänden, wie das noch jetzt einige Verwandte unserer Haus- und Rauchschalbe thun. Von den einsamen Felsenwildnissen bis zu dem Aufenthalt unter unruhigen Menschen ist immerhin ein grosser Schritt. Die Rauchschalbe, die im Inneren von Häusern nistet, errichtet ihr kleines Haus sogar in dem tosenden Getriebe der modernen Fabriken, ganz unbekümmert um den Lärm der Maschinen, das Schwingen der Treibriemen, das Hin- und Herlaufen der Arbeiter. In der kurzen Zeit der industriellen Entwicklung haben sich diese Tiere also an recht neuartige Zustände gewöhnt.

Wahrscheinlich sind die höheren Tiere überhaupt im Begriff, ihre altererbten Instincte allmählich zu modificieren oder zu gunsten eines regeren Intellects zu verlieren. Seit der Tertiärzeit, seit welcher eine allgemeine Vergrösserung des Gehirns unter den höheren Tieren zu constatieren ist, hat sich der Verstand, die Beantwortung der verschiedenartigsten äusseren Reize durch zweckentsprechende Handlungen, auf Kosten des Instinctes weiter ausgebildet. Viele Tiere sind Individualitäten geworden. Fritz Braun, ein erfahrener Vogelkennner, spricht den meisten einheimischen Sperlingsvögeln sogar ein persönliches Temperament zu. Es ist bezeichnend, dass er auch hier die Individualität bei dem Vogel am ausgeprägtesten findet, der sich in der Nähe des Menschen aufhält: bei dem Haussperling. „Jeder der zahlreichen Haussperlinge,“ sagt er, „die ich im Laufe der Zeit gepflegt, schwebt mir als scharf abgegrenztes Individuum vor Augen, und kaum jemals laufe ich bei ihnen, wie bei anderen Arten, Gefahr, die Bilder mehrerer Individualitäten in der Erinnerung zu verschmelzen.“ Er hat friedfertige, zank-süchtige, plumpe, gewandte, träge, rastlose u. s. w. kennen gelernt. Dass alle diese Vögel und auch viele Säugetiere noch bei weitem nicht auf der Höhe ihrer geistigen Leistungsfähigkeit angekommen sind, ersieht man besonders daraus, dass jung eingefangene und sorgfältig erzogene Tiere es meist zu einer staunenswerten geistigen Regsamkeit und Klugheit bringen.

\*  
**Kurze Chronik.** E. Ule veröffentlicht als weitere Frucht seiner südamericanischen Reise Ameisengärten im Amazonasgebiet im Beiblatt zu den Botanischen Jahrbüchern für Systematik (1901, Heft 2, No. 68). — Mit dem Problem des Lebens beschäftigen sich zwei neue französische Bücher: Daloz: *Le problème de la vie* (Lyon, Vitte) und Maisonneuve: *L'origine de la vie* (Besançon).

*Curt Grotzewitz.*

## Diversa.

### Bücher.

**Paul Kampffmeyer: Die Geschichte und Litteratur der deutschen Socialdemokratie in ihren Hauptzügen.** Nürnberg 1901. Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei.

**Fr. O. Hertz: Wie studiert man Socialwissenschaft? Eine Anleitung.** Wien 1902. C. W. Stern.

Ein Leitfaden für die Anlegung von Vereinsbibliotheken, für den Lehrplan von Bildungsvereinen, für die erleichterte Stoffgewinnung zu Vorträgen und Discutierabenden, endlich für das vertiefende Selbststudium war in Arbeiterkreisen längst als ein dringendes Bedürfnis gefühlt worden. Der Anhang Mehrings zu seiner Geschichte der deutschen Socialdemokratie bezweckt eine wesentlich andere Art der Orientierung. Jetzt erhalten wir mit einem Male kurz hintereinander zwei solche Führer, die sich gegenseitig ergänzen und darum beide der Beachtung empfohlen sein mögen.

Die Kampffmeyersche Uebersicht erstrebt ausschliesslich eine Einführung in das Parteileben: in die Parteigeschichte und Parteitagitation, in die theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Socialismus und die praktische reformierende Thätigkeit der Arbeiterklasse. Dabei ist die gewählte Form überaus geschickt und anziehend: die Geschichte der Partei, die Grundlagen der socialistischen Theorie werden selber kurz dargestellt; die litterarischen Hinweise, die kurzen Kennzeichnungen der herangezogenen Schriften werden dabei ungezwungen eingeflochten, — oft ergibt sich die Charakteristik der Schriften schon aus der fortlaufenden geschichtlichen oder theoretischen Darstellung selber.

Die Hertz'sche Anleitung steckt ihren Rahmen weiter, etwa so weit, wie der ausgezeichnete Fabier-Tract: *What to read?* und unter Heranziehung mancher „Fragen“, die uns, wie die österreichischen Nationalitätengegensätze, noch leidlich fern geblieben sind. Die allgemeinen Grundlegungen der Volkswirtschaftslehre und -geschichte, die bürgerlichen Werththeoretiker, die Unternehmerverbände, die Socialpädagogik finden ihre Erwähnung neben Gewerkschaftswesen, Arbeiterschutz, Communalpolitik, Wohnungsfrage, Genossenschaftswesen, Frauenfrage, Agrarfrage u. s. w. Wer weiss, wie unentbehrlich selbst für die wichtigsten Fragen der eigentlichen Socialpolitik, der praktischen „Arbeiterclassenpolitik“, die bürgerliche Litteratur ist, wie für grosse und wichtigste



Gebiete des wirtschaftlichen und socialen Lebens vorläufig überhaupt nur bürgerliche Darstellungen ernstliche Bedeutung haben, wird dieser weiteren Absteckung der Grenzen nur zustimmen können.

Beide Schriften werden somit, jede an ihrer Stelle, gute Dienste leisten. *Max Schippel.*

\*  
**Grete Meisel-Hess: In der modernen Weltanschauung.** Leipzig. Hermann Seemann Nachfolger.

Ein lesenswertes und mit Genuss lesbares Buch, das neben einigem Unreifen viel Wahres, Scharfgeprägtes und Schönes enthält. Was dualistisch in sich entzweiten Geistern als Gegensatz und Widerspruch erscheint: Idealismus und Realismus, Egoismus und Altruismus, Individualismus und Socialismus, das wird hier vom Gesichtspunct einer monistisch gedachten und — was ungleich mehr wert ist — monistisch empfundenen Weltanschauung als Einheit dargestellt. Damit kennzeichnet sich das Buch als ein echtes und rechtes Erbauungsbuch für freie Menschen, des Meisters Bölsche, dem die Verfasserin naheifert, durchaus nicht unwert. Aber eines muss die begabte Jüngerin ihrem Meister noch ablernen: die Gründlichkeit im Kleide der Grazie. Daran fehlt es noch arg bei ihr. Es mag eine lässliche Sünde sein, dass sie auf Seite 17 Palingenesis und Cenogenesis verwechselt; auch dass sie in der Hitze des Gefechtes die Zelle als „die winzigste Materieneinheit“ bezeichnet, mag ihr hingehen. Auch das soll ihr für diesmal verziehen werden, dass sie auf Seite 60—61 schreibt: „Gewiss, das Tier weiss nichts von Rettung, Nächstenliebe und Güte“, während doch Ludwig Büchner und Peter Kropotkin ganze Bände mit der Chronik tierischer Verwandten und Nächstenliebe angefüllt haben und der letztere Autor mit so einleuchtender Klarheit die menschliche Solidaritätsmoral aus jener der geselligen Tiere abgeleitet hat, worin übrigens Darwin sein Vorläufer war. Sehr schwer zu verzeihen aber ist der folgeschwere Grundirrtum, der sich auf Seite 18 mit den Worten ankündigt: „Einzelne Urwesen verbanden sich zu rohen Zellenklumpen in primitivster Socialisierung.“ Nein, so menschenähnlich haben es die Urwesen nicht getrieben. Amöben und ähnliche gehirnlose Unschuldsklümpchen gründen keine Genossenschaften mit beschränkter Haftung. Wenn sich zwei einzellige Lebewesen verbinden, dann verschmelzen sie auch unter völliger Preisgabe ihres Sonderdaseins zu einer Zelle — siehe Bölsche, Liebesleben, Band I, Seite sound-

soviel. Wo wir aber ein „Urwesen“ in Gestalt einer vielzelligen Blase vorfinden, da sind die einzelnen Zellen nicht etwa vorher selbständige Tiere gewesen, die aus allen vier Windrichtungen zu einander kamen und sich erst nachträglich gemeinsam „organisierten“, wie etwa die Mitglieder einer Gewerkschaft oder eines Gesangvereins. Vielmehr ist das ganze Gebilde ein Tier, das ursprünglich einzellig war und sich seither zwar morphologisch in viele Zellen differenziert hat, physiologisch aber nie aufgehört hat, ein einheitliches Ganze zu bilden. Und bei den höher und am höchsten organisierten Vielzellern, zumal den Wirbeltieren, ist die Einheit noch viel straffer. Der Vergleich zwischen einem dauernd einzelligen Lebewesen und einer aus dem Leibe eines Wirbeltieres herausgerissenen Zelle ist nur sehr bedingt zulässig. Das einzellige Infusorium schlägt sich für sich allein durchs Leben, empfindet, bewegt sich, ernährt sich sozusagen auf eigene Faust; eine einzelne Zelle dagegen, die man aus dem Leibe eines Menschen oder sonst eines Wirbeltieres losgetrennt hat, kriecht nicht fort, nimmt keine Nahrung, sucht auch keinen Anschluss an einen anderen Leib, sondern stirbt ab. Schon deshalb ist es ein toller Modewahn, das Analogon eines socialen Verbandes oder einer Siedelung vieler Menschen in einem einzelnen Wirbeltier zu suchen, in dem einzelnen Kranich, Hänfling oder Webervogel, dem einzelnen Wolf, Hirsch oder Affen, dem einzelnen Biber oder Prairiemurmeltier — anstatt in den socialen Verbänden und Siedelungen der gesellig lebenden Wirbeltierarten: in einem Schwarm von Kranichen oder Hänflingen, einem Rudel von Wölfen, Hirschen oder Affen, einer Colonie der Biber, einer Stadt der Prairiemurmeltiere oder der süd-africanischen Webervogel. Um so schlimmer ist es, dass die Verfasserin in der Durchführung jenes falschen Vergleiches sich sogar so weit versteigt, die vollkommenste bisher erdachte Organisation menschlicher Freiheit, die socialistische Gesellschaft, mit einem einzelnen Wirbeltier in Parallele zu stellen und somit dem individuellen Zukunftsstaatsbürger — die Rolle einer Zelle im Leibe dieses Tieres zuzuweisen. Auch nur halbwegs consequent zu Ende gedacht, könnte das doch nur heissen, dass innerhalb eines Staatsverbandes künftig ausschliesslich nur Platz sein soll für blutsverwandte Nachkommen eines Ahnenpaares; dass jede Spur persönlicher Freiheit radical ausgetilgt werden soll; dass die einzelnen Bürger mit dem Staatsverband, in den sie

hineingeboren sind, so untrennbar verwachsen bleiben sollen, dass ein freiwilliges Ausscheiden aus diesem Staatsverband für sie unmöglich, ein Ausgestossenwerden aber für sie gleichbedeutend sein soll mit dem physischen Tod; dass die ungeheure Mehrheit der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen gänzlich in ihrer dem Staate geleisteten einseitigen Berufsarbeit aufgehen und zum Lohn dafür zu absoluter Geschlechtslosigkeit verdammte sein, das Geschlechtsleben aber ein Specialberuf einiger weniger Bürger werden soll, welche zu diesem Zwecke die Bürgerinnen eines Nachbarstaates aufsuchen. Frau Meisel-Hess ahnt gar nicht, wie sehr sie mit diesem abscheulich schiefen Vergleich ihrem eigenen „Individualsocialismus“ ins Gesicht schlägt.

Trotz dieses Missgriffs aber: das Buch ist sehr lesenswert.

*Ladislaus Gumprowicz.*

\*

**Dr. Oscar Stillich: Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin. 1902.** Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften. Berlin—Bern.

Es ist noch in lebhafter und erheiternder Erinnerung, in welch masslose Empörung die herrschenden Classen in der Hauptstadt der deutschen Intelligenz gerieten, als es sich im Sommer 1900 eine Anzahl weiblicher Dienstboten einfallen liess, in öffentlichen Versammlungen über die grössten Missstände des häuslichen Dienstes zu klagen.

Man fürchtete wieder einmal den Untergang der Gesellschaft, nun, da sich die Grundveste unserer Cultur, das allberühmte deutsche Heim auch schon von dem Geiste der Revolution ergriffen zeigte. Und um das Mass der Entrüstung voll zu machen, erschien gar noch ein Socialpolitiker auf der Bildfläche, der, durch diese ersten Kundgebungen der häuslichen Slavinnen angeregt, die Berechtigung ihrer Klagen durch eine wissenschaftlich-objective Feststellung ihrer gesamten Lebens- und Arbeitsbedingungen untersuchen wollte und die Kühnheit besass, zu diesem Zweck Fragebogen an Herrschaften und Dienende verteilen zu lassen. In vorgeschritteneren Ländern — wie in England — existierten zwar bereits längst amtliche Enquêtes über die Lage der häuslichen Angestellten, aber wir leben eben in Deutschland und speciell in Preussen! Der preussische Minister des Innern, an den sich Dr. Stillich um Unterstützung seiner Privatenuête wandte, erklärte, „dass er sich zu seinem Bedauern zu einer Unterstützung der beabsichtigten Enquête über die sociale Lage der dienenden Classe in Berlin nicht in der Lage sehe, da ihm zu

diesem Zwecke Mittel nicht zur Verfügung ständen.“

Und die deutschen Hausfrauen resp. Hausherren füllten zwar zum allergrössten Teil die Fragebogen nicht aus; dagegen überboten sie sich in Verachtungskundgebungen an den Einsender, die manchmal bei den Betreffenden die Bekanntschaft mit Knigges Umgang mit Menschen schmerzlichst vermischen liessen. Mit rühmenswürdiger Verleugnung der Zurückhaltung, die dem „deutschen Weibe“ bekanntlich angeboren ist, vernichtete noch ausserdem eine Anzahl Hausfrauen den Veranstalter der Enquête in Einsendungen an die Blätter der verschiedensten Parteirichtungen und — mit Ausnahme der socialistischen und national-socialen Presse — stimmte die Zeitungsintelligenz fröhlich ein in den Hausfrauenchor.

Es ist mehr als natürlich, dass bei dieser Stellungnahme der Herrschaften und ihrer Vertretung die Zahl der gut beantworteten Fragebogen, die Dr. Stillich zurückerhielt, eine verhältnismässig geringe war. Nicht nur hatten bis auf eine kleine Minderheit die Hausfrauen selbst die Bogen vernichtet resp. unausgefüllt gelassen; vielfach wurde auch auf die Dienenden ein Druck ausgeübt, um ihnen die Beantwortung unmöglich zu machen. In mehreren Fällen ist constatirt worden, dass die an Dienstboten adressierten Bogen sogar widerrechtlich durch die Hausfrauen unterschlagen wurden. So erhielt Dr. Stillich als Gesamtergebnis 459 von Dienenden und 187 von Herrschaften ausgefüllte Fragebogen. Diese 646 Antworten bilden die Grundlage seines Werkes über die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin. Das Buch, das zum ersten Mal auf Grund fester Thatsachen und in eingehender Weise die Dienstbotenfrage für einen umgrenzten Bezirk untersucht, wird nun vielfach dadurch zu entwerthen gesucht, dass man die Zahl der Antworten für viel zu gering erklärt, um daraus allgemeine Schlüsse ziehen zu können. Aber der Wert und das Interesse der Enquête, wie des Werkes selbst beruhen gar nicht eigentlich oder doch nicht allein auf der Feststellung ganz bestimmter Thatsachen, die sich etwa überall annähernd gleich blieben und so bestimmte Durchschnittswerte für Arbeitszeit, Lohn, Beköstigung u. s. w. ergeben könnten. Die Lage der häuslichen Angestellten weist, der ganzen Natur dieses Arbeitsverhältnisses entsprechend, in den einzelnen Fällen nach jeder Richtung hin so crasse Unterschiede auf, dass eine Darstellung der Arbeitsbedingungen auch auf breiterer Basis doch niemals ein eigentliches Durchschnittsbild entrollen

könnte — ganz einfach, weil ein solches Durchschnittsbild auch in Wirklichkeit gar nicht existiert. Vielmehr handelt es sich darum, an einer grossen Zahl typischer Beispiele aus allen Sphären des Dienstbotenlebens das Dasein dieser noch völlig versclavten Arbeiterinnen vor uns zu entrollen mit allen seinen charakteristischen Zügen und Schattenseiten; daneben allerdings auch durch zahlenmässige Feststellung die Grenzen zu bezeichnen, zwischen denen Lohn, Arbeitszeit, Beköstigungswert u. s. w. schwanken. Diese Ausgabe erfüllt Stillichs Buch in vollstem Masse; es bietet mehr als genügendes Material, um einen tiefen Einblick in die Lage der Dienenden zu gestatten, selbst zugegeben, dass so manche unter den oft leidenschaftlichen Anklagen der Mädchen übertrieben sein könnte. Für die grosse Masse der Dienenden dürften indessen Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen eher noch bedeutend schlechter sein, als die Enquête sie darstellt, schon deshalb, weil — einer übrigens alten Erfahrung entsprechend — meist nur social und geistig relativ Hochstehende unter den Dienenden die Bogen beantwortet haben; die anderen wagten es nicht oder waren geistig zu stumpf, um ihren Klagen Worte zu leihen.

Stillich leitet die Schilderung der modernen Dienstverhältnisse mit einem interessanten historischen Rückblick und sehr charakteristischen Citaten aus der älteren Dienstbotenliteratur ein, mit Stellen aus Luther und anderen Theologen und Schriftstellern, wie aus den mittelalterlichen Gesindeordnungen verschiedener deutscher Länder. Die angeführten Stellen sind in der brutalen Offenheit, mit der sie die rohesten Massregeln gegen unbotmässiges „Gesinde“ vorschlagen, jedenfalls sehr geeignet, ein für allemal das kindische Märchen von den einstigen schönen, patriarchalischen Beziehungen zwischen Herrschaft und Dienenden zu zerstören.

Nach der Berufszählung von 1895 stellten die weiblichen Dienstboten mit einer Gesamtzahl von 1313957 nahezu den fünften Teil aller erwerbenden Frauen Deutschlands vor. Auf Berlin entfielen davon 61063, von denen noch nicht  $\frac{1}{6}$  geborene Berlinerinnen waren. Der Hauptstrom der häuslichen Dienenden findet, wie bekannt, stets von den kleinen Ortschaften und dem Lande her statt, wo die allgemeine Lebenshaltung des Proletariats eine erheblich tiefere ist, als in der grossen Stadt. Die geborene Grossstädterin ist schon viel zu stark erfüllt von dem Geiste persönlicher Unabhängigkeit, um sich der endlosen Sklaverei und Unfreiheit des häuslichen Dienstes zu fügen. Sie zieht es vor, wie ein Mädchen auf eine diesbezügliche Frage

der Enquête antwortete, „am Tage lieber nur einmal zu essen, als jede Minute unter fremden Launen und Willen zu stehen, was bei uns Dienenden doch ohne Ausnahme der Fall ist.“ Hier — in der persönlichen Unfreiheit der häuslichen Angestellten — liegt fraglos der eigentlich springende Punkt der sogenannten Dienstbotennot. Ob sie viel oder wenig Arbeit zu leisten hat, fast nirgend wird dem Mädchen eine bestimmte Freizeit gewährt, die sie bedingungslos für sich verwenden könnte, abgesehen nur von den üblichen, meist noch sehr beschränkten Freistunden an jedem zweiten Sonntag. Die Hausfrauen sind in der Mehrzahl noch weit davon entfernt, die Notwendigkeit einer solchen Freizeit, wie überhaupt einer bestimmten Umgrenzung der Arbeitspflicht auch nur einzusehen. Es ist nicht zu verkennen, dass dieses Hauptübel des häuslichen Dienstes eng mit der ganzen Organisation des Privat Haushalts zusammenhängt und deshalb im Rahmen dieses Haushalts nur schwer aufzuheben wäre. Abgesehen von den reicheren Wirtschaften, in denen mehrere Dienstboten beschäftigt werden, die sich gegenseitig vertreten können, ist eine streng begrenzte Arbeitszeit natürlich nur auf Kosten einer stärkeren Belastung der Hausfrau zu erreichen. Dr. Stillich weist hier für die Zukunft auf die Möglichkeit häuslicher Centralwirtschaften hin, wie sie Lily Braun eben jetzt in Berlin propagiert, und ferner auf die immer weitergehende Entlastung des Einzelhaushalts durch Uebernahme zahlreicher häuslicher Arbeiten in gewerbliche Betriebe. Es bedarf kaum eines Beweises, dass thatsächlich die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung auf diese oder ähnliche Ziele deutet. Gerade die Dienstbotenbewegung dürfte sich deshalb, sobald sie so viel Macht und Ausdehnung gewinnt, um ihre Forderungen durchsetzen zu können, als ein recht starkes Zersetzungsferment in unseren hauswirtschaftlichen Gewohnheiten erweisen.

Die Löhne der Dienstmädchen unterliegen den grössten Schwankungen; die höchsten Löhne erzielen gelernte Köchinnen, die niedrigsten die sogenannten Mädchen für alles, die überhaupt in jeder Hinsicht am schlechtesten gestellt sind. Unter Zugrundelegung eines mittleren Jahreslohns von 200 Mk. berechnet Stillich das Gesamteinkommen eines Dienstmädchens auf 667 Mk. jährlich, eine Summe, die, wie er hinzusetzt, hinter dem Durchschnittsjahresverdienst eines Ladenmädchens erheblich zurückbleibt. Höchst traurige Zustände enthüllt die Enquête ferner in zahlreichen Fällen in Bezug

auf die Schlafräume der Berliner Dienstboten und die Qualität und Quantität der Beköstigung. 52 Mädchen beantworteten die Frage, ob sie sich immer satt essen konnten, mit Nein, viele andere beschwerten sich über schlechte oder gar ekelhafte Nahrung. Während aber über mangelhaftes Essen doch nur eine Minderzahl der Mädchen Klage führt, ist eine ganz elende Beschaffenheit der „Mädchenzimmer“ sehr allgemein. Der Verfasser verweist hier zunächst auf die Notwendigkeit des schleunigen Erlasses einer ortspolizeilichen Verordnung für Berlin, die hygienisch brauchbare Wohnräume für die Dienstboten unter Strafandrohung für Hausbesitzer und Herrschaften fordert und behördliche Controlle über die Durchführung dieser Bestimmungen anordnet.

Recht interessant sind die Urteile einiger Mädchen über die in so manchen vornehmen Häusern des Westens herrschenden Sitten und Moralanschauungen, wie die oft wiederholten Empörungsrufe über die Rohheit des Tons, den die Herrschaften ihren Dienstboten gegenüber vielfach anzuschlagen belieben. Wie überall, wo das proletarische Weib dem Manne der Bourgeoisie als Abhängige gegenübersteht, leiden auch die häuslichen Dienstboten häufig genug unter brutalen Sittlichkeitsangriffen durch die Herren oder Söhne des Hauses. Ueberhaupt wirft es ein eigentümliches Licht auf die Zustände im häuslichen Dienst, dass gerade aus dem Dienstbotenstande sich eine besonders hohe Zahl von Prostituierten rekrutiert. Stillich bemerkt: „Aber nicht nur die Zahl der dem Dienstbotenberufe entstammenden öffentlichen Prostituierten, sondern auch die grosse Zahl der unehelichen Dienstbotenkinder bietet eine eigene Illustration zu der Anschauung, dass die Atmosphäre des bürgerlichen Hauses und der ganze häusliche Dienst besonders geeignet sei, ein Mädchen vor Fehlritten zu bewahren.“

Die Vorschläge des Verfassers zur Besserung des Dienstbotenelendes halten sich, abgesehen von den bereits genannten, ungefähr im Rahmen der Berliner Dienstbotenbewegung. Aufhebung aller besonderen Gesindeordnungen, Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Streitigkeiten im Dienst, Abschaffung der Dienstbücher, Ausdehnung der obligatorischen Krankenversicherung auf alle häuslichen Angestellten, Gewährung längerer Freizeit sind die Hauptforderungen für die nächste Zukunft. Mit ihrer Durchführung würden wir uns erst der Entwicklungsstufe nähern, die in vorgeschrittenen Ländern längst erreicht ist. Dr. Stillich

hat sich jedenfalls ein grosses Verdienst erworben, indem er durch seine Arbeit zum erstenmal die öffentliche Aufmerksamkeit auch bei uns auf diese dunkle Seite unseres Wirtschaftslebens lenkte. *Wally Zepler.*

\*

**Professor Dr. Heinrich Ernst Ziegler:**  
Ueber den derzeitigen Stand der Descendenzlehre in der Zoologie. Verlag von Gustav Fischer in Jena. 1902.

Die kleine Schrift ist deshalb sehr lesenswert, weil sie über viele Fragen, die in den letzten Jahren anlässlich der Abstammungslehre erörtert worden sind, und die Litteratur, die jene neuerlich behandelt hat, gut unterrichtet. Es wird sehr richtig zwischen der eigentlichen Descendenzlehre unterschieden, die, von Lamarck zuerst klar formuliert, zur wissenschaftlichen Thatsache geworden ist, und der Darwinschen Selectionstheorie, die sehr viele Anfechtungen in jüngster Zeit erfahren hat. Der Verfasser geht aber gerade auf diesen interessanten Punkt weniger ein, indem er sich auf die sehr orientierende Schrift L. Plates: Bedeutung des Darwinschen Selectionsprincipis beruft und sich dieser gedanklich anschliesst. Ziegler stellt sich also im allgemeinen auf den Darwinschen Standpunkt der natürlichen Zuchtwahl, wenn er auch zugiebt, dass diese nicht die einzige Ursache der Artenstehung sei. Es ist jedenfalls bezeichnend, dass die Biologen jetzt nicht mehr so ohne weiteres für die Selection eintreten und sich eingehender mit den Gegnern derselben beschäftigen. Den Neovitalisten widmet Ziegler einige selbstverständliche Worte der Abweisung, auch glaubt er, nochmals die Abstammung des Menschen vom Tiere verteidigen zu müssen, obwohl man doch nicht recht weiss, wer sie heutzutage noch angreift. Wenigstens wendet sich doch Zieglers Schrift an ein Publicum, das das Bangemachen längst verlernt hat. Obwohl der Verfasser seine Beispiele aus dem zoologischen Gebiete nimmt, so beschränkt sich doch seine Arbeit nicht auf die Beurteilung der Abstammungslehre in einer einzigen Disciplin, sondern sie erweitert sich ganz von selbst zu einer Uebersicht über den derzeitigen Stand der Lehre überhaupt. Die descendenztheoretischen Schriften, die sich ans Publicum wenden, sind gewöhnlich nur Ausführungen darwinistischer Gedanken, in Zieglers Schrift dagegen findet jeder, der die betreffenden Probleme von verschiedenen Seiten und durch verschiedene Forscher beleuchtet sehen will, eine Menge von Material und Litteraturhinweisen. Das ist das Wertvolle an der kleinen Schrift.

*Curt Grottelwitz.*